

SowiPro

Sozialwissenschaftliche Lehrforschungsprojekte
an der Georg-August-Universität Göttingen



BAND 07

MIGRATION UND WEGE DER POLITISCHEN PARTIZIPATION

Beiträge eines studentischen Lehrforschungsprojekts

› Herausgegeben von Anke Freuwört

Die Schriftenreihe **SowiPro** dient der regelmäßigen Veröffentlichung aktueller Forschungsergebnisse aus studentischen Lehrforschungsprojekten der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen. SowiPro repräsentiert vielfältige Arbeiten, die sich mit sozialwissenschaftlichen Fragestellungen beschäftigen und im Rahmen von forschungsorientierten Seminaren oder in Form von Abschlussarbeiten von Studierenden der Sozialwissenschaften bearbeitet wurden. Weitere Informationen zur Schriftenreihe und den Möglichkeiten der Veröffentlichung erhalten Sie unter:

> koordination.basowi@uni-goettingen.de

● **Herausgeberin:**

Anke Freuwört (anke.freuwuert@uni-goettingen.de)

● **Mit Beiträgen von:**

Mathilde Felkel
Tabea Hoffmann
Pauline Aimée Ketterer
Lukas Konermann
Finja Osterholz
Paula Regenhardt

● **Cover – Layout:**

Simon Reineke (2023)

● **Cover – Bild:**

Menschen, Ausstellung, Gesichter. Gerd Altmann (2017)

Die hier präsentierten Forschungsergebnisse entstanden während eines Lehrforschungsprojektes unter Leitung von Anke Freuwört im Sommersemester 2023 an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen.

Veröffentlichung mit freundlicher Unterstützung von Lara Niemöller.

Inhaltsverzeichnis

MIGRATION UND WEGE DER POLITISCHEN PARTIZIPATION – EINE EINFÜHRUNG.....	1
ANKE FREUWÖRT	
WAHLTEILNAHME VON IN DEUTSCHLAND LEBENDEN TÜRK:INNEN AN DER TÜRKISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL 2023	8
PAULA REGENHARDT	
WAHLMOTIVATION VON MENSCHEN MIT DOPPELTER STAATSBÜRGERSCHAFT	23
LUKAS F. B. KONERMANN	
ANTIRASSISMUSARBEIT MIGRANTISCHER VEREINE UND RASSISTISCHE GEWALT.....	37
FINIA OSTERHOLZ UND TABEA HOFFMANN	
PARTIZIPATION VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE BEI FRIDAYS FOR FUTURE: EINE RASSISMUSKRITISCHE ANALYSE	58
PAULINE AIMÉE KETTERER	
EINE RASSISMUSKRITISCHE UNTERSUCHUNG DER PARTIZIPATION VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE IN DER KLIMABEWEGUNG FRIDAYS FOR FUTURE	77
MATHILDE FELKEL	
AUTOR:INNENVERZEICHNIS	96

Migration und Wege der politischen Partizipation

– Eine Einführung

Anke Freuwört

Im Sommersemester 2023 stellte sich eine Gruppe Studierende des B.A. Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen im Lehrforschungsprojekt „Migration und Wege der politischen Partizipation“ die Frage, wie Menschen mit einem (zugeschriebenen) Migrationshintergrund in Deutschland politisch partizipieren können.

Als grundlegende Unterscheidung hierfür sind formelle und informelle politische Beteiligungswege zu nennen, die verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen. Diese sind wiederum abhängig von den jeweiligen Staatsangehörigkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund. Dies gilt insbesondere für die Ausübung formeller Partizipationsrechte, z. B. über Wahlen. In Deutschland sind auf kommunaler Ebene deutsche Staatsangehörige sowie EU-Bürger:innen wahlberechtigt. Auf landes- und nationaler Ebene ist die deutsche Staatsbürgerschaft formale Voraussetzung einer Wahlteilnahme. Menschen, die jedoch doppelte oder Mehrfachstaatsangehörigkeiten innehaben, haben (möglicherweise auf Antrag im jeweiligen Land) formelle Wahlrechte, um als Staatsbürger:innen aus dem Ausland an Wahlen teilzunehmen. Die Möglichkeiten einer Wahlteilnahme sind in Deutschland somit stark eingeschränkt und gelten trotz unterschiedlichster Reformversuche über die vergangenen Jahrzehnte (siehe Ausführungen Pedroza 2022) als internationales „negativ Beispiel“. Dass die Staatsbürgerschaft in zunehmender Globalisierung kein geeignetes Mittel der Grenzen zur formellem Wahlbeteiligung mehr darstellt, wurde bereits kritisch herausgestellt (Freuwört 2023b) und ist in Anbetracht verschiedener Öffnungsprozesse über die vergangenen zwei Jahrhunderte (gemessen an Besitz, Alter, Geschlecht (siehe z. B. Benhabib 2017 [2004]: 53–54) nicht unwiderruflich.

Migration und Wege der politischen Partizipation

Auch politische Beteiligungsformen für nicht-Staatsbürger:innen, die eine Wahl von Repräsentant:innen ermöglichen sollen, können diesbezüglich kein adäquater Ersatz einer formellen Wahlbeteiligung sein (vgl. Freuwört 2023a).

Im Gegensatz dazu sind die informellen Partizipationswege in Deutschland offener und vielfältiger. Hierfür ist die Staatsangehörigkeit keine Bedingung und wird nur insofern relevant, wenn es um die Gründung von eingetragenen Vereinen geht. Menschen mit Migrationshintergrund sind Menschen ohne Migrationshintergrund rechtlich gleichgestellt, d. h. jeder und jede darf in Deutschland einen Verein gründen. Unterschieden wird dennoch zwischen EU-Bürger:innen und nicht-EU-Bürger:innen. Während zwischen EU-Bürger:innen und Deutschen keine Unterschiede aufgrund der Gleichstellung innerhalb der Europäischen Union getroffen werden, müssen nicht-EU-Bürger:innen über eine gültige (auch befristete) Aufenthaltserlaubnis oder zumindest über uneingeschränkte Einreisemöglichkeiten nach Deutschland verfügen, um (Gründungs-)Mitglied in einem Verein sein zu können (VereinsG).

In Vereinen mitarbeiten und an den Veranstaltungen teilnehmen darf jedoch jede:r. Eine politische Beteiligung steht jedem Menschen unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit frei. Dies gilt ebenso für Partizipationsformate, die nicht über das Vereinsgesetz geregelt werden, z. B. freie Gruppierungen, Einzelveranstaltungen, Online-Partizipation etc.

Verschiedenste politische Partizipationsformate wurden von den Studierenden des Studiengangs untersucht. Aufbauend auf einem Lehrforschungsprojekt des vorangegangenen Semesters (Studierendenbeiträge veröffentlicht in Freuwört 2023d) wird die politische Teilhabe mit einem Schwerpunkt auf Migration dargestellt. Die hier gesammelten Ergebnisse erweitern somit das klassische Feld der Partizipationsforschung, in dem eine politikwissenschaftliche Perspektive eingenommen wird, die durch soziologische Perspektiven ergänzt und qualitative Ansätze erzielt wurden.

Das Lehrforschungsprojekt

Das allgemein angestrebte Ziel einer Lehrforschung im Rahmen des Studiums ist es,

„die im Studium erworbenen Fach- und Methodenkenntnisse z. B. in der Politikwissenschaft oder der Soziologie über die Fächergrenzen hinweg in interdisziplinär angelegten Lehrforschungsprojekten zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen zu erfassen, fachlich und methodologisch zu reflektieren und problemorientiert und partizipativ in Forschungsgruppen zu bearbeiten“ (Freuwört 2023c).

Migration und Wege der politischen Partizipation – Eine Einführung

In der Blogreihe zur Herausragende Lehre in der deutschen Politikwissenschaft wurde der Forschungsablauf systematisiert dargestellt (Freuwört 2023c) und über die Abbildung 1 verbildlicht.

Im Rahmen des Lehrforschungsprojekts wechselte sich der Präsenzunterricht mit einer individuellen Projektbetreuung ab, um den Studierenden die bestmögliche Forschungsatmosphäre zu gewährleisten. Unterschiedliche Lernformate wurden zur Themenfindung eingesetzt und darauf aufbauend ein erstes Forschungsdesign erstellt. Das Forschungsdesign diente als Grundlage für eine erste Präsentation der Forschungsideen und des Forschungshabens, welches im Plenum diskutiert und weiterentwickelt wurde.

Insgesamt 17 Studierende sind in sieben verschiedenen Forschungsgruppen ihren individuellen Forschungsfragen im Themenbereich Migration und politische Partizipation nachgegangen. Hierzu wurden bspw. Integrationsbeiräte in NRW, Jugendparteien in Bezug auf ihre Mitglieder, Neue Deutsche Organisationen oder die Herkunftssozialisierungseffekte auf die politische Wahrnehmung von Migrant:innen erforscht. Alle Forschungsgruppen haben zu ihren Projekten wissenschaftliche Poster erstellt. Diese sind [hier](#) veröffentlicht.

Zudem sind aus den Forschungsprojekten heraus wissenschaftliche Beiträge entstanden, auf denen dieser Sammelband aufbaut. Die Beiträge beziehen sich auf die Folgen von rassistischen Events für die Antirassismusarbeit migrantischer Vereine, das Wahlverhalten von in Deutschland lebenden Türk:innen zur Präsidentschafts- und Parlamentswahl 2023 sowie die Diskriminierungsstrukturen in der Klimagerechtigkeitsbewegung *Fridays for Future* in Deutschland. Die studentischen Arbeiten werden nachfolgend vorgestellt.

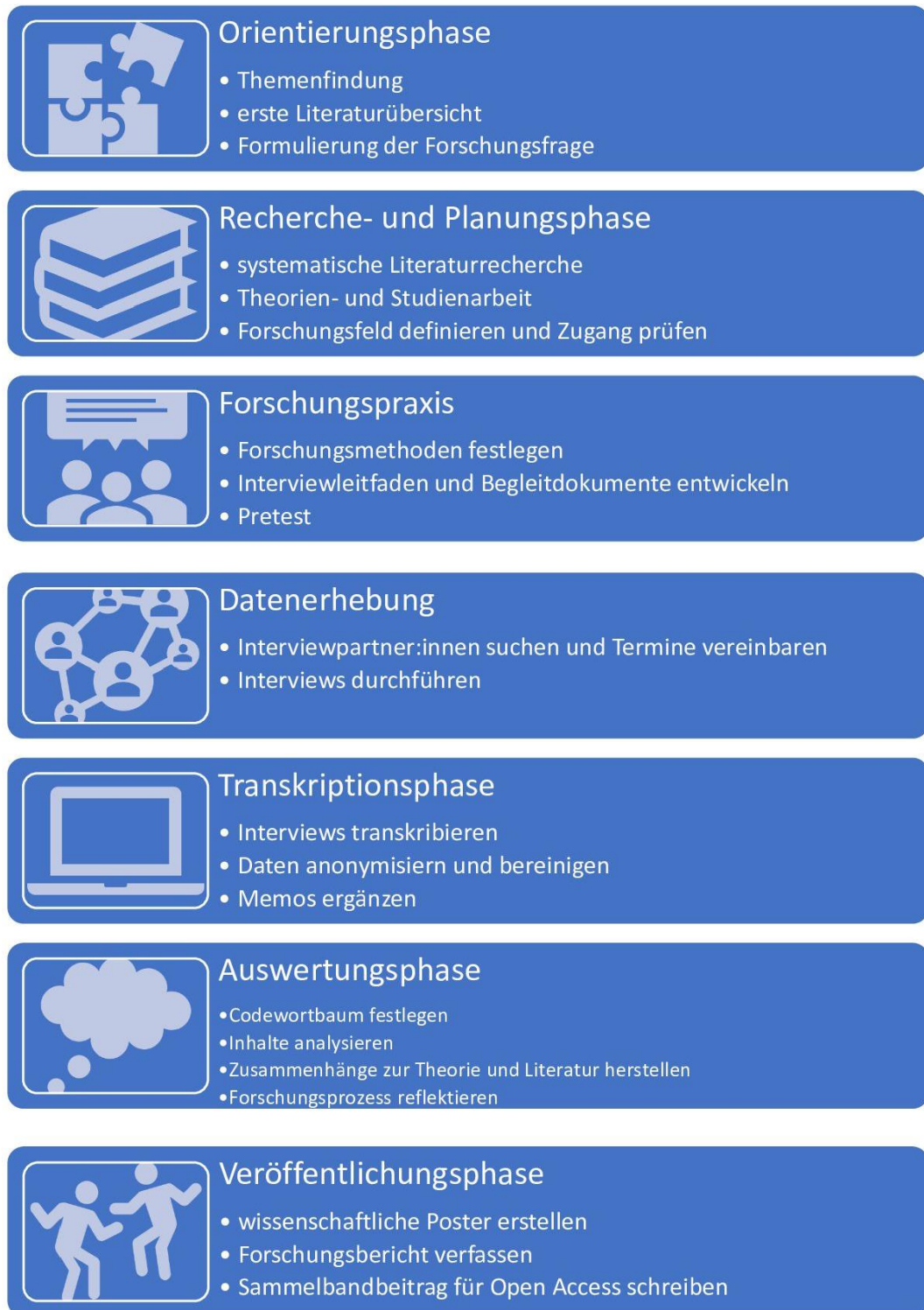


Abbildung 1: Forschungsablauf der Lehrforschungsprojekte © eigene Darstellung, Anke Freuwört 2023

Beiträge des Sammelbands

Der Sammelband umfasst Beiträge von sechs Studierenden, die alle mittels leitfadengestützter Interviews eigene Daten im Rahmen ihrer Forschungsprojekte erhoben und diese mittels der Qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet haben. Innerhalb der Methodenauswahl besteht eine Bandbreite an methodologischen Zugängen, die über verschiedene theoretische Zugänge gestützt werden.

Die Studierenden haben i. d. R. das erste Mal empirisch geforscht und die selbst erhobenen Daten analysiert. Mit einer breiteren Datengrundlage und mehr Zeit, sich in die hier dargestellten Themen und Forschungsstände einzuarbeiten, kann nicht ausgeschlossen werden, dass andere wissenschaftliche Erkenntnisse und Rückschlüsse gezogen werden können. Die Beiträge bieten daher Anstoß zur Diskussion. Die Beiträge werden nachfolgend in der Reihenfolge des Auftretens in diesem Sammelband eingeführt.

Die ersten beiden Beiträge in diesem Sammelband stammen von Studierenden einer Forschungsgruppe, die die Wahlteilnehmenden der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 untersucht haben.

Der Beitrag Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 stammt von Paula Regenhardt. Die Autorin untersucht die individuellen Beweggründe und Motive von doppelten Staatsangehörigen in Deutschland, die zu einer Wahlteilnahme an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 führten. Dabei analysiert Frau Regenhardt, wie die Bewertung externer Stimmrechte ausfällt und welche Relevanz der Präsidentschaftswahl 2023 durch die Befragten beigemessen wird. Die Ergebnisse werden aufbauend auf einer Typenbildung dargestellt, die auf der emotionalen Verbundenheit zur Türkei und der Bewertung von Stimmrechten beruht.

Lukas F. B. Konermann geht in seinem Beitrag *Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft* der Frage nach, warum sich in Deutschland lebende Türk:innen an den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 beteiligen. Unter Bezug auf die Theorie des migrantischen Transnationalismus werden die Ergebnisse einer qualitativen Studie vorgestellt, die sich bewusst von der quantitativen Forschung der Politikwissenschaft abgrenzt und über die Schwerpunkte von Wahlentscheidungen hinausgeht. Hervorzuheben in den Ergebnissen ist, dass sich türkische Staatsangehörige in der Türkei der türkischen Diaspora in Deutschland und ihrer möglichen Einflussnahme auf nationale Wahlen bewusst sind und diese aktiv zu einer Wahlteilnahme motiviert werden.

Finia Osterholz und Tabea Hoffmann veröffentlichen zusammen ihre Forschungsergebnisse aus ihrer Forschungsgruppe. Unter dem Titel *Antirassismuserbeit migrantischer Vereine und rassistische Gewalt* haben die Autorinnen die Netzwerkarbeit von migrantischen Vereinen untersucht, die rassistische Anschläge erlebt haben. Den theoretischen Rahmen bildet die Sozialkapitaltheorie nach Putnam. Osterholz und Hoffmann können eine Zunahme des Bridging und Bonding migrantischer Vereine nach rassistischen Gewalttaten anhand ihres Datenmaterials bestätigen und erweitern somit die Forschungslandschaft zur Antirassismuserbeit.

Die zwei nachfolgenden Beiträge stammen aus einem gemeinsamen Forschungsprojekt zur Umweltbewegung *Fridays for Future* und deren Umgang mit Menschen mit Migrationsgeschichte.

Die Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte bei Fridays for Future: Eine rassismuskritische Analyse wird von Pauline Aimée Ketterer untersucht. Die Autorin argumentiert basierend auf theoretischen Bezügen der Intersektionalität nach Crenshaw und dem Civic Voluntarism Model nach Verba, dass sich Diskriminierungserfahrungen und ein fehlender Zugang zu individuellen Ressourcen negativ auf ein politisches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund auswirken. Ihre Ergebnisse zeigen eine Forderung nach einer Aufarbeitung von rassistischen Vorfällen innerhalb der Bewegung. Empfohlen wird perspektivisch, intersektionale, antirassistische und antikapitalistische Arbeit in den Blick zu nehmen und diese ebenfalls (in Arbeitsgruppen) zu reflektieren.

Mathilde Felkel beleuchtet in ihrem Beitrag Eine rassismuskritische Untersuchung der Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Klimabewegung Fridays for Future die politischen Partizipationsbedingungen innerhalb einer deutschlandweiten (und internationalen) Klimabewegung. Einen Fokus legt die Autorin auf die Bedingungen für die Motivation zu einem Engagement sowie auf deren Hürden. Mit theoretischen Bezügen zur Intersektionalität und dem Civic Voluntarism Model wird herausgearbeitet, welche Veränderungen es bedürfen, um Menschen mit Migrationsgeschichte für Fridays for Future zu gewinnen. Frau Felkel kommt zu dem Ergebnis, dass die Klimabewegung von rassistischen Strukturen geprägt ist und diese gleichzeitig innerhalb der Bewegung reproduziert werden. Es entstehen Forderungen nach antirassistischen Strategien und Öffnungsprozessen.

Bibliographie

- Benhabib, S. (2017 [2004]). *Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger* (Erste Auflage). Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Freuwört, A. (2023a). Die demokratische Legitimität und politische Pluralität von Ausländerbeiräten – Aufgaben der politischen Bildung? In: Vogler, J.; Alisch, M.; Westphal, M. (Hg.). *Migration und Diversität. Zum Wandel Sozialer Arbeit durch Zuwanderung* (Gesellschaft und Nachhaltigkeit, Bd. 15, 1. Auflage, S. 104–114). Leverkusen, Verlag Barbara Budrich.
- Freuwört, A. (2023b). Politische Teilhabe – eine kritische Beurteilung von Zugängen für Zugewanderte und Geflüchtete. In: Delic, A.; Kourtis, I.; Kytidou, O.; Sarkodie-Gyan, S.; Wagner, U.; Zölch, J. (Hg.). *Globale Zusammenhänge, lokale Deutungen? Kritische Positionierungen zu wissenschaftlichen und medialen Diskursen im Kontext von Flucht und Asyl* (S. 85–97). Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Freuwört, A. (Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft, Hg.) (2023c). Politische Teilhabe erforschen. Blogreihe Herausragende Lehre in der deutschen Politikwissenschaft. <https://www.dvpw.de/blog/politische-teilhabe-erforschen-ein-lehrprojekt-von-anke-freuwuert> (Zugegriffen: 8. Februar 2024).
- Freuwört, A. (Hg.). (2023d). Politische Teilhabe. Beiträge eines studentischen Lehrforschungsprojekts (SowiPro, Bd. 5). Göttingen, Georg-August-Universität Göttingen, Sozialwissenschaftliche Fakultät. <https://publications.goettingen-research-online.de/handle/2/132688> (Zugegriffen: 8. Februar 2024).
- Pedroza, L. (2022). Staatsbürgerschaft neu definiert. Wie die Ausweitung des Wahlrechts auf Einwanderer weltweit debattiert wird (Studien zur Migrations- und Integrationspolitik, 1st ed. 2022). Wiesbaden, Springer Fachmedien.

Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023

Paula Regenhardt

Die türkische Präsidentschaftswahl 2023

„Es war [...] eine kritische Wahl und da hat jede Stimme gezählt“ (I3: 1483–1484), so fällt eine Bewertung der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 in einem der zum Zwecke der Lehrforschung *Migration und Wege der politischen Partizipation* geführten Interviews aus. In der Tat war die türkische Präsidentschaftswahl am 08. Mai 2023 und die darauffolgende Stichwahl am 28. Mai 2023 von großer politischer Bedeutung für die Türkei: Wahlvorhersagen sprachen dem amtierenden Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan keine eindeutige Mehrheit der Wähler:innenstimmen zu. Der Ausgang der Wahl war so unvorhersehbar wie es in der Vergangenheit selten der Fall war und es bestand eine reale Option eines Regierungs- und Machtwechsels in der Türkei (vgl. Aydin 2023).

Auch die Stimmabgabe von in Deutschland lebenden Türk:innen war entscheidend für den Wahlausgang der türkischen Präsidentschaftswahl 2023. „Darum wollte ich nicht ausbleiben“ (I3: 1484) ist die Aussage im Anschluss des Eingangszitats: Der:die Interviewte stellt damit eine der 733.216 türkischstämmigen Menschen in Deutschland dar, die an der Wahl teilnahmen (vgl. Aydin 2023). Eine große Anzahl von in Deutschland lebenden Türk:innen bestimmte also durch ihre Wahlbeteiligung an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 über die politische Zukunft eines Landes, in welchem sie nicht selbst leben.

Diese qualitative Untersuchung setzt an diesem Punkt an und beschäftigt sich mit der Wahlmotivation von Menschen, die die türkische und die deutsche und somit

eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen und dauerhaft in Deutschland leben. Konkreter wird der Forschungsfrage „Warum entscheiden sich in Deutschland lebende Türk:innen zur Teilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023?“ nachgegangen.

Das Forschungsinteresse zielt bewusst nicht auf politische Inhalte oder die tatsächliche Wahlentscheidung, sondern auf individuelle Beweggründe und Motive, die zu einer Wahlteilnahme an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 von Menschen mit türkischer und deutscher Staatsbürgerschaft und dauerhaftem Wohnsitz in Deutschland führten.

Dabei gliedert sich der vorliegende Beitrag wie folgt: Zunächst wird in der Darstellung des aktuellen Forschungsstands präsentiert, unter welchen Gesichtspunkten das Themenfeld der türkischen Präsidentschaftswahl in der deutschsprachigen Forschung bereits untersucht wurde. Anschließend werden der theoretische Rahmen und das methodische Vorgehen der Untersuchung dargelegt. Bauböcks Ansatz des migrantischen Transnationalismus (2003) dient als theoretische Grundlage. Leitfadengestützte Interviews dienten als Erhebungsmethode und als Auswertungsmethode wird die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) aufgezeigt. Darauffolgend werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung anhand ausgewählter Aspekte präsentiert und resümierend zusammengefasst.

In Deutschland leben – in der Türkei wählen

Menschen türkischer Herkunft sind die größte Einwanderungsgruppe der Bundesrepublik Deutschland (Sauer und Halm 2018: 493) und vielfach Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen (siehe u. a. Mayer et al. 2021; Goerres et al. 2018).

Der Forschungsschwerpunkt einiger Studien (siehe u. a. Krumm 2016; Adar 2020; Heller und Karakayali 2022) liegt dabei auf der Untersuchung der Wahlentscheidung. Konkreter wird untersucht, warum in Deutschland lebende Menschen die Partei des amtierenden und 2023 wiedergewählten türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, die AKP¹, wählen (ebd.). So betrachtet Krumms (2016) quantitative Studie, in welchen Regionen Deutschlands die AKP bei den türkischen Parlamentswahlen 2015 große Wahlerfolge erzielte: In den Gebieten mit territorialer Nähe zu den Niederlanden wird die AKP besonders häufig gewählt

¹ AKP ist die Abkürzung von „Adalet ve Kalkınma Partisi“, was übersetzt „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ bedeutet (Krumm 2016: 753).

Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023

währenddessen die AKP in den Städten Berlin, Nürnberg und Hannover die wenigsten Stimmen verzeichnet (Krumm 2016: 762).

Heller und Karakayali (2022) untersuchen in einem quantitativen Vorgehen ebenfalls den hohen Stimmanteil der AKP bei den türkischen Parlamentswahlen 2018 und analysieren den Einfluss der türkischen Herkunftsregionen von in Deutschland lebenden Türk:innen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass der hohe Stimmanteil der AKP dadurch zu begründen ist, dass viele türkeistämmige Menschen in Deutschland aus zentralanatolischen Provinzen stammen, in welchen die AKP traditionell viel Zustimmung erhält (Heller und Karakayali 2022: 150).

Als einen Grund, die AKP als türkischstämmiger Mensch in Deutschland zu wählen, nennt Adar (2020) ein Gefühl des Stolzes gegenüber der Türkei (Adar 2020: 22). Dieses ist begründet in der Wahrnehmung einer „starken Türkei“ unter der Führung der AKP (ebd.). Eine starke emotionale Bindung und Zugehörigkeitsgefühle zu der Türkei sind auch in Rickenbergs qualitativer Studie (2018) zentrale Gründe für die Teilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an den türkischen Parlamentswahlen 2015 und sind darüber hinaus begünstigende Faktoren, welche zur Wahl der AKP führen (Rickenberg 2018: 171).

Weitere Forschungsansätze beschäftigen sich mit der überlappenden politischen Partizipation und politischen Interessen dieser Personengruppe in Deutschland und der Türkei (Sauer und Halm 2018; Uslucan und Sauer 2020). Zentrale Erkenntnisse dieser Studien sind, dass das Interesse an der deutschen Politik zwar mit zunehmenden Partizipationsrechten in Deutschland steigt, aber auch bei gelungener Integration in Deutschland herkunftsbezogenes politisches Interesse in der Türkei bestehen bleibt (ebd.).

Das Forschungsprojekt, auf dem dieser Beitrag beruht, reiht sich in die hier skizzierten Studien über das Wahlverhalten von in Deutschland lebenden Türk:innen in der Türkei ein. Im Gegensatz zu den bereits bestehenden überwiegend quantitativen Studien wird jedoch ein qualitativer Ansatz gewählt. Zudem wird die aktuelle türkische Präsidentschaftswahl 2023 untersucht, über die es bislang kaum Forschung gibt und bisher nicht über die Gründe und Motivationen der reinen Wahlteilnahme hinausgeht.²

² In dem Working Paper von Yanaşmayan et al. (2023) werden beispielsweise die Wahlpräferenzen der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 der in Deutschland lebenden Türk:innen betrachtet.

Der migrantische Transnationalismus nach Bauböck

Die Teilnahme an Wahlen und das damit einhergehende Ausdrücken politischer Überzeugungen, so auch die Teilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen 2023 durch die Ausübung externer Stimmrechte, stellt eines der bedeutsamsten und wirkungsvollsten Instrumente politischer Partizipation dar. In diesem Beitrag wird daher die Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft untersucht und geht der Frage nach, warum sich in Deutschland lebende Menschen zur Teilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen 2023 entscheiden.

Als theoretische Grundlage soll hierzu näher auf das Konzept des *migrantischen Transnationalismus* nach Bauböck (2003) eingegangen werden. Im Verständnis des migrantischen Transnationalismus ist Migration dann transnational, wenn durch diese eine doppelte, überlappende Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zu politisch unabhängigen Gemeinschaften entsteht (Bauböck 2003: 705). Dieser Ansatz der überlappenden Zugehörigkeit betrachtet die Integration in das Aufnahmeland und die Haltung gegenüber dem Herkunftsland (Bauböck 2003: 720).³ Des Weiteren beschreibt Bauböck (2003), dass transnationale Praktiken⁴ vor allem in der ersten Generation von Migrant:innen praktiziert werden, diasporische Identitäten aber über mehrere Generationen im Aufnahmeland bestehen bleiben und generationenübergreifend weitergegeben werden können (Bauböck 2003: 711).

Der migrantische Transnationalismus bezieht sich außerdem auf externe Stimmrechte von Migrant:innen und der damit einhergehenden Konzeption der doppelten Staatsbürgerschaft. Als Argument gegen das Wählen in einem Land, in dem der: die Wähler:in nicht lebt, gilt nach dem migrantischen Transnationalismus vor allem, dass die Konsequenzen der Wahlentscheidung nicht persönlich getragen werden (Bauböck 2007: 2447). Enger Kontakt und starke Interessen zu dem Herkunftsland legitimieren jedoch aus Perspektive des migrantischen

³ Die Bezeichnungen „Aufnahmeland“ und „Herkunftsland“, wie sie im migrantischen Transnationalismus verwendet werden, erscheinen für die weitere Analyse dieser Forschung nicht gänzlich zutreffend, da diese Kategorisierungen für die Interviewpartner:innen, die selbst keine eigene Migrationserfahrung gemacht haben und in Deutschland geboren sind, ggf. gar nicht gelten. In der Ergebnisdarstellung werden diese Begriffe folglich in Anführungszeichen gesetzt. Als „Aufnahmeland“ wird Deutschland und als „Herkunftsland“ wird die Türkei verstanden.

⁴ Unter transnationalen Praktiken sind Aktivitäten von Migrant:innen über politische Grenzen hinweg zu verstehen (Bauböck 2003: 702).

Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023

Transnationalismus die Ausübung der externen Stimmrechte (Bauböck 2003: 714). Darüber hinaus erhöhe eine faire Integration in ein demokratisches Aufnahmeland die Wahrscheinlichkeit, dass demokratische Werte in das Herkunftsland getragen werden, beispielsweise durch die Teilnahme an Wahlen im Herkunftsland, die durch externe Stimmrechte ermöglicht wird (Bauböck 2003: 711).

Die doppelte Staatsbürgerschaft wird als institutionelle Ausprägung der überlappenden Zugehörigkeit zu voneinander unabhängigen politischen Gemeinschaften verstanden und ermöglicht politische Mitbestimmung in beiden Gemeinschaften (Bauböck 2003: 716; 2007: 2447). Für Menschen seien externe Stimmrechte und eine doppelte Staatsbürgerschaft nur dann legitim, wenn starke Interessen und Verbindungen zum Herkunftsland bestehen (Bauböck 2003: 720; 2007: 2447).

Der migrantische Transnationalismus nach Bauböck (2003; 2007) eignet sich als theoretischer Rahmen dieses Beitrags, da die in diesem Zusammenhang thematisierte doppelte, überlappende Zugehörigkeit zu politischen Gemeinschaften – die Zugehörigkeit zu Deutschland und Türkei, die in dieser Forschung unter anderem durch die doppelte Staatsbürgerschaft institutionell sichtbar wird – im Zentrum der Studie steht. Das zentrale Phänomen stellen die externen Stimmrechte dar, die die Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an den türkischen Präsidentschaftswahlen 2023 ermöglichen. Dementsprechend erscheint es im Kontext der Forschungsfrage besonders relevant zu betrachten, wie die Bewertung der externen Stimmrechte und der doppelten Staatsbürgerschaft von den Interviewpartner:innen ausfällt und welche Relevanz dabei konkret der Präsidentschaftswahl 2023 zukommt.

Das Forschungsdesign: Leitfadengestützte Interviews und die qualitative Inhaltsanalyse

Als Erhebungsmethode wurden leitfadengestützte Interviews gewählt. Es wurden insgesamt drei Interviews durchgeführt. Das Interviewformat ermöglicht eine umfassende und gleichzeitig präzise Abfrage der Gründe und Motivation der Teilnahme an der türkischen Präsidentschaftswahl im Mai 2023.

Der Interviewleitfaden beinhaltete die Themenfelder soziale Beziehungen und Zugehörigkeitsgefühle zu Deutschland und der Türkei, die Wahlmotivation und Teilnahmegründe an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 sowie die Bewertung der externen Stimmrechte in der Türkei. Diese thematischen Schwerpunkte des Interviewleitfadens wurden deduktiv theoriegeleitet und auf Basis erster Vorannahmen

konzipiert. Die Interviewgespräche wurden für die weitere Bearbeitung transkribiert und anonymisiert.

Die Auswertung erfolgte mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2022). Die qualitative Inhaltsanalyse ist ein strukturiertes und regelgeleitetes Verfahren, in welchem die Entwicklung eines Kategoriensystems im Zentrum der Forschung steht und das „zentrale Element der Analyse“ (Mayring 2022: 50) darstellt. Die Analyse und Bearbeitung des Materials anhand eines Kategoriensystems ermöglichen eine thematische und systematische Zusammenfassung dessen (vgl. Mayring 2022). Die Kategorienbildung erfolgt dabei deduktiv auf Basis des theoretischen Rahmens sowie induktiv anhand des erhobenen Materials (Mayring und Fenzl 2019: 637–638).

Folgende Analyseeinheiten wurden dabei im Rahmen der Bearbeitung und Kodierung des Materials festgelegt: Die Auswertungseinheit stellen die Transkripte der drei geführten Interviews, also das gesamte erhobene Material, dar; als Kontexteinheit wird das vollständige Interview einer interviewten Person verstanden und die Kodiereinheit sind mehrere Wörter mit Sinnzusammenhang.

Die Auswertungsmethode der qualitativen Inhaltsanalyse kann eine transparente Bearbeitung und eine intersubjektive Überprüfbarkeit der Forschung realisieren. Des Weiteren ermöglicht diese Methode, die relevanten Aspekte jedes Interviews herauszuarbeiten und gleichzeitig einen Überblick über das umfangreiche Material, weshalb die qualitative Inhaltsanalyse als Auswertungsmethode für dieses Forschungsprojekt gewählt wurde.

Darüber hinaus erfolgt die Analyse der Ergebnisse nach den Gütekriterien der Objektivität, Reliabilität und Validität sozialwissenschaftlicher Methoden (Mayring 2022: 52). In dieser Forschung wurde besonderes Augenmerk auf die Intercoderübereinstimmung (ebd.) gelegt, indem die Kodierung des Materials durch alle an der Forschung Beteiligten vorgenommen und überprüft wurden.

Als Forschungsfeld dieser Arbeit kann – ausgehend von dem übergeordneten Seminarthema – Partizipation an politischen Wahlen in Bezug auf Menschen mit türkischer Migrationsgeschichte begriffen werden. Der Zugang zum Feld gestaltete sich durch persönliche Kontakte. Die Kontaktaufnahme sowie weitere Kommunikation mit den Interviewpartner:innen fand zumeist über eine digitale Nachrichtenplattform statt.

Das Sample dieser Forschung setzt sich basierend auf dem Forschungsinteresse aus Menschen zusammen, die die deutsche und die türkische, also eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen und an den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai

Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023

2023 teilgenommen haben. Alle drei Interviewpartner:innen sind Studierende im Alter von 20 bis 25 Jahren und haben ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland. Die Auswahl des Samples wurde getroffen, um innerhalb dieser relativ homogenen Gruppe die unterschiedlichen Gründe und Motivationen der Wahlteilnahme zu analysieren. Die Dauer der geführten Interviews betrug zwischen 30 Minuten und einer Stunde.

Zwei unterschiedliche Wähler:innentypen

Um das generierte Datenmaterial zur Beantwortung der Forschungsfrage zielgerichtet bearbeiten zu können, erfolgt die Analyse durch die Bildung von Typen. Die hier angewandte Typenanalyse (nach Mayring 2022: 105–106) ermöglicht es, das heterogene Material auf jene Aspekte zu reduzieren, die für das Forschungsinteresse besonders relevant sind. Die Ausprägung und Intensität der überlappenden Mitgliedschaft zu Türkei und Deutschland und die Bewertung der externen Stimmrechte bilden die Dimensionen, auf denen die Typenbildung basiert. Anhand dieser Kriterien wurden zwei Typen bestimmt:⁵

- Typ 1, welcher die erste Interviewpartnerin darstellt, charakterisiert sich durch eine sehr starke emotionale Verbundenheit zu der Türkei und die Bewertung des Ausübens externer Stimmrechte als Pflicht türkischer Staatsbürger:innen.
- Typ 2, bestehend aus Interviewpartner:innen zwei und drei, kennzeichnet sich dadurch, dass die emotionale Verbundenheit mit der Türkei und Deutschland ähnlich ausfällt, jedoch Tendenzen aufweist, dass die Zugehörigkeit zu Deutschland etwas stärker ausgeprägt ist und die Teilnahme an Wahlen in der Türkei eher kritisch betrachtet wird.

Beide Typen bewerten die türkische Präsidentschaftswahl 2023 als eine sehr bedeutsame Wahl. Im Folgenden werden zunächst jene Aspekte analysiert, in denen die Typen Unterschiede aufweisen, darauf folgt die Analyse der Bewertung der türkischen Präsidentschaftswahl 2023.

⁵ An dieser Stelle sei nochmals betont, dass die hier vorgenommene Typenbildung nur auf den genannten Kriterien beruht und die Typen mit Blick auf andere Kriterien auch Unterschiede aufweisen können.

Die überlappende Zugehörigkeit zu Deutschland und der Türkei

Bei beiden Typen lassen sich überlappende Zugehörigkeiten zu Deutschland und der Türkei identifizieren, wie sie vom migrantischen Transnationalismus (Bauböck 2003) beschrieben werden, welche sich jedoch in der Ausprägung und Intensität unterscheiden.

Typ 1 schildert einen inneren Konflikt aufgrund der parallelen Zugehörigkeit zu Deutschland und der Türkei. Bei der Analyse der Interviewpassagen scheint jedoch die Verbundenheit zur Türkei intensiver zu sein, wie beispielsweise folgende Äußerungen vermuten lassen: „ich mein es ist ja auch mein zu Hause Deutschland, aber ich bin Türkin“ (I1: 224–225) und „dennoch würd ich sagen, dass allgemein, gerade im privatem Kontext doch das Türkische schon dominanter ist“ (I1: 254–255). Des Weiteren wird die türkische Staatsbürgerschaft von Typ 1 sehr wertgeschätzt, wie es etwa durch die Aussage „Weil es [die türkische Staatsbürgerschaft, Anm. Verfasserin] ist nicht ein Stück Papier für mich. Es hat einen Wert“ (I1: 412) deutlich wird.

Wohingegen sich neben der doppelten Zugehörigkeit beider Gemeinschaften die Zugehörigkeit zur Türkei bei Typ 2 vor allem durch den – zum Teil nostalgisch behafteten – türkischen Familienhintergrund und die Verwandten in der Türkei auszeichnet. Zugehörigkeitsgefühle, Lebensmittelpunkt und Zukunftsvorstellungen beziehen sich eher auf Deutschland: „Bin ich eher deutsch oder bin ich eher türkisch? Ich würde mich sehr wahrscheinlich für die Deutsche entscheiden, einfach weil mein Alltag hier ist“ (I2: 1133–1134). Die Türkei gilt vielmehr als eine Art Reiseziel: „wenn ich in die Türkei gehe, ist das als Besucher das einmal im Jahr“ (I3: 1428). Bestätigung findet diese Deutung auch dadurch, dass Typ 2 die türkische Staatsbürgerschaft zwar besitzt, ihr aber einen weniger hohen Wert zukommen lässt: „Bis zur Wahl habe ich nicht mehr gewusst, dass ich eine türkische Staatsbürgerschaft habe“ (I3: 1313–1314).

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass die Intensität der überlappenden Zugehörigkeit zu politischen Gemeinschaften wie im Konzept des migrantischen Transnationalismus (Bauböck 2003) abhängig von der Haltung gegenüber der Türkei und der Einbindung in Deutschland ist und zwischen den beiden Typen unterschiedlich stark ausfällt. Gleichzeitig wird insbesondere bei Typ 1 die Existenz diasporischer Identitäten aufgezeigt, da die starke Verbundenheit und emotionale Zugehörigkeit zur Türkei trotz vollständiger Integration in das „Aufnahmeland“ und keiner eigenen Migrationserfahrung beständig ist.

Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023

Bewertung der externen Stimmrechte

Die zum Zwecke dieser Analyse gebildeten Typen unterscheiden sich maßgeblich in der Bewertung der – auch im migrantischen Transnationalismus (2003) diskutieren – externen Stimmrechte. Die Teilnahme an Wahlen bewertet Typ 1 als eine Art Verantwortung türkischer Staatsbürger:innen, unabhängig von dem langfristigen Wohnort, welche durch demokratische Grundsätze begründet wird:

es [ist] einfach Demokratie, egal wo du bist, wenn du halt Staatsbürgerin bist, dann bist du ja ein Mitglied dessen, dann hast du trotzdem das Recht wählen zu gehen. [...] ich sehe es halt auch als eine Aufgabe, also als Staatsbürgerin wählen zu gehen. (I1: 574–576)

Typ 2 hingegen hat eine kritische Haltung gegenüber der Ausübung der externen Stimmrechte. Die Begründung dieser kritischen Perspektive folgt dabei einer Argumentation, die auch im migrantischen Transnationalismus (Bauböck 2003) bedient wird. Die Aussagen „Dafür lebe ich da nicht und ich lebe ja auch die Konsequenzen nicht“ (I2: 1155) und „Ich fühle mich komisch, über ein Land mitzubestimmen, indem ich nicht selber lebe“ (I3: 1486–1487) verdeutlichen, dass Typ 2 die Teilnahme an Wahlen in der Türkei nicht als eine Verpflichtung als in Deutschland lebende:r türkische:r Staatsbürger:innen sieht. Vielmehr wird es für unangebracht gehalten, Einfluss auf die Politik eines Landes auszuüben, dessen politische Konsequenzen nicht selbst getragen werden.

Das Wählen in der Türkei hat zusammenfassend keinerlei Einfluss auf die türkische Identität des Typs 2, wie beispielhaft an der Aussage „Ich bin nicht mehr oder weniger türkisch, weil ich wählen kann oder nicht wählen kann“ (I2: 937–938) deutlich wird.

Aus der Perspektive des migrantischen Transnationalismus (Bauböck 2003) ist die Teilnahme von den in Deutschland lebenden türkischstämmigen Interviewpartner:innen als legitim zu bewerten, denn starke Interessen in dem „Herkunftsland“ – in diesem Kontext in der Türkei – rechtfertigen die Ausübung externer Stimmrechte auch für Menschen ohne eigene Migrationserfahrung.

Die Bewertung der türkischen Präsidentschaftswahl 2023

Die türkische Präsidentschaftswahl 2023 wird von beiden Typen als eine äußerst relevante Wahl wahrgenommen, die eine politische Veränderung ermöglichen kann und in der greifbar jede – so auch die Stimmen von in Deutschland lebenden Türk:innen – zählt. Dies wird beispielsweise durch Aussagen über die Präsidentschaftswahl 2023 wie „historische Wahl“ (I3: 1509) und „Richtungswahl“ (I2: 1063) verdeutlicht.

Die Argumentationsgrundlagen, warum eine Teilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen 2023 als äußerst relevant bewertet wird, unterscheiden sich zwischen Typ 1 und Typ 2 und variiert auch zwischen den beiden Fällen des Typus 2, was in den folgenden Abschnitten dezidiert herausgearbeitet wird.

Politisch motivierte Wahlteilnahme

„Mein erstes Ziel war es, dass Erdoğan endlich weggeht. [...] Das war für mich sehr wichtig“ (I1: 378) ist einer der sehr eindeutig kommunizierten politischen Beweggründe zur Wahlteilnahme des Typ 1. Die „Hoffnung auf Veränderung, Hoffnung auf neuen Regierungs- und Machtwechsel“ (I1: 495–496) begründet für Typ 1 die Teilnahme an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023. Des Weiteren wird argumentiert, dass die Türkei für Typ 1 ein Land mit hoher Bedeutung sei und aufgrund dessen der Wunsch nach und das Interesse an einer demokratischen Wende in der Türkei sehr stark ist.

Die politischen Beweggründe der:des zweiten und dritten Interviewten, die bislang unter Typ 2 zusammengefasst wurden, sind jedoch nicht einheitlich. In den Interviewpassagen aus Interview 3 lässt sich nicht eindeutig eine politische Präferenz herauslesen, wohingegen ähnlich zu Typ 1 auch in Interview 2 die amtierende Regierung stark kritisiert und ein Politikwechsel hin zu einer demokratischen Regierung durch die Teilnahme an der Wahl angestrebt wird (siehe u. a. I2: 930–932). Dieses politische Ziel einer demokratischeren Türkei findet sich in der Annahme des migrantischen Transnationalismus (Bauböck 2003) wieder: Durch die Integration in ein demokratisches Land, in diesem Fall Deutschland, werden Bestrebungen, demokratische Werte in das „Herkunftsland“ zu tragen, wahrscheinlicher.

An dieser Stelle ist außerdem zu erwähnen, dass Typ 1, wie bereits beschrieben, eine sehr tiefe emotionale Verbindung und Zugehörigkeit zu der Türkei verspürt und auch „schon gerne in der Türkei leben“ (I3: 566–567) würde. Dies kann ebenfalls das große Interesse an der Teilnahme an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 und an einer ggf. daraus resultierender demokratischer Wende der Türkei erklären.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung bekräftigen darüber hinaus auch die Ergebnisse der Studien von Sauer und Halm (2018) und Uslucan und Sauer (2020), welche besagen, dass auch nach gelungener Integration in ein „Aufnahmeland“ politische Interessen in Bezug auf das „Herkunftsland“ bestehen bleiben. Eine doppelte, überlappende Zugehörigkeit zu der politischen Gemeinschaft Deutschland – denn dort befindet sich der dauerhafte Lebensstandort der Interviewten – und der Türkei kann

Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023

somit festgestellt werden. Der Konflikt dieser doppelten und überlappenden Zugehörigkeit zu politisch unabhängigen Gemeinschaften ist zwar in den Interviews wiederzufinden, hat aber in diesem Fall keinen direkten Einfluss auf die Teilnahmegründe der türkischen Präsidentschaftswahl.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass insbesondere für Typ 1 konkrete politische Ziele in der Türkei die Wahlteilnahme an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 begründen.

Die türkische Präsidentschaftswahl 2023 als Ausnahme

Wie bereits dargestellt wird die türkische Präsidentschaftswahl 2023 aufgrund der realen Option eines Regierungswechsels als äußerst bedeutsam bewertet (siehe I1 und I2), weshalb auch die in Deutschland lebenden Interviewten durch die Teilnahme an der Wahl Einfluss auf den Wahlausgang nehmen wollten. Besonders relevant erscheint die Unterscheidung in der Bewertung, die vor allem von Typ 2 vollzogen wird, zwischen der Wahl 2023 und der sonstigen Wahlteilnahme in der Türkei. So legitimieren für Typ 2 die konkreten politischen Umstände die Wahlteilnahme: Die Präsidentschaftswahl 2023 stellt eine Ausnahme dar, denn Typ 2 lehnt die Ausübung der externen Stimmrechte wie bereits beschrieben im Normalfall ab, was beispielsweise durch folgende Aussage bekräftigt wird: „Wäre die politische Situation in der Türkei eine andere und ich hätte nicht das Gefühl, dass dieses Land gerade in Grund getrieben wird, dann wäre ich wahrscheinlich nicht zur Wahl gegangen“ (I2: 947–949).

Dass die politischen Interessen bezüglich der Türkei in dieser Untersuchung sehr ausgeprägt sind, wird durch die Entscheidung der Teilnahme an der richtungsweisenden türkischen Präsidentschaftswahl 2023 erkennbar. Die Wahlteilnahme verdeutlicht außerdem, dass die Interviewpartner:innen sich zu der türkischen politischen Gemeinschaft zugehörig fühlen.

Die veränderte Beurteilung der Ausübung der externen Stimmrechte ist demnach auf die Einordnung der Wahl als „Richtungswahl“ (I2: 1063) und damit einhergehend auf die Existenz starker politischer Interessen in Bezug auf die Türkei zurückzuführen. Die Wahlteilnahme von Typ 2 betont nochmals deutlich die Relevanz und Brisanz der politischen Situation der türkischen Präsidentschaftswahl 2023. Zwar sind auch für Typ 1 die politischen Umstände der Wahl ausschlaggebend für die Wahlteilnahme, aber der Hintergrund, dass Typ 2 externes Wählen prinzipiell eher ablehnt, veranschaulicht die Ausnahmesituation dieser konkreten Wahl.

Die Bedeutsamkeit der türkischen Präsidentschaftswahl als Grund für die Wahlteilnahme

Dieser Beitrag ging der Frage nach, warum sich in Deutschland lebende Türk:innen zur Teilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 entscheiden haben. Die Forschungsfrage dieser Erhebung kann wie folgt beantwortet werden: Die türkische Präsidentschaftswahl 2023 wird von in Deutschland lebenden Türk:innen als richtungsweisende Wahl bewertet, die sich in ihren möglichen politischen Konsequenzen von anderen Wahlen in der Türkei unterscheidet, auf welche diese durch die Wahlteilnahme Einfluss nehmen wollen.

Als zentrale Ergebnisse der Analyse stellten sich heraus: Die Teilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen 2023 begründet sich für Typ 1 durch die starken Zugehörigkeitsgefühle gegenüber der Türkei, einem Pflichtgefühl hinsichtlich der Wahlteilnahme und eindeutigen politischen Zielen in der Türkei. Besonders die Analyse der Bewertung der externen Stimmrechte des Typ 2 verdeutlicht die Bedeutsamkeit der türkischen Präsidentschaftswahl 2023, da dieser in der Regel die Teilnahme an Wahlen in der Türkei ablehnt, die konkreten politischen Umstände und die Tragweite der Wahl jedoch die Teilnahme an dieser Wahl legitimieren. Dabei folgt Typ 2 der Argumentation des migrantischen Transnationalismus, nach welchem die Wahlteilnahme – also die Ausübung externer Stimmrechte – legitim ist, wenn starke politische Interessen im „Herkunftsland“ bestehen.

Als Grenzen dieser Forschung lassen sich die fehlenden selbsterlebten Migrationserfahrungen der Befragten ausmachen. Außerdem entstammen die Interviewpartner:innen alle einem akademischen Kontext. Für weiterführende Studien wäre die Analyse weiterer Perspektiven auf die türkische Präsidentschaftswahl 2023 von Menschen mit eigener Migrationserfahrung, die ggf. nicht im universitären Kontext verortet sind, notwendig.

Des Weiteren bietet das zu diesen Forschungszwecken erhobene Material eine Vielzahl von weiteren Analysemöglichkeiten, welche aufgrund des limitierten Rahmens dieses Beitrags nicht ausgeschöpft werden konnten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund migrantischer Hintergründe zunehmend mehr Menschen in Deutschland ähnliche Zugehörigkeits- und Identitätskonflikte aufgrund überlappender Mitgliedschaft zu mehreren politischen Gemeinschaften, wie durch die Interviewpartner:innen beschrieben, erleben. Angesichts dieser Tatsache wäre es aufschlussreich, diesen Konflikt in den vorliegenden Interviews konkret zu analysieren

Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen
Präsidentschaftswahl 2023
und so auf mögliche Herausforderungen einer stetig anwachsenden Gruppe in
Deutschland lebender Menschen aufmerksam zu machen.

Bibliographie

- Adar, S. (2020). Eine Neubetrachtung der politischen Einstellungen türkischer Migranten in Deutschland. Analyse des Wahlverhaltens jenseits von „Loyalität gegenüber der Türkei“ und „Mangel an demokratischer Kultur“. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik – SWP Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/68259/ssoar-2020-adar-Eine_Neubetrachtung_der_politischen_Einstellungen.pdf?sequence=1 (Zugegriffen: 15. Dezember 2023).
- Aydin, Y. (2023). Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023: Eine Wahlanalyse. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/521386/parlaments-und-praesidentschaftswahlen-2023-eine-wahlanalyse/> (Zugegriffen: 9. August 2023).
- Bauböck, R. (2003). Towards a Political Theory of Migrant Transnationalism. In: *The International Migration Review* 37 (3), S. 700–723.
- Bauböck, R. (2007). Stakeholder Citizenship and Transnational Political Participation: A Normative Evaluation of External Voting. In: *Fordham Law Review* 75, S. 2393–2447.
- Goerres, A.; Spies, D. C.; Mayer, S. J. (2018). Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen. Duisburg, Universität Duisburg-Essen.
- Heller, M.; Karakayali, S. (2022). Abstimmen wie Zuhause. Transnationales Wahlverhalten türkischer StaatsbürgerInnen in Deutschland. In: *Soziale Welt* 73 (1), S. 134–168.
- Krumm, T. (2016). Im Ausland wählen: Die türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni und 1. November 2015 in Deutschland im Vergleich. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47 (4), S. 753–770.
- Mayer, S. J.; Goerres, A.; Spies, D. C. (2021). Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund. Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES). In: Weißels, B.; Schoen, H. (Hg.). *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 81–97.
- Mayring, P.; Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, N.; Blasius, J. (Hg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 633–648.
- Mayring, P. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 13. überarbeitete Auflage. Weinheim, Julius Beltz GmbH & Co. KG.
- Rickenberg, L. (2018). Deutschland als 86. Wahlkreis der Türkei? Wählerpotenziale und Wählermobilisierung bei den türkischen Parlamentswahlen 2015. In: Hohberger, W.; Karadag, R.; Müller, K.; Ramm, C. (Hg.). *Grenzüberschreitende Räume, Grenzgänge, Entgrenzungen: Junge Perspektiven der Türkei-forschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 171–196.
- Sauer, M.; Halm, D. (2018). Grenzüberschreitende politische Orientierungen Türkeistämmiger in Deutschland. In: *Leviathan* 46 (4), S. 493–526.
- Uslucan, H. H.; Sauer, M. (2020). Political Participation and Party Preferences among Immigrants of Turkish Origin in Germany. In: *Uluslararası İlişkiler* 17 (68), S. 113–128.

Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023

Yanaşmayan, Z.; Rischke, R.; Ateş, M.; Sinanoğlu, C. (2023). Schicksalswahl in der Türkei: Befunde zu den Wahlpräferenzen der türkeistämmigen Communitys in Deutschland. In: *DeZIM.insights Working Paper 9*. Berlin, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/schicksalswahl-in-der-tuerkei/> (Zugegriffen: 15. Dezember 2023).

Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft

Lukas F. B. Konermann

Die türkische Präsidentschaftswahl 2023

Im Mai 2023 fand die türkische Präsidentschaftswahl statt, eine der international am stärksten diskutierten türkischen Wahlen seit vielen Jahren, die die Wahlbeteiligung auf 87 Prozent steigen ließ (Yenisafak 2023). Gleichzeitig konnten auch die in Deutschland lebenden türkischen Wahlberechtigten – mit einem Anteil von 2,2 Prozent aller türkischen Wahlberechtigten eine bedeutende Gruppe - ihre Stimme in Wahllokalen auf dem Gebiet der Bundesrepublik abgeben (ebd.; Rickenberg 2015: 171–172). In der bundesrepublikanischen medialen Aufmerksamkeit zur Präsidentschaftswahl 2023 wird insbesondere das Wahlverhalten der hierzulande lebenden Türk:innen diskutiert, die in der Vergangenheit ebenso wie in diesem Jahr mehrheitlich für die Partei des umstrittenen türkischen Präsidenten Erdogan (AKP) votierten (u. a. Zdrzalek 2023; Ferstl und Solimann 2023). Dieser steht immer wieder in der Kritik, u. a. hinsichtlich seines Umgangs mit Geflüchteten in der Türkei, einem nicht unabhängigen Justizsystem sowie seiner Frauenrechtspolitik (ebd.).

Während dieses Wahlverhalten auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung bereits umfangreich untersucht wurde (u. a. Adar 2020; Uslucan und Sauer 2020; Heller und Karakayali 2022), ist die Frage nach der grundsätzlichen Motivation zur Wahlteilnahme noch weitgehend unerforscht. Der scheinbaren Normalität, das externe Wahlrecht in der Türkei zu nutzen, während der eigene Lebensmittelpunkt in

Deutschland liegt, wurde im Lehrforschungsprojekt⁶ zur politischen Partizipation und Migration an der Universität Göttingen nachgegangen. Folglich widmet sich dieser Beitrag der Frage: „Warum entscheiden sich in Deutschland lebende Türk:innen zur Teilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023?“

Mittels qualitativer Interviews eines jungen akademischen Samples werden Motivationstreiber und Beweggründe zur Wahlteilnahme insbesondere anhand von Fragen zur Zugehörigkeit und sozialen Beziehungen in der Türkei und Deutschland ergründet. Leitend ist dabei die Theorie des migrantischen Transnationalismus (Bauböck 2003; 2012), die den Zusammenhang zwischen überlappenden Aktivitäten individueller Akteure und sozialen Institutionen sowie deren Auswirkungen in transnationalen Räumen erklärt.

Nach einem Überblick über den aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschungsstand zum Wahlverhalten und zur Wahlmotivation wird das Forschungsdesign sowie der theoretische Rahmen des migrantischen Transnationalismus erläutert. In der folgenden Analyse werden unter enger Bezugnahme auf die geführten Interviews und der Theorie verschiedene Motivationen zur Wahlteilnahme diskutiert.

Türkische Wahlen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

Wahlen stehen regelmäßig als zentrales Element demokratischer Staatskultur und Form der höchsten politischen Partizipation im Blickpunkt (populär-)wissenschaftlicher Diskussionen (Lauth und Wagner 2020: 296–297). Auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland finden jedoch nicht nur deutsche Wahlen statt. Für viele ausländische Staatsbürger:innen, deren Lebensmittelpunkt in Deutschland liegt, gibt es die Möglichkeit, an nationalen Wahlen teilzunehmen (u. a. Zdrzalek 2023). So auch für türkische Staatsbürger:innen u. a. bei den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 (ebd.). Vor dem Hintergrund einer sehr bewegten deutsch-türkischen Geschichte in den vergangenen Dekaden ist dies von besonderem Interesse. Insbesondere sind dabei Prägungen durch die Bemühungen zur Integration von Gastarbeiter:innen sowie folgenden Immigrantengenerationen in die Bundesrepublik zu nennen (Rickenberg 2015: 175; Schönwälder 2009: 843).

Die vorliegende Arbeit verbindet Migration und politische Partizipation wissenschaftlich mittels einer Untersuchung von Motivationen in Deutschland

⁶Gemeinsam mit Paula Regenhardt und Greta Timm (ebenfalls B.A. Sozialwissenschaften, Georg-August Universität Göttingen)

Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft

lebender türkischer Staatsangehöriger zur Wahlteilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023.

In den vergangenen Jahren haben sich zahlreiche politikwissenschaftliche Arbeiten mit den nationalen türkischen Wahlen und dem Wähler:innenverhalten der in Deutschland lebenden Wahlberechtigten auseinandergesetzt (u. a. Heller und Karakayali 2022; Uslucan und Sauer 2020; Rickenberg 2015). Dabei ist in den Studien jeweils ein deutlicher Schwerpunkt auf der Wahlentscheidung zu erkennen, insbesondere auch auf der Erforschung von Gründen für eine Wahlentscheidung für die türkische Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) des amtierenden Staatspräsidenten Erdogan (ebd.). Erklärungsansätze in deutschen wissenschaftlichen Diskursen basieren hierbei häufig auf einem Integrationsdefizit türkischer Immigranten sowie diversen Diskriminierungserfahrungen in Deutschland, denen wiederum von der AKP mit anerkennenden politischen Angeboten und Antworten begegnet wird (Heller und Karakayali 2022: 135).

Außerdem wird u. a. von Goerres et al. (2021) die Gruppe der Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit – mithin mit doppeltem Wahlrecht in Deutschland und der Türkei – untersucht. Insbesondere für migrantische Wähler:innen sind bei den persönlichen Kontakten und Beziehungen hinsichtlich einer Wahlteilnahme im türkischen Ausland auch die Beweggründe aus emotionalen Gründen, Identitätsfragen und Zugehörigkeitsgefühl zu berücksichtigen, wie Rickenberg (2015: 171) ergänzt.

Nicht zuletzt sind die Gründe für die Höhe der Wahlbeteiligung von 49 Prozent unter den türkischen Wahlberechtigten in Deutschland Teil der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Diskussion (Uslucan und Sauer 2020: 114–115). „For political participation the interest in politics is a key factor. (...) at the same time that interest can be fundamentally influenced by general opportunities for participation“ (Uslucan und Sauer 2020: 114-115).

Die politische Beteiligung ist zwar einerseits stark abhängig vom politischen Interesse; jedoch ist eben dieses Interesse abhängig von den grundsätzlichen Möglichkeiten politischer Partizipation, analysieren Uslucan und Sauer (2020: 114–115). Die geringen Beteiligungsmöglichkeiten in der türkischen Politik für im Ausland lebende Staatsangehörige könnte mithin ein Erklärungsfaktor für die schwache Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent sein.

Insgesamt bildet der wissenschaftliche Diskurs also bereits einen guten Überblick über die Wahlentscheidungen von türkischen Wahlberechtigten in Deutschland, nicht aber

über die grundsätzliche Motivation der Gruppe, überhaupt an den nationalen türkischen Wahlen teilzunehmen (u. a. Heller und Karakayali 2022; Goerres et al. 2021; Uslucan und Sauer 2020; Rickenberg 2015). Darüber hinaus ist in der methodischen Arbeit ein deutlicher Fokus auf quantitative Erhebungen zu erkennen (ebd.). So folgert Rickenberg (2015: 191):

Für die kommenden türkischen Wahlen wäre es vor allem interessant, den Wahlkampf nicht durch die Augen von Experten wissenschaftlich zu analysieren, sondern die türkischen Wähler:innen direkt zu ihrer Wahlmotivation zu befragen.

Hier möchte dieser Beitrag ansetzen, über die dargelegte Analyse soll der wissenschaftliche Diskurs qualitativ ergänzt und unmittelbar bei den türkischen Wahlberechtigten in Deutschland angesetzt werden. Diese Untersuchungsgruppe ist aufgrund ihrer Größe von 2,2 Prozent aller türkischen Wahlberechtigten signifikant für den Ausgang türkischer Wahlen, wie zuletzt bei den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 zu beobachten war (Yenisafak 2023; Rickenberg 2015: 191).

Migrantischer Transnationalismus

Der vorliegende Beitrag wird wesentlich von der Theorie des migrantischen Transnationalismus von Rainer Bauböck (u. a. 2003; 2012) geleitet. Seit den 1990er-Jahren erlebt der Begriff der *Transnationalisierung* eine sehr zahlreiche, bisweilen diffuse Verwendung (Pries 2010: 9; Schönwälder 2009: 840–844). Dabei werden die Begriffe *transnational* und *grenzüberschreitend* häufig synonym verwendet, während es eine sozialwissenschaftliche Diskussion über eine geeignete engere Konzeptdefinition gibt (Pries 2010: 9). So führt beispielsweise Pries (2010: 36–37) drei Perspektivenerweiterungen für den Transnationalismus an, die insbesondere Netzwerke von (Groß-)Familien und die Notwendigkeit intergenerationaler Analyse hervorheben. Auch Schönwälder (2009: 844) plädiert für eine fokussierte Verwendung des Begriffs Transnationalismus und unterstreicht die Relevanz der Ausbildung post-nationaler Identitäten, die nationalstaatliche Rahmungen überwinden oder relativieren können, als notwendige Eigenschaft transnationaler Phänomene (ebd.).

Migrantischer Transnationalismus im Sinne Bauböcks (2003: 701–702) zielt auf soziale Institutionen und menschliches Handeln ab, welches ländergrenzenübergreifend stattfindet. Dabei kann es sich sowohl um Migrationsbewegungen und transnationale Organisationen handeln, als auch um die Arbeit und Verflechtung von Finanz- und Informationsströmen (ebd.). Entscheidend ist dabei nicht nur das Vorhandensein transnationaler Handlungen, sondern auch die

Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft

Veränderungen, die diese in sozialen Institutionen und Individuen hervorrufen. Diese Folgen wirken sich gesellschaftlich sowohl im Herkunftsland als auch im Zielland aus (ebd.: 702). Mithin werden neben individuellen Veränderungen auch kollektive Identitäten und Konzeptionen von Staatsbürgerschaft beeinflusst (ebd.: 720).

Darüber hinaus ist die Beständigkeit nationalstaatlicher Grenzen sowie politisch unabhängiger Staaten wesentlich für den politischen Transnationalismus, auf dessen Basis erst eine Überlappung von Grenzen und transnationale Aktivität entstehen kann (ebd.: 721). Dies unterscheidet den Transnationalismus explizit von vermeintlich ähnlichen Konzepten wie dem *Multinationalismus* oder dem *Internationalismus* (ebd.). Die überlappende Zugehörigkeit betrachtet sowohl die Integration in das Aufnahmeland als auch die Haltung und Sozialisation im Herkunftsland (ebd.: 702–703, 720). Dabei können diasporische Identitäten intergenerationell weitergeben und aufrechterhalten werden (ebd.).

Politischer Transnationalismus als die Überlappung politischer und staatlicher Grenzen führt somit vermehrt auch von alleinigen zu überlappenden, doppelten Staatsbürgerschaften (ebd.: 703). Dies bringt eine neue einmalige Kombination für transnational agierende Individuen und Gruppen mit, deren Zugehörigkeit und Möglichkeitsraum sich vergrößert, da keine Entscheidung für ein einziges Land mehr notwendig ist (ebd.). Dies äußert sich typischerweise in externen Wahlrechten und doppelten Staatsbürgerschaften (ebd.: 705).

Die zunehmende staatliche Offenheit für doppelte Staatsbürgerschaften kann als offizielle Anerkennung transnationaler Strukturen durch Staaten gesehen werden (ebd.: 715–716). Doppelte Staatsbürgerschaft bringt jedoch gleichzeitig ein politikwissenschaftliches Legitimationsproblem in sich, da im Ausland lebende Staatsbürger:innen zwar mit der Wahlteilnahme nationale Politik unmittelbar mitbestimmen dürfen, sie die Auswirkungen jedoch allenfalls mittelbar erleben (ebd.: 721). Bauböck (ebd.: 721–722) sieht dies als logische Folge von migrantischem Transnationalismus und argumentiert für eine Legitimität dessen insbesondere bei migrierten Menschen, die enge politische und soziale Verbindungen in ihr Heimatland haben. Vor- und Nachteile dieser doppelten Staatsbürgerschaften für Individuen und Staaten werden an dieser Stelle zu Gunsten anderer Schwerpunkte im Sinne der Fragestellung nicht weiter diskutiert.

Nachfolgend ist der migrantische Transnationalismus im Sinne Bauböcks (2003; 2012) Grundlage für die Diskussion von Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft, am Beispiel der in Deutschland lebenden Wahlberechtigten für die türkische Präsidentschaftswahl 2023. Seine wissenschaftliche

Reputation wird in zahlreichen Diskussionsbeiträgen deutlich und bietet eine anerkannte Basis für die Untersuchung von Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft (u. a. Schönwälder 2009: 840–841).

Wahlmotivation im qualitativen Forschungsdesign

Der vorliegende Beitrag zur Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft beruht auf einer Studie des Autors unter der Fragestellung: „Warum entscheiden sich in Deutschland lebende Türk:innen zur Teilnahme an den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023?“

Im Anschluss an den oben dargestellten sozialwissenschaftlichen Forschungsstand wird eine qualitative Forschung konzipiert, insbesondere werden drei leitfadengestützte Interviews im Juni 2023 (und somit nach der türkischen Präsidentschaftswahl) geführt. Hierdurch kann die Motivation zur Wahlteilnahme unmittelbar bei den Befragten erfasst und auf persönliche wie strukturelle Eigenheiten eingegangen werden. Der Leitfaden sichert dabei eine Ähnlichkeit und Strukturiertheit der Interviews und ermöglicht eine Vergleichbarkeit für die anschließende Analyse der Aussagen. Unter der qualitativen Perspektive soll der Forschungsstand fokussiert erweitert werden.

Schwerpunkte der Interviews sind die sozialen Beziehungen, persönliche Hintergründe und das Gefühl der Zugehörigkeit der Befragten und der mögliche Zusammenhang mit der eigenen Wahlmotivation für die türkische Präsidentschaftswahl. Außerdem wurde das in der Politikwissenschaft nicht unumstrittene (externe) Wahlrecht in der Türkei thematisiert (zur Diskussion u. a. Rickenberg 2015: 191). Insgesamt generierten die leitfadengestützten Interviews Thesen zur Wahlmotivation für die türkische Präsidentschaftswahl 2023, die innerhalb des Beitrags analysiert und diskutiert werden.

Die Interviews werden im Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2023) ausgewertet. Das mehrstufige strukturierte Verfahren in verschiedenen Interpretationsschritten schafft neben einer transparenten Analyse insbesondere eine intersubjektive Überprüfbarkeit sowohl innerhalb der (studentischen) Forschungsgruppe, als auch für Dritte (Mayring 2023: 97–104).

Das kodierende Auswertungsverfahren wurde dabei in zwei Schritten durchgeführt. Nach einer ersten deduktiven Aufstellung von Codes (u. a. überlappende Zugehörigkeit i. S. v. Bauböck 2003: 703) wurden induktiv Codes ergänzt (u. a. rassistische Erfahrungen i. S. v. Il: 38), die aus den Interviewantworten selbst hervorgegangen sind. Diese doppelte Kategorienbildung ermöglichte das Verarbeiten

Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft

der Aussagen in ihrer umfassenden Diversität sowie eine übersichtliche Darstellung von Schwerpunktthemen (Mayring 2023: 100–104).

In der nachfolgenden Analyse soll das Schwerpunktthema Zugehörigkeit diskutiert werden. Dieses Thema verzeichnet mit einem Anteil von 37 Prozent aller Codes nicht nur den größten Anteil aller Codes an der Gesamtheit, sondern wird auch von den Befragten inhaltlich wiederholt besonders betont (u. a. I1: 36-40). Aufgrund gebotener Kürze und inhaltlicher Tiefe des Beitrags ist diese Fokussierung geboten, weitere Themen (u. a. die Bewertung externen Wahlrechts, individuell politische Motivationen) werden nur tangierend behandelt.

Die Befragten

Das zugrunde liegende Sample setzt sich zusammen aus Studierenden im Alter von 20 bis 25 Jahren, deren Lebensmittelpunkt in Deutschland liegt. Alle Befragten besitzen die doppelte Staatsbürgerschaft (Deutsch, Türkisch) und haben an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 teilgenommen. Die Auswahl des Samples ermöglicht die Vergleichbarkeit innerhalb der Analyse und erweitert zudem die Forschung um eine Gruppe, der zuvor noch keine besondere Berücksichtigung in der akademischen Arbeit zu politischer Partizipation und Migration, insbesondere dem Wahlverhalten, zu Teil wurde. Aus diesem Sample sind drei qualitative Interviews mit einer Länge von je ca. 45 Minuten entstanden.

Faktoren individueller Wahlmotivation

Die Theorie des migrantischen Transnationalismus beinhaltet im Kern eine doppelte, überlappende Mitgliedschaft und Zugehörigkeit von sozialen Institutionen sowie menschlichem Handeln zu politisch unabhängigen Gemeinschaften in ihren Staatsgrenzen, wobei diasporische Identitäten intergenerationell weitergegeben werden können (Bauböck 2003: 701-721). Diese Theorie soll nun auf die überlappende Zugehörigkeit von den befragten türkischen Wahlberechtigten angewendet werden, um die Wahlmotivation von in Deutschland lebenden Türk:innen für die türkische Präsidentschaftswahl 2023 zu ergründen. Dabei soll insbesondere das (überlappende) Zugehörigkeitsgefühl der Befragten betrachtet und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Wahlmotivation diskutiert werden.

Zugehörigkeitsgefühl

In allen geführten Interviews ist das Gefühl einer überlappenden Zugehörigkeit geäußert worden. So sagt die Befragte Ayla:

Migration und Wege der politischen Partizipation

In Deutschland bin ich [...] irgendwie so ein Mischmasch. Je nachdem wer mit mir spricht, spreche ich dann mehr Türkisch, mehr Deutsch [...] und man weiß, man hat gemeinsame Erfahrungen, auf die man sich beziehen kann und deswegen kann man dieses Deutsch-sein oder das Türkisch-sein nicht ausblenden. Das ist dann wirklich so eine hybride Sache. (I2: 89)

Diese Aussage zeigt den Einfluss von transnationalen Lebenswelten auf transnational agierende Individuen (Bauböck 2003: 703). Die Befragten müssen sich nicht mehr identitär für ein Land oder einen Kulturraum entscheiden, sondern erleben eine Gleichzeitigkeit aus Sprachen und sozialen Institutionen an ihrem Wohnort, die wiederum auf die eigene Identität wirken (ebd.).

Diese Situation erleben die Befragten nicht nur auf ihren Lebensmittelpunkt Deutschland begrenzt. Klar ist beispielsweise für die Befragte Mara, „dass der türkische Bezug schon sehr stark [...] bei mir“ ist (I1: 28). Dieser Eindruck transferiert sich für die Befragte auch in ihr Gefühl zur Türkei: „Du hast [...] so eine Art Sehnsucht in dir, weil du denkst so meine Wurzeln liegen da [in der Türkei], meine Familie liegt da. [...] Ich verbinde sehr das Emotionale mit dem Land“ (I1: 30). Dies zeigt auch die Interdependenz des migrantischen Transnationalismus zwischen zwei Ländern, hier der Türkei und Deutschland, und ihre Wirkung in beide Staaten (Bauböck 2003: 721). Ausgehend von dieser überlappenden emotionalen Verbundenheit entsteht der Wunsch, die Veränderungen im transnationalen Raum mitzugestalten, von Politik ebenso wie von kollektiven Identitäten (I1: 46; I2: 119; Bauböck 2003: 701–702). Dieser Wunsch nach Mitbestimmung wird folglich zu einer Motivation zur Wahlteilnahme:

Weil ich einfach mir wünschen würde, für die Türkei als Land und für die Menschen vor allem, die da leben, dass die ein sicheres, geschütztes sozialstaatliches Leben führen können, so wie ich es hier führe. Wo ein Fokus auf Bildung gelegt wird, [...] wo alle gleich gefördert werden. Also so all diese Grundsätze, die wir hier in Deutschland auch nicht perfekt erfüllen, aber definitiv auf einem viel besseren Weg sind. (I2: 119)

Dabei denken die Befragten neben Freund:innen und Verwandten (I2: 119; I1: 224) auch an das eigene Leben und die Möglichkeit, einmal selbst in der Türkei leben zu können: „Ich [...] würde halt schon gerne in der Türkei leben, aber [...] aufgrund [der] aktuellen Lage von Bezug auf Wirtschaft, [...] also in der nahen Zukunft kann ich mir nicht vorstellen in der Türkei [zu] leben“ (I1: 60).

Hier werden die direkten Auswirkungen der migrantisch-transnationalen Lebensrealitäten für die Individuen deutlich. So führt das Gefühl überlappender Zugehörigkeit auch zu einer neuen, transnationalen Aktivität und Flexibilität (Bauböck 2003: 721). Einerseits umfasst dies einen Chancenzuwachs durch die rechtliche Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft sowie externe Wahlrechte (bspw. § 4 StAG; Bauböck 2003: 703). Andererseits spüren die Befragten

Wahlmotivation von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft

transnationale Veränderungen und die Einflüsse auf ihre Lebenswelt (u. a. I2: 89, 24). Die jungen Befragten erleben dieses Wirk- und Spannungsfeld insbesondere an ihren Universitäten sehr bewusst (I1: 24; I3: 189–190). In der Gesellschaft sind diese transnationalen Einflüsse aus sozialwissenschaftlicher Sicht seit spätestens zwei Jahrzehnten allgegenwärtig, diagnostiziert Pries (2010: 148–149).

Das Gefühl der überlappenden Zugehörigkeit der Befragten äußert sich auch in emotionaler Verbundenheit, die im Familienkreis bestärkt wird. So erzählt der Befragte Fahri: „Bis zur Wahl habe ich nicht gewusst, dass ich eine türkische Staatsbürgerschaft habe, [dass] ist meinen Eltern gesagt worden“ (I3: 152). Schließlich hat auch Fahri gewählt, denn die Wahl, sagt er,

ist meiner Familie sehr wichtig. Es ist eine sehr große historische Wahl gewesen. Aber persönlich [...] habe ich keinen großen Kontakt zu dieser Wahl gehabt. [...] Ich lebe nicht in der Türkei. Ich spüre die Politik dort nicht. (I3: 212)

Er führt aus, dass insbesondere die Familienmitglieder in der Türkei ihn gebeten haben, an der Wahl teilzunehmen (I3: 224). Sichtbar wird also, dass nicht nur die in Deutschland lebenden Menschen ihre Einflussmöglichkeit sehen und wahrnehmen wollen (I1: 46; I2: 119). Vielmehr sind sich auch die türkischen Verwandten der externen Wahlrechte ihrer Familienmitglieder bewusst (Bauböck 2012: 26-31). Sie erwarten eine Mitwirkung der Familienmitglieder auch aus Deutschland – eine transnationale Normalität (I3: 212; Bauböck 2003: 715–716).

Staatsbürger:innenbewusstsein

Neben der emotionalen Verbundenheit der Menschen in ihren transnationalen Lebensrealitäten wird in den Interviews auch immer wieder ein staatsbürgerliches Pflichtbewusstsein deutlich (u. a. I1:30; I2:101): „Ich bin halt Staatsbürgerin und [...], wenn ich mit meiner Stimme dazu beitragen kann, dass sich das Land der Modernität und der Demokratie [zu-] wenden kann, warum sollte ich das nicht machen?“ (I1: 40) Mithin ist die Zunahme staatlicher Akzeptanz für doppelte Staatsbürgerschaften also nicht nur ein migrationspolitisches Instrument, sondern weckt auch ein reales Pflichtbewusstsein zur Wahlteilnahme (ebd.; Bauböck 2003: 715–716).

Allerdings ist dieses Pflichtbewusstsein nicht grenzenlos. „Also ich würde nicht wählen, wenn ich nicht müsste“ (I2: 101), sagt Ayla und führt die aktuelle politische Lage als ausschließliche Motivation zum Urnengang an. Dies ist auch als ein Ausdruck des Verantwortungsgefühls gegenüber den Verwandten und Freund:innen in der Türkei einzuordnen (I2: 100–103). Politische Unzufriedenheit ist für Ayla „der einzige Grund, warum ich bei der Wahl teilnehme, sonst müsste ich nicht, also wäre mir das egal“ (I2: 101). Das Pflichtbewusstsein als Motivation zur

Migration und Wege der politischen Partizipation

Wahlteilnahme scheint also insoweit begrenzt, wie es politische Interessen und Opportunitäten gibt.

Zudem zeigt auch Fahri, der sich erst am Wahltag seines Wahlrechts sicher war, kein unbedingtes staatsbürgerliches Pflichtbewusstsein zur Wahlteilnahme: „Wenn es [das Wahllokal, Anm. Verfasser] nicht sehr weit weg wäre, wenn es den Aufwand wert wäre, würde ich [...] wählen gehen. [...] Aber wenn ich es immer nach Stadt 4 fahren müsste, würde ich das nicht machen“ (I3: 228).

Mithin ist die Motivation zur Wahlteilnahme auch an die Einfachheit zur Teilnahme gekoppelt. Insgesamt wurde durch Änderungen in der türkischen Wahlgesetzgebung in den Jahren 2008 und 2012 die Wahlteilnahme für die in Deutschland lebenden türkischen Wahlberechtigten u. a. durch eine größere Zahl an Wahllokalen erleichtert (Adar 2020: 5).

Lebenswelten

Ein weiterer Beweggrund zur Wahlteilnahme bei den türkischen Präsidentschaftswahlen 2023 liegt auch in der gewählten Ansprache an die Wahlberechtigten durch die Politiker:innen selbst. So analysiert Bauböck (2003: 701), dass die Abstimmung zwischen transnationaler und nationaler Politik sehr wichtig für die Partizipation der Staatsbürger:innen ist. Dabei ist zunehmend auch eine politische Mobilisierung der Menschen in der (deutschen) Diaspora zu beobachten (Bauböck 2012: 23–24; Rickenberg 2015: 170–171).

Eine Diaspora im Sinne Bauböcks (2012: 20) ist zuvorderst ein politisches Konstrukt, das an ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl und eine kollektive Identität appelliert. Dabei ist im migrantischen Transnationalismus die Diaspora auch der Gemeinschaftsbildung im Aufnahmestaat üblich, insbesondere zur Verfolgung bestimmter politischer Ziele, vorliegend durch türkische Politiker:innen zur Wahlkampagne 2023 (Bauböck 2012: 20-27).

Dabei hat der türkische Präsident Erdogan (AKP) die Situation unzufriedener türkischer Wahlberechtigter in der deutschen Diaspora in der Vergangenheit immer wieder bewusst genutzt, in dem er diasporische Konstrukte unterstützt und fördert, u. a. bei seinen Wahlkampfauftritten in Deutschland (Rickenberg 2015: 171). Eine Wahlmotivation entsteht daraus, weil sich die Menschen verstanden fühlen und einen Orientierungspunkt (im Ausland) finden, den sie mit der lokalen Gemeinschaft teilen können: „Das ist genau dieses sehr nationalistische, religiöse und immer wieder in diese Ängste einspielende. Ihr seid gehört, ich höre euch, ihr seid Teil der türkischen Gesellschaft, ich habe euch nicht vergessen“, berichtet Ayla (I2: 138).

Teilweise wird in den Interviews mit den jungen Befragten eine Abgrenzung zum Aufrechterhalten dieses intergenerationell gepflegten Konstruktes durch die älteren Generationen und Politiker:innen deutlich. „Ich wollte einfach nicht mehr. Also es war immer dieselbe Leier“, sagt Fahri (I3: 168). Auch Ayla berichtet von ihren Erlebnissen mit einer älteren Generation, die an einer Vorstellung von einer Türkei festhielten, die sie „nur im Sommerurlaub aufrechterhalten können [...], damit es einfach präsent bleibt“ (I2: 138). Dieses Verhalten korreliert häufig mit dem Gefühl nicht gelungener Integration oder Diskriminierungserfahrungen (Heller und Karakayali 2022: 135; I2: 138). Für aktive Politiker:innen kann die Lebensrealität der in der Diaspora lebenden Menschen somit zum Nährboden eigener Wähler:innenmotivierung werden, einer „heißen Form des migrantischen Transnationalismus“ (Bauböck 2012: 26). Dies gilt ausdrücklich generationenübergreifend und findet auch bei jungen Wahlberechtigten Zustimmung, wie sich in den Interviews zeigt (u. a. I3: 200-206).

Insgesamt sind in der Analyse und Diskussion zur Wirkung von überlappenden Zugehörigkeitsgefühlen auf die Beweggründe zur Wahlteilnahme also bereits mehrere Motivationstreiber erkennbar. So löst erstens eine emotionale Verbundenheit zur Türkei bei den Befragten auch den Wunsch zur Mitbestimmung im türkischen Ausland aus (u. a. I1: 46; I2: 119; Bauböck 2003: 701–702). Dies wird zweitens häufig in transnationalen familiären Lebensrealitäten verstärkt und äußert sich in einem (begrenzten) Pflichtbewusstsein der jungen Wahlberechtigten (I2: 101; I3: 212). Drittens wirkt auch die politische diasporische Mobilisierung für einige (junge) Wahlberechtigte als Motivationstreiber zur Wahlteilnahme an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023.

Implikationen der Studie

Im Rahmen des Lehrforschungsprojekts zur politischen Partizipation und Migration an der Universität Göttingen konnten in dieser Studie individuelle wie strukturelle Beweggründe zur Wahlteilnahme von in Deutschland lebenden Türk:innen an der türkischen Präsidentschaftswahl 2023 aufgedeckt werden. Zwar lassen sich die vorliegenden Ergebnisse der Studie insoweit eingrenzen, dass Aussagen ausschließlich über die spezifische Gruppe des Samples getätigt werden. Die bewusste Abgrenzung zur Untersuchung von (parteipolitischer) Wahlentscheidung ist hingegen nicht notwendigerweise als Grenze zu verstehen, sondern die Erhebung zur Wahlmotivation vielmehr als Potential und Erweiterung der sozialwissenschaftlichen Forschung.

Insgesamt konnten anhand des entwickelten Leitfadens für drei qualitative Interviews mehrere Motivationstreiber zwischen überlappender Zugehörigkeit und Wahlmotivation für die Teilnahme an der Präsidentschaftswahl 2023 ergründet werden. Es wird deutlich, dass Bauböcks (2003; 2012) migrantischer Transnationalismus mit der Theorie der überlappenden Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zu unabhängigen Staaten einen angemessenen theoretischen Hintergrund für die Untersuchung bietet (Bauböck 2003: 701–721). Dabei werden auch die Auswirkungen auf soziale Institutionen und individuelle Lebensrealitäten der Befragten sichtbar (u. a. Pries 2010: 148–149). Folglich werden multifaktorielle Wahlmotivationen junger türkischer Wahlberechtigter in Deutschland in den Interviews aufgezeigt. Die Analyse bietet schließlich eine gewinnbringende Erweiterung des Forschungsstandes, um eine qualitative Perspektive junger akademischer Wähler:innen.

Darüber hinaus werden weitere Thesen zur Wahlmotivation generiert, die eine vertiefte Forschung anbieten. Hier ist insbesondere der Einfluss (fehlenden) Wissens über die grundsätzliche Wahlberechtigung als partizipatives Hindernis zu untersuchen (u. a. I3: 152). Zudem ist die Diskussion zum externen Wahlrecht zu nennen (u. a. Rickenberg 2015: 191). Hier ist auch politisch zu diskutieren, inwieweit das Auftreten türkischer Politiker:innen zu Wahlkampfzwecken in Deutschland als scheinbar logische Folge der externen Wahlrechte toleriert werden soll. Schließlich birgt auch das durch transnationale Lebensrealitäten verschärfte politiktheoretische Dilemma, in einem Land mitzubestimmen, in dem nicht der eigene Lebensmittelpunkt liegt, Anstöße zur weiteren Diskussion (Bauböck 2003: 721; I2: 127; I3: 204).

Bibliographie

- Adar, S. (2020). Eine Neubetrachtung der politischen Einstellungen türkischer Migranten in Deutschland. Analyse des Wahlverhaltens jenseits von „Loyalität gegenüber der Türkei“ und „Mangel an demokratischer Kultur“. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik – SWP Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit. https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S06_Adar_Migranten.pdf (Zugegriffen: 13. Dezember 2023).
- Bauböck, R. (2003). Towards a Political Theory of Migrant Transnationalism. In: *The International Migration Review* 37 (3), S. 700–723.
- Bauböck, R. (2012). Diaspora und transnationale Demokratie. In: Charim, I. und Auer, G. (Hg.). *Lebensmodell Diaspora: Über moderne Nomaden*. Boreatranscript Verlag, S. 19-33.
- Ferstl, M.; Solimann, C. (2023). Wie Türken in Deutschland wählen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 09. Mai 2023. <https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-wahl-deutschland-erdogan-k-l-cdaroglu-1.5848896?reduced=true> (Zugegriffen: 13. Dezember 2023).
- Goerres, A.; Mayer, S. J.; Spies, D. C. (2021). Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund. Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES). *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*, 81–97.
- Heller, M.; Karakayali, S. (2022). Abstimmen wie Zuhause. Transnationales Wahlverhalten türkischer StaatsbürgerInnen in Deutschland. In: *Soziale Welt* 73 (1), S. 134–168.
- Krumm, T. (2016). Im Ausland wählen: Die türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni und 1. November 2015 in Deutschland im Vergleich. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47 (4), S. 753–770.
- Lauth, H.-J.; Wagner, C. (2020). *Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Stuttgart, utb GmbH.
- Mayring, P. (2023). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 14. Überarbeitete Auflage. Weinheim, Julius Beltz GmbH & Co. KG.
- Pries, L. (2010). *Transnationalisierung Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Rickenberg, L. (2015). Deutschland als 86. Wahlkreis der Türkei? Wählerpotenziale und Wählermobilisierung bei den türkischen Parlamentswahlen 2015. In: Hohberger, W.; Karadag, R.; Müller, K. und Ramm, C. (Hg.). *Grenzräume, Grenzgänge, Entgrenzungen: Junge Perspektiven der Türkeiforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 171–196.
- Schönwälder, K. (2009). Einwanderer als Wähler, Gewählte und transnationale Akteure. In: *Politische Vierteljahresschrift* 50 (4), S. 832–849.
- Statista (2023). Anzahl der Ausländer aus der Türkei in Deutschland von 2001 bis 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/152911/umfrage/tuerken-in-deutschland-seit-2001/> (Zugegriffen: 13. Dezember 2023).
- Uslucan, H. H.; Sauer, M. (2020). Political Participation and Party Preferences among Immigrants of Turkish Origin in Germany. In: *Uluslararası İlişkiler* 17 (68), S. 113–128.

Migration und Wege der politischen Partizipation

Yenisafak (2023). Almanya 2023 Cumhurbaşkanlığı Seçimi - 14 Mayıs 2023. <https://www.yenisafak.com/secim-cumhurbaskanligi-2023/yurtdisi-almanya-secim-sonuclari> (Zugegriffen: 13. Dezember 2023).

Zdrzalek, S. (2023). Generation Erdogan. Türkische Wähler in Deutschland. In: *Tagesschau*, 11.05.2023. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/tuerkei-wahl-deutschland-100.html> (Zugegriffen: 13. Dezember 2023).

Antirassismuserbeit migrantischer Vereine und rassistische Gewalt

Finia Osterholz und Tabea Hoffmann

Die Bedrohung migrantischer Organisationen durch rechte Gewalt

Der Täter maßte sich das Recht an, zu entscheiden, wer hierhergehört und wer nicht. Er maßte sich das Recht an, zwischen ‚Wir‘ und ‚Die‘ zu unterscheiden [...]. Er maßte sich das Recht an, über Leben und Tod anderer zu entscheiden. (Steinmeier 2021)

Mit diesen Worten verurteilte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das rassistisch motivierte Attentat in Hanau vom 19. Februar 2020, bei welchem elf Menschen getötet und mindestens fünf weitere verletzt wurden. Vor der Tat veröffentlichte der Täter, Tobias Rathjen, ein Bekennerschreiben auf seiner Website mit dem Titel „Botschaft an das gesamte deutsche Volk“ (vgl. ZEIT online 2020). Dieses Schreiben ist gefüllt mit den Vorstellungen des Täters, Verschwörungstheorien und Frauenhass, vor allem stechen jedoch der Rassismus und die zahlreichen Vernichtungsfantasien von Menschen mit Migrationshintergrund heraus (ebd.). Das Anschläge wie dieser kein Einzelfall sind, ist in der Bundesrepublik bereits seit den sogenannten „Baseballschläger-Jahren“ in den 1990er-Jahren und dem Nationalsozialistischem Untergrund (NSU), einer rechtsterroristischen Vereinigung, die neun Morde beging, bekannt (Virchow 2022).

In Deutschland steigt die Zahl rechtsextremer Gewalt in den letzten 10 Jahren rapide an. Im vergangenen Jahr wurden 20.967 rechte Straf- und Gewalttaten polizeilich erfasst (vgl. Bundeskriminalamt, zitiert nach Statista 2023). Dies ist besonders für Migrant:innen eine Gefahr, da sie einen Großteil der Opfer bei Gewalttaten von rechts darstellen. Ohne Staatsbürgerschaft und mit Migrationshintergrund sind die staatlichen Partizipationsmöglichkeiten jedoch begrenzt (Walbrühl 2022: 137). Um trotzdem Teil des politischen Prozesses zu sein,

engagieren sich immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Selbstorganisationen, welche Antirassismuserbeit leisten (Kamara 2006: 23).

Für diesen Beitrag soll die Frage zugrunde gelegt werden: „Inwiefern nimmt rassistische Gewalt Einfluss auf die Netzwerke von Antirassismuserbeit von bereits bestehenden migrantischen Vereinen?“ Das Ziel des Beitrags ist, die Wirkung von Gewalt gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund auf die Netzwerkbildung, sowohl in als auch zwischen migrantischen Vereinen, welche sich aktiv in der Antirassismuserbeit einsetzen, herauszuarbeiten.

Für die Beantwortung der Fragestellung werden zunächst die grundlegenden Begriffe *Antirassismuserbeit*, *migrantische Selbstorganisation* sowie *Gewalt* erläutert. Im Anschluss wird ein Überblick zum aktuellen Forschungsstand gegeben. Dies dient dazu, den theoretischen Rahmen zu festigen, die Relevanz der Thematik aufzuzeigen und potenzielle Forschungslücken zu erkennen. Dieses beinhaltet die Sozialkapitaltheorie nach Putnam, welche sich darauf stützt, dass soziale Netzwerke nicht nur zur Verbreitung von Informationen beitragen, sondern auch dabei helfen können, kollektive Dilemmata effektiver zu bewältigen und somit sowohl Einzelne als auch der Gemeinschaft zugutekommen können (Fuchs 2020: 27). Daraufhin wird das Forschungsdesign vorgestellt. In diesem Beitrag wurde eine qualitative Feldforschung gewählt, bei welcher zwei leitfadengestützte Interviews geführt wurden. Abschließend werden die Ergebnisse, ermittelt über die qualitative Inhaltsanalyse nach Philip Mayring und Thomas Fenzl (2019), dargestellt und zusammengefasst, um festzustellen, welchen Einfluss rassistische Gewalt auf die migrantischen Vereinsnetzwerke hat.

Der Schwerpunkt der Arbeit befasst sich primär mit der Netzwerkarbeit antirassistischer Migrant:innenselbstorganisationen und deren Umgang mit Gewalt gegen Migrant:innen. Die Arbeit knüpft an die bisherigen Forschungen zu rassistisch motivierter Gewalt, migrantischer Selbstorganisation, Antirassismuserbeit und Netzwerkarbeit an und verbindet diese. Zusätzlich bieten die geführten Interviews mit Personen aus migrantischen antirassistischen Vereinen einen genaueren Einblick in die vorherrschenden Strukturen und Strategien von Vereinen.

Begriffsdefinition

Zum Verständnis der Studie müssen im Vorfeld die Begriffe *Antirassismuserbeit*, *migrantische Selbstorganisation* und *Gewalt* ausgeführt werden, um darauf die spätere Analyse aufzubauen.

Antirassismusbearbeitung

Die Gesetzgebung in Deutschland befasst sich in mehreren Punkten mit der rassistischen Diskriminierung von Personen und wie diese zu verhindern ist (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2023: 10). Zentrale Gesetze, die zu nennen sind, sind das Grundgesetz Absatz 3 und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) (ebd.), wobei das Grundgesetz Absatz 3 die gesamtgesellschaftliche Benachteiligung aufgrund der jeweiligen Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft oder Glaubens verbietet, sowie das AGG Kompensation für stattgefundene Benachteiligung garantiert. Rassismus ist als gesellschaftliche Thematik in den vergangenen Jahren primär durch negative Erfahrungen von Personen bis hin zu gewaltsamen Anschlägen immer mehr in den Fokus gerückt (ebd.: 6). Die daraus entstehende Antirassismusbearbeitung kann daher nicht ohne gesellschaftliche Rahmung betrachtet werden.

Antirassismusbearbeitung kann in zwei unterschiedliche Formen auftreten. Zum einen in einer staatlichen Umstrukturierung von Prozessen, um inklusivere Strukturen zu schaffen. Beispiele sind das Einsetzen von Antirassismusbearbeitungsbeauftragten, der Ausbau von Beratungsstellen (ebd.: 47) und die Erweiterung des Kompetenzbereichs der AGGs (ebd.: 10). Im Zentrum der staatlichen Umstrukturierung steht die Bewusstmachung und Vermeidung von strukturellem und institutionellem Rassismus (ebd.). Zum anderen entstehen antirassistische Prozesse durch die Zivilgesellschaft (DeZIM 2022: 92). Vor allem wird diese Arbeit von Bildungsprojekten, Initiativen (Messerschmidt 2016: 31) und Jugendvereinen (Ott 2016: 118) geleistet. In der Bildungsarbeit steht dabei eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen, auch auf globaler Ebene (Messerschmidt 2016: 33) und kritische Selbstreflexion im Mittelpunkt (Schmitz 2016: 85). In der Jugendarbeit ist vor allem das Anbieten von Freizeitaktivitäten in Form von etwa Sport – oder Kulturveranstaltungen rudimentär, durch welche eine sichere Gemeinschaft geschaffen werden kann (Messerschmidt 2016: 118). Insgesamt ist das Zeigen von Vorbildern, die souverän ihre Identität und ein positives Selbstbild vermitteln, hilfreich (Hübsch 2016: 124).

Zudem sind Entlastungsmodelle sinnvoll, bei denen Betroffene Beratungsformen in Anspruch nehmen können (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018: 11). In Seminaren können relevante Themen diskutiert und aufgearbeitet werden, etwa zu „interkultureller Kompetenz“ (Messerschmidt 2016: 118), zur Schaffung von Plattformen in Bildungsstätten bspw. in Form von Diskussionsrunden (Hübsch 2016: 124), soziale Medien genutzt werden

Migration und Wege der politischen Partizipation

(Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2023: 7) oder rassistische Erfahrungen recherchiert und publiziert werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018: 12).

Wichtig für die Antirassismuserbeit ist hierbei die Beachtung von intersektional auftretender Diskriminierung, durch die sich Diskriminierungen verschränken und zu weiterer Benachteiligung führen können (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2023: 10).

Migrantische Selbstorganisation

23,8 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund (Destatis 2023). Selbstorganisierte Gruppen und migrantische Selbstorganisationen sind auf vielfältige Weise in die gesellschaftliche Dynamik Deutschlands eingebunden (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020: 6). 2020 existierten zwischen 12.400 und 14.300 migrantische Selbstorganisationen mit bis zu einer halben Million Mitgliedern (Walbrühl 2022: 142). Trotz ihrer bedeutsamen Rolle ist die Definition der migrantischen Selbstorganisationen nicht frei von Vorurteilen, wie Cagri Kahveci (2017: 12) herausstellt. Diese Vorurteile drehen sich um die Frage, ob diese Gruppen eine Phase der Integration darstellen oder sich von der Gesamtgesellschaft isolieren, wodurch die Rassismuserfahrungen und soziale Diskrepanzen, die innerhalb dieser Gruppierungen verarbeitet werden, bedingt wissenschaftlich untersucht werden (ebd.).

Gewalt

Der Gewaltbegriff unterliegt ständigem Wandel und ist gebunden an zeitliche, kulturelle und soziale Werte und Normen (Brückner 2000: 3, zitiert nach Sauer 2011: 52).

Rechtlich wird Gewalt als eine physische Handlung definiert, die erfolgt, um einen körperlichen Zwang auszuüben, um einen bestehenden oder erwarteten Widerstand zu überwinden (§ 240 Absatz 1 Satz 1 StGB). Unter dieser Definition werden auch die (polizeilich erfassten) 197.202 Fälle von Gewaltkriminalität im vergangenen Jahr in Deutschland verstanden, von denen 1.016 als rechtsextremistische Gewalttaten eingestuft werden (vgl. Bundeskriminalamt, zitiert nach Statista 2023).

Seit langer Zeit betonen zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere Opferberatungsstellen, die erhebliche Diskrepanz zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aufzeichnungen rassistisch motivierter Taten und gehen von einer Dunkelziffer um die 10 Prozent aus (Beauftragte der Bundesregierung für

Migration, Flüchtlinge und Integration 2023: 13). Darüber hinaus gaben im Afrozensus 2020, einer Studie, welche intersektionale Analysen zu Anti-schwarzem Rassismus in Deutschland durchführt, 93,3 Prozent der Befragten an, dass ihnen entweder nicht geglaubt wird oder sie als zu empfindlich betitelt werden, wenn sie einen rassistischen Vorfall melden (ebd.: 17). Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration erläutert, dass dieser Unterschied aufgrund von verschiedenen Definitionen und Erfassungsmethoden von Gewalt und Rassismus besteht, sowie der Betroffenenperspektive, welche zivilgesellschaftliche Organisationen einnehmen (ebd.).

Gewalt wird bereits im lateinischen Ursprung differenziert in *violentia*, die Einwirkung auf Personen, und *potestas*, die Autorität in Macht- und Herrschaftsdynamiken. Diese Unterteilung wird seit den 1960er-Jahren unter anderem von Johan Galtung unterstützt. Laut Galtung umfasst der Gewaltbegriff nicht nur physische Aggressionen, sondern jegliche Einschränkungen, die Menschen davon abhalten, sich frei ausleben zu können (Kailitz 2007: 133). Er klassifiziert sechs Dimensionen von Gewalt, die bedeutendsten davon sind die direkte physische und psychische Gewalt, die strukturelle Gewalt und die kulturelle (diskursive) Gewalt (ebd.). Während die direkte Gewalt sich mit der gesetzlichen Definition überschneidet und ein Ereignis ist, bezieht sich die strukturelle Gewalt auf Verhältnisse und Strukturen, welche Ungleichheit und Verletzungsoffenheit schafft (Sauer 2011: 52). Hiermit trennt Galtung den Gewaltbegriff von den bestimmbareren Täter:innen und physischer Aggressionen (Kailitz 2007: 134). Strukturelle Gewalt wird zu einer Ordnungsform, welche die Grundbedürfnisse durch externe soziale Druckfaktoren oder relationale Zwänge beeinträchtigt. Die kulturelle Gewalt fungiert als Legitimation von direkter oder struktureller Gewalt und bezieht sich rein auf den symbolischen Einflussbereich, zum Beispiel Sprache, Erziehung, Wissenschaft, aber auch politische Ideologien (Galtung 1998: 341). Diese Gewaltformen können nicht isoliert voneinander betrachtet werden, da sie sich wechselseitig rechtfertigen.

Gegner:innen dieser aufgeteilten Definition von Gewalt argumentieren, dass so die differenzierte Analyse hierarchisch strukturierte Phänomene erschwert wird (Gudehus und Christ 2013: 3). Jan Philipp Reemtsma kategorisiert physische Gewalt deswegen in *lozierende Gewalt*, *raptive* und *autotelische Gewalt* (Reemtsma nach Gudehus und Christ 2013: 2). Hierbei beziehen sich die Begriffe auf das Verhältnis zwischen Täter:innen und Opfern sowie die Tragweite der Gewalt. Genauer bezieht sich lozierende Gewalt auf den veränderten Aufenthalt eines Körpers (Gefangennahme,

Verbannung), die raptive Gewalt meint einen bestimmten Körper (weiblich, rassifiziert, behindert etc.), welcher attackiert wird und autotelische Gewalt ist die grundlose Ausübung von Gewalt (ebd.).

Der Kontext, in welchem Gewalt ausgeübt wird, ist somit definitionsübergreifend entscheidend. Innerhalb dieser Arbeit bezieht sich der Gewaltbegriff auf Aggressionen sowie physische Auseinandersetzungen bis hin zu Tötungsdelikten gegen rassifizierte Gruppen und Einzelne.

Aktuelle Forschung zur Netzwerkarbeit migrantischer Vereine

Im folgenden Abschnitt soll ein Überblick über die aktuelle Forschung zur Netzwerkarbeit migrantischer antirassistischer Vereine gegeben werden. Der bisherige wissenschaftliche Stand gibt einen Einblick darin, wie sich die migrantische Mobilisierung in Deutschland bis dato unter dem Einfluss rassistischer Gewalt entwickelt hat.

Die politische Teilhabe von Migrant:innen im Rahmen von migrantischen Selbstorganisationen wird allgemein in der Studie *Politische Partizipation von Migrant:innen* von Ulrich Walbrühl (2022: 133) untersucht. Laut Walbrühl beteiligen sich Migrant:innen weniger am politischen Geschehen aufgrund der fehlenden deutschen Staatsbürgerschaft und/oder Unwissenheit über mögliche Partizipationsformen. Dies soll durch Maßnahmen wie die Einbürgerung, Förderungen des Politikinteresses, aber auch Migrant:innenorganisationen verändert werden können (ebd.). Besonders Migrant:innenorganisationen stellen in der sonst sehr begrenzten politischen Teilhabe eine Chance dar, Sichtbarkeit zu schaffen und Einfluss geltend zu machen (Walbrühl 2022).

In der Migrationsforschung zählt die migrantische Selbstorganisation zu der indirekten politischen Partizipation von Migrant:innen in Deutschland (ebd.: 141). Die verschiedenen Handlungsbereiche der selbstorganisierten Gruppierungen können primär aufgeteilt werden in Organisationen mit vielfältigen Funktionen und einer Orientierung zur Förderung von Teilhabe, Organisationen, die sich der Pflege kultureller Aspekte widmen, sowie Organisationen, die politische Interessen repräsentieren (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020: 6). Migrantische Selbstorganisationen wirken unter anderem als Orte, durch die staatliche Unterstützung durch gemeinschaftliches Handeln ersetzt wird, indem durch alltägliche Kooperation kollektive Verbundenheit und alternative Ansätze zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen Gegebenheiten entstehen (Kahveci 2017: 12). Ziel der Selbstorganisation ist es, Zugehörigkeiten zu schaffen (ebd.).

Aufgrund ihrer Konzeption sind migrantische Selbstorganisationen Verbindungsstellen für staatliche Akteur:innen, die Informationen oder Kontakte mit den jeweiligen migrantischen Gemeinschaften herstellen wollen (Walbrühl 2022: 142).

Migrantische Selbstorganisationen, die politische Interessen repräsentieren, konfrontieren mit ihrer Arbeit die Meinungsbildung der gesellschaftlichen Gruppierungen, die sonst kein Bewusstsein für die Herausforderungen von Migrant:innen entwickeln, etwa in Form von Kampagnen, welche sich für Wahlrechte von Drittstaatsangehörigen einsetzen (ebd.). Kahveci (2017: 13) geht davon aus, dass Antirassismusbearbeitung von Migrant:innen als eine Art Rebellion zu verstehen ist, durch die gesellschaftlich verankerten Strukturen hinterfragt werden. Soziale Benachteiligung und Rassismus sind Auslöser für Antirassismusbearbeitung und gesellschaftliche Transformation.

Die 2021 durchgeführte Studie von Anke Freuwört et al. zeichnet ein ähnliches Bild von der Einflussnahme migrantischer Selbstorganisationen. Anhand von leitfadengestützten Interviews mit Akteur:innen der Migrant:innenorganisationen wurde herausgearbeitet, dass diese politische Anerkennung sowie Förderung erfahren. Vereine, welche sich bereits länger aktiv engagieren, profitieren jedoch nicht von diesen Förderungen und äußern Kritik (Freuwört et al. 2021: 96).

Beide Studien unterstreichen das Potential von migrantischer Selbstorganisation innerhalb der Öffentlichkeitsarbeit, betonen jedoch auch, dass noch keine volle Ressourcenförderung und nachhaltige politische Zusammenarbeit stattfindet.

Der *Nationale Diskriminierungs – und Rassismusmonitor* (NaDiRa) untersucht Rassismus in Deutschland in Bezug auf Ursachen, Ausmaß und mögliche Folgen mithilfe von qualitativen, quantitativen und experimentellen Methoden. In der Studie *Rassistische Realitäten* (2021), wird aufgezeigt dass Rassismus ein „zentrales gesellschaftliches Thema ist“ (DeZIM 2022: 101), von dem bereits ein Fünftel der Bevölkerung unmittelbar betroffen war (ebd.: 5). Interessant ist hier die Einordnung des Bewusstseins für die Realität von Rassismus. Die telefonische Befragung von deutschsprachigen Privathaushalten ergab, dass die Mehrheit der Bevölkerung Rassismus als ein alltägliches und strukturelles Problem ansieht (ebd.: 101).

Die 2022 veröffentlichte Studie vom DeZIM (2022: 10) gibt an, dass 47 % der Interviewten angeben, in den letzten fünf Jahren gegen Rassismus vorgegangen zu sein. Das Antirassismuspotential besteht nach der Studie bei 1/3 bis zur Hälfte der Bevölkerung (ebd.). Des Weiteren kann ein steigendes Engagement im Bereich der

Antirassismuarbeit betrachtet werden, insbesondere unter den 13 – bis 24-Jährigen und den von direktem sowie indirektem Rassismus betroffenen Personen (ebd.).

Erstmalig hat auch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration einen Bericht zur Darstellung von Rassismus in Deutschland veröffentlicht. *Rassismus* ist eine ethnische sowie kulturelle Ungleichbehandlung, welche intersektionale Betrachtung benötigt. Die verfügbaren Daten sind jedoch unzureichend (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2023: 11). Insbesondere im Bereich der rassistischen Gewalt ist eine Diskrepanz zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aufzeichnungen sichtbar und führt zu unterschiedlichen Statistiken. Diesem liegt eine unterschiedliche Definition von rassistisch motivierter Gewalt zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Polizei zugrunde, sowie dem mangelnden Vertrauen in staatliche Einrichtungen (ebd.)⁷.

Zentral für diese Arbeit ist die Forschung von Katarina Stjepandic (2022) zum migrantischen Netzwerkaufbau nach dem rechtsextremistischen Terroranschlag in Hanau. Stjepandic arbeitet heraus, das Hanau im Zuge der postmigrantischen Mobilisierung einen Wendepunkt darstellt (2022: 327). Entscheidend für die funktionierende Antirassismuarbeit migrantischer Personen sei die Verknüpfung vom Austausch jeglicher Ressourcen, wie zum Beispiel Wissen, Kontakte, Finanzielles, aber auch Vertrauen und Solidarität innerhalb der migrantischen Communities und den nicht betroffenen Unterstützer:innen (ebd.: 328). Um zu verstehen, wieso Hanau für einen Wandel im gesellschaftlichen Umgang mit rassistischer Gewalt gesorgt hat, führt Stjepandic eine dreiwöchig teilnehmende Beobachtung sowie 21 semi-strukturierte Interviews mit den Mitgliedern der Vereine und Initiativen in Hanau durch. Hier konnte gezeigt werden, dass *Bridging* sowie *Bonding*, d. h. die Identitätsfindung innerhalb der jeweiligen Vereine und das Vernetzen mit anderen Vereinen und Organisationsstrukturen von migrantischen Communities wesentliche Bestandteile für die Politisierung und Sichtbarkeit rassistischer Gewalt sind (ebd.: 345). Diese Strukturen werden im nächsten Abschnitt noch weiter vertieft.

⁷ In dieser Forschung kann jener Diskurs jedoch keine Beachtung finden, da dies über den Umfang hinausgehen würde. Dennoch sollte auf die differenzierte Datenlage in der Rassismusforschung mit diesem Beitrag aufmerksam gemacht werden.

Sozialkapitaltheorie

Die Theorie, die die Analyse der Forschung stützen soll, ist das Sozialkapital nach Robert D. Putnam. Putnam geht davon aus, dass soziale Netzwerke der Grund sind, dass strukturelle Muster effizienter umgesetzt werden können (Putnam 1993: 3). Hierbei agieren soziale Netzwerke als Koordinator:innen, welche notwendige Informationen speichern und weitergeben können (ebd.: 4). Durch diese Speicherung und Weitergabe lassen sich zielführende Prozesse wiederholen und die Gemeinschaft fördern (ebd.). Putnam sieht diesen Ablauf als Beweis dafür, dass Kollaborationen zwischen Gemeinschaften funktionieren und für zukünftige Kollaborationen genutzt werden können.

Zwei Merkmale, die Putnam dem Sozialkapital zuordnet, sind, dass Sozialkapital ein Nebenprodukt von anderen Verbindungen, etwa Initiativen oder Gruppierungen ist (ebd.) und dass ein Ort vorhanden sein muss, an dem die Gruppe untereinander in Kontakt treten kann (Putnam 2000: 51). Eine positive Auswirkung des Sozialkapitals ist für Putnam (ebd.: 18), dass durch das Vertrauen in sozialen Netzwerken das soziale Leben generell gefördert werden kann.

Putnam unterscheidet das Sozialkapital in zwei verschiedene Dynamiken. *Bonding* beschreibt die Bindung innerhalb der Gruppe (ebd.: 20). Durch die Wechselbeziehungen innerhalb der Gruppe soll sich Solidarität mobilisieren lassen. Zudem beschreibt Putnam Bonding als eine wichtige Dynamik, um soziale und psychologische Unterstützung für Personen herstellen zu können (ebd.). *Bridging* beschreibt hingegen die Netzwerkbildung zwischen mehreren Akteur:innen und wird als eine externe Dynamik verstanden (ebd.). Das Bridging beschreibt den Informationsaustausch, der folglich zu Kollaborationen führen kann (ebd.).

Diese Studie betrachtet die Netzwerkbildung an spezifischen migrantischen Vereinen und baut damit insbesondere auf Stjepandic (2022) Veröffentlichung auf. Auf Grundlage des Forschungsstandes lässt sich herausstellen, dass allein in der Antirassismuserbeit ein Bedarf an Forschung vorhanden ist (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2023: 11–13). Durch Stjepandic (2022) konnte die Vernetzung in Hanau und der dadurch entstandene antirassistische Kampf untersucht werden. Jedoch fehlt in der politischen und soziologischen Forschung eine Analyse zu der Prägung der Antirassismuserbeit migrantischer Vereine durch rassistische Gewalt. Daher soll in diesem Beitrag untersucht werden, inwiefern rassistische Gewalt Einfluss auf die Netzwerkstruktur von Antirassismuserbeit von bereits bestehenden migrantischen Vereinen nimmt.

Aufgrund dessen, dass sich diese qualitative Forschung auf Netzwerke nach rassistischer Gewalt zentriert, ist Putnams Theorie von Sozialkapital und das Potenzial innerhalb der Netzwerkarbeit sinnvoll. Durch die Aufteilung der Theorie in *Bonding* und *Bridging* kann, falls eine Veränderung der Antirassismuserbeit migrantischer Vereine stattgefunden hat, differenziert werden, wie genau rassistisch erlebte Gewalt diese Netzwerkarbeit nachhaltig verändert hat.

Die Nutzung der Theorie nach Putnam sorgt zum einem für eine ausreichend weitgreifende Rahmung, um die semistrukturierten Interviews aufzufangen, gleichzeitig ist die Rahmung eng genug, um die vergleichsweise geringe bisherige Forschung mit den in dieser Forschung gesammelten Erkenntnissen in Verbindung bringen zu können.

Die Studie zur Antirassismuserbeit in migrantischen Netzwerken

Im folgenden Abschnitt soll die methodische Auseinandersetzung erfolgen. Im Zusammenwirken mit den erhobenen Interviewdaten hat die vorliegende Arbeit das Potenzial, migrantische Netzwerke näher zu untersuchen sowie den Einfluss rassistisch motivierter Gewalt aufzuzeigen.

Qualitativer Feldzugang

Um die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit zu beantworten, wurden leitfadengestützte, semistrukturierte Interviews mit zwei migrantischen Vereinen durchgeführt. Diese bieten eine gewisse Kontrolle über den inhaltlichen Kontext und gleichzeitig die Freiheit der Befragten, über ihre persönlichen Erfahrungen und Emotionen zu berichten. Hierbei war die Sensibilität gegenüber eigenen Rassismuserfahrungen der Befragten durchgehend zu berücksichtigen. Zudem wurde ausgewählte Literatur hinzugezogen, um eine umfassende Grundlage für die Analyse und Bewertung der Antirassismuserbeit zu bilden sowie einen Aktualitätsbezug herstellen zu können. Dies ermöglicht ein umfassendes Verständnis der behandelten Thematik.

Kontaktaufnahme

Da die Fragestellung der Forschungsarbeit sich primär auf die Netzwerkarbeit antirassistischer Migrant:innenselbstorganisationen fokussiert, waren die wichtigsten Anhaltspunkte des Samplings, dass es sich um Mitglieder eines migrantischen Vereins handelt, welche angeben Antirassismuserbeit zu betreiben. Zudem sollten alle der interviewten Personen einen Migrationshintergrund haben, um ein tiefgreifendes

Verständnis mit der Thematik zu verbinden und dadurch eine Art Vergleichbarkeit herstellen zu können. Idealerweise sollten sie langjähriges Mitglied ihres jeweiligen Vereines sein, um Veränderungen innerhalb des Vereins feststellen zu können.

Für die Interviews wurden zwölf verschiedene migrantische Vereine in ganz Deutschland angefragt. Die Auswahl der Vereine erfolgte unabhängig von einer spezifischen Ausrichtung, sei es in Bezug auf Queer-Arbeit, Sport oder Kunst. Vielmehr war das Hauptkriterium das Engagement dieser Vereine in der Antirassismusbearbeitung ihrer Organisationen. Schlussendlich konnten zwei Interviews digital durchgeführt werden. Diese beliefen sich aufgrund terminlicher Engpässe zwischen einer bis eineinhalb Stunden.

Erhebung mittels leitfadengestützter Interviews

Die Interviewfragen des Leitfadens zielten vor allem darauf ab, Informationen über die Form und Quantität der Vernetzung des jeweiligen Vereins zu sammeln. Dabei wurde auf die generelle Netzwerkarbeit eingegangen sowie auf Herausforderungen und Möglichkeiten durch *Social Media*, Solidarität und strukturelle und institutionelle Ressourcen. Besonders wurde auf die Antirassismusbearbeitung der Vereine eingegangen, dabei wurden Vereinsprojekte angesprochen sowie die Veränderungen dieser Arbeit im Lauf der Zeit. Ebenfalls wurden Informationen zu Erfahrungen mit rassistisch motivierter Gewalt erhoben.

Auswertung mittels Qualitativer Inhaltsanalyse

Die zwei durchgeführten Interviews wurden aufgezeichnet, um diese später anonymisiert zu transkribieren, kodieren und auszuwerten. Für die Auswertung des gesammelten Datenmaterials wird die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring und Fenzl (2019) angewendet. Diese sieht vor, über die jeweils kleinste Analyseeinheit einen Kodierleitfaden zu formulieren (ebd.: 641), welche in der vorliegenden Arbeit einen Satz betrug. Anschließend wird die deduktive Kategorienanwendung durchgeführt. Da diese jedoch keinen Raum für überraschende Erkenntnisse bietet, wird das Kodiersystem mit der induktiven Kategorienentwicklung überarbeitet. Der Kodierleitfaden wird somit an die neuen Informationen angepasst, verfeinert und erweitert (ebd.). Diese Kombination erzielt einen größeren theoretischen Mehrwert und sorgt gleichzeitig für eine größere Objektivität in der Forschung.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage sind die Hauptkategorien zur Kodierung, *Antirassismus(-arbeit)*, *Netzwerke*, in Bezug auf das Sozialkapital von Putnam, und *Gewalt* ausschlaggebend. Aufgrund der Eingrenzung migrantischer Partizipation sind zudem die Kategorien *Migrationshintergrund* und *Mitgliedschaft*

entstanden sowie das *politische Verständnis* der Befragten. Ebenso entscheidend sind die den Vereinen zur Verfügung gestellten Ressourcen sowie die beobachteten Veränderungen im und zwischen Vereinen, aber auch der Gesamtgesellschaft, um zu verstehen, welche Schwierigkeiten neben der rassistischen Gewalt existieren und um ein zeitlich eingeordnetes Bild zeichnen zu können.

Die abgeschlossene Kodierung wird durch die Reliabilitätsprüfung untersucht, um ein möglichst genaues und zuverlässiges Vorgehen der Forschenden sicherzustellen. Die Grundsätze der Intersubjektivität wurden mithilfe der Reliabilitätsprüfung eingehalten. Für die Auswertung des Datenmaterials wird die Häufigkeit der Kategorien gemessen. Schließlich können die Ergebnisse herausgearbeitet werden, um zu wissen, welche Bedeutung diese auf die Forschungsfrage haben und wie sich die Ergebnisse zum Stand der Forschung verhalten.

Sampling

Die beiden Vereine, die interviewt worden sind, sind divers gewählt. Die erste interviewte Person (P1) ist Mitglied eines internationalen Kulturzentrums, das seine Arbeit vor allem auf Jugendliche zentriert. Der Verein von P1 beteiligt sich aktiv an der antirassistischen Aufarbeitung eines gewaltsamen Anschlags. Die zweite interviewte Person (P2) ist Mitglied in einer queeren Migrationsorganisation, die sich vor allem für die Aufarbeitung und Unterstützung von intersektionalen Diskriminierungserfahrungen einsetzt. Beide Organisationen sprechen von ihrer Arbeit als Antirassismuserfahrung, beide Befragte sind seit mehreren Jahren in der Organisation, wobei P2 sogar Gründungsmitglied ist.

Auswertung der durchgeführten Interviews mit Rückschluss auf Putnam

Die Antirassismuserfahrung beider Vereine ist sehr verschieden. Während P1 von politischer Arbeit und organisierten Gegenprotesten berichtet, betreibt der Verein von P2 Beratungen sowie künstlerische Angebote, welche Empowerment schaffen sollen. Hier fügt P2 an „das ist auch gebunden mit einer professionellen Antidiskriminierungs-Antirassismuserfahrungsausbildung, die modular verläuft mit 20 Modulen“ (I2: 198-199). Die Förderung von Professionalisierung findet also, wie bereits Freuwört et al. (2021) feststellten, vereinzelt statt.

Die Entscheidung, sich in der Antirassismuserfahrung zu engagieren, fußt vor allem auf direkter und indirekter Betroffenheit. So sagt P2: „[...] tatsächlich auch aus

eigener Betroffenheit, aber auch aus den Betroffenheiten des Klientel“ (I2: 47-49). P1 ist hingegen durch die Mitgliedschaft seiner Eltern Teil des Vereins geworden. Beide Vereine bemerken, dass die Mobilisierung nicht nur unter Migrant:innen stattfindet, sondern dass durch die Sensibilisierung der Gesamtgesellschaft auch immer mehr Menschen ohne eigene Rassismuserfahrungen in der Antirassismuserbeit tätig werden. Diese fördern vor allem durch andere Netzwerke und Ressourcen die bestehenden migrantischen Vereine in ihrer Arbeit (I2: 455-466). Weiterführend ist es wichtig, auch innerhalb der Migrant:innen-Communities intersektionale Arbeit und Aufklärungsarbeit in Bezug auf die Antirassismuserbeit zu leisten. Der Wandel von Begrifflichkeiten, als Beispiel nennt P2 hier den antimuslimischen Rassismus, aber auch die unterschiedliche Positionierung von den Generationen, muss beachtet und aufgearbeitet werden (I2: 531-533).

Die Netzwerkarbeit der beiden Vereine ist vor allem durch das Aufbauen und Erhalten von Netzwerken mit anderen Organisationen geprägt. Diese Netzwerkbildung kann unter Putnams (2000: 20) *Bridging* eingeordnet werden, da die Zusammenarbeit vor allem von Informationsaustausch und Kollaboration geprägt ist. So spricht P1 beispielsweise davon, dass seit Beginn des Vereins das Ziel war,

die Brücke zwischen die deutsche Arbeiter:innenklasse und die Türkeistämmigen ähm zu bauen, also dass der Türkeistämmige auch eigentlich in diesem klassenkämpferischen, aber nicht nur des auch gegen Rassismus und so auch mit einheimischen Organisationen zusammenarbeiten. (I1: 34-36)

Zudem geht es für P1 darum, dass die Probleme, gegen die der Verein angehen möchte, gesamtgesellschaftliche Probleme und demnach gesamtgesellschaftliche Kämpfe sind, in denen so viele Personen und Gruppierungen wie möglich miteinander kollaborieren sollten (I1: 96-98).

Nach P2 hat sich der Verein primär in die queere und migrantische Szene vernetzt, womit sich der Verein intersektional aufstellt (I2: 92-94). Diese Verbindungen werden genutzt, um von Ressourcen und einem Wissenstransfer zu profitieren und langfristig Informationen und Ressourcen an Dritte weitergeben zu können (I2: 183-187). Als Beispiel nennt P2, dass er das Angebot einer anderen Organisation genutzt habe und deshalb eine Weiterbildung zum Thema Antidiskriminierungsarbeit absolvieren konnte (I2: 200-202). Zudem nutzt der Verein von P2 diese Netzwerke als Verweisstrukturen, falls andere Organisationen nachhaltiger auf die jeweiligen Synergien von queeren und migrantischen Themen oder Diskriminierungserfahrungen eingehen können als er selbst (I2: 97-98).

Als weiteren Punkt der externen Vernetzung nennt P2 das gemeinsame Einstehen und Lobbying für Forderungen (I2: 362-367). Neben Initiativen, anderen

Migration und Wege der politischen Partizipation

migrantischen bzw. queeren Selbstorganisationen und bundesweiten Vernetzungen werden Gewerkschaften, kommunale Antidiskriminierungsstellen und Stadtzentren als Arbeitspartner:innen genannt (I1: 117-119 und I2: 163-165). Diese Art der Vernetzung ist nach Walbrühl (2022: 142) charakteristisch für die Arbeit von migrantischen Vereinen.

Ausgeschlossen aus der Zusammenarbeit werden von beiden Vereinen Organisationen, die nicht dasselbe Interesse vertreten. P1 geht hierbei vor allem auf Organisationen ein, die andere politische Einstellungen vertreten und sich demnach gegen Antirassismuserbeit aussprechen (I1: 103-106). P2 spricht unter diesem Punkt vor allem von schlechten Erfahrungen mit Personen, die ihre Arbeit nicht unterstützen (I2: 165-168). Innerhalb der Vernetzung finden ebenfalls Meinungsverschiedenheiten oder Formen von Diskriminierung statt, wodurch eine Zusammenarbeit nicht zustande kommt (I2: 415-420):

Aber wir haben diese konkreten Erfahrungen gemacht, dass wir, wenn wir sprechen dürfen, auch eingeschränkt sprechen dürfen, Themen uns häufig vorgegeben werden, Einladungen und Buchungen und auch da, wo überall postkolonialistisch und Genderstudies und so drauf steht, nicht unbedingt, dass dann was drin ist. (I2: 59-63)

Neben Bridging findet auch *Bonding* nach Putnam (2000: 20) in den beiden Vereinen statt. Während P1 hierbei vor allem von der Politisierung von Jugendlichen ausgeht (I1: 66-71), geht es für P2 um die Erschaffung einer Community, die innerhalb des Vereins auch außerhalb von Beratung entstehen soll (I2: 471-471). Für beide Interviewten ist es hierbei zentral, dass durch die gemeinsamen Erfahrungen als Migrant:innen Personen durch die Gemeinschaft Unterstützung erhalten. So erklärt P1, „Das ist unser Problem als Migranten und wir müssen als Migranten zusammenhalten.“ (I1: 99-100). P2 geht darauf ein, dass es

jetzt kein Drehtür Prinzip [ist], dass Leute gekommen sind und sie haben dann eine Antirassismus Beratung gehabt oder ihr Fall wurde besprochen und dann gehen sie in die Welt hinaus und schauen halt, was sie dann damit machen. Sondern wenn es dann die Möglichkeit gibt, wollen wir die Person mit unseren Angeboten auch anbinden an eine Community, an Menschen, die ähnliche Erfahrungen haben. (I2: 257-262)

Diese Verbundenheit in der Vereinscommunity wird von Kahveci (2017: 12) als eines der Kernmerkmale von migrantischen Selbstorganisationen angesehen. Anzumerken ist, dass Veränderungen innerhalb des Vereins meist mit der Netzwerkarbeit innerhalb des Vereins zusammenhängen. Als Beispiel wird eine Umstrukturierung ihrer Arbeit hin zu einer Vernetzung in den sozialen Medien genannt (I1: 369-370 und I2: 431-433) oder die Erweiterung ihrer Arbeit, durch die mehr gesellschaftliche Gruppierungen angesprochen werden, etwa durch eine deutschsprachige Jugendzeitschrift (I1: 57-60).

Aber inwiefern nimmt rassistische Gewalt Einfluss auf die Netzwerkstruktur der Antirassismusbearbeitung beider Vereine? Beide Interviewte sprechen sich dafür aus, dass nach einem rassistischen Anschlag Solidarität wichtig ist und aus diesem Grund die Vereine etwa bei Gedenkveranstaltungen oder anderen Kampagnen Unterstützung leisten sollten (I1: 418-424 und I2: 484-488). P2 argumentiert, dass diese Unterstützung notwendig ist, damit gemeinsam gegen rassistische Gewalt vorgegangen werden kann und Betroffene in Notsituationen nicht allein mit den Folgen von rassistischer Gewalt umgehen müssen (I2: 504-507). P1 bezieht sich in der Erläuterung auf eigene Erfahrungen des Vereins mit einem gewaltsamen Anschlag (I1: 78-83). Hierbei beschreibt P1, dass durch den Anschlag eine vermehrte Vernetzung der Migrant:innen in die Antirassismusbearbeitung und fortführend in andere aktivistische Aktivitäten, etwa die Organisation von Klimastreiks, stattgefunden hat (I1: 188-199). P1 ergänzt zudem, dass sie antirassistische Arbeit geleistet haben und anschließend an diese anknüpfen konnten (I1: 182-184). So organisieren sie unter anderem mit anderen Organisationen Gedenkveranstaltungen (I1: 418-424). Zudem war P1 als Vertreter:in des Vereins, Gründungsmitglied von einer der Initiativen, die sich in Folge eines gewaltsamen Anschlags gegründet hat (I1: 78-83). Insgesamt beschreibt P1: „Aber nach [Datum [des rassistischen Anschlags, Anm. Verfasserinnen]] weil wir eigentlich auch dann gute Haltung und auch aktiv was gemacht haben, haben wir jetzt mehr Reichweite“ (I1: 477-479).

Die Ausführung der beiden Interviewten sprechen dafür, dass sich durch rassistische Gewalt in Form eines Anschlags die Netzwerkarbeit verändert hat. Es kommt zu mehr Kollaborationen, insbesondere in Form von Gedenkveranstaltungen, die als gemeinsamer antirassistischer Kampf verstanden werden können. Nach Putnam (2000: 20) kann dies als vermehrtes Aufkommen von *Bridging* verstanden werden, bei dem eine vermehrte Organisation mit anderen Vereinen oder Individuen und das Schaffen von Kollaborationen charakteristisch sind. Innerhalb der antirassistischen Kämpfe von diesen migrantischen Selbstorganisationen entsteht eine engere Bindung und Schaffung von Community. Diese Schaffung von Community lässt sich ebenfalls in Putnams Definition von *Bonding* wiederfinden. Die Aussagen der beiden interviewten Personen lassen darauf schließen, dass neben *Bridging* ebenfalls von *Bonding* gesprochen werden kann, um Entwicklungen zu beschreiben, welche sich auf die darin verankerten Migrant:innenorganisationen auswirken: „In der Mehrheitsgesellschaft verblasst so etwas wie Solingen, so etwas wie Lichtenhagen in Rostock. Und das tut noch mal in den unterschiedlichen Communitys unterschiedlich weh“ (I2: 308-309). Fortführend erläutert P2 am vorherig genannten Beispiel, das in

der asiatischen Community ein ganz anderer Umgang im Vergleich zu dem Rest der Gesellschaft mit rassistischen Vorfällen gegen Asiat:innen herrscht (I2: 312-316). Da migrantische Selbstorganisationen diese Art der kollektiven Verbundenheit auffangen (Kahveci 2017: 12) kann davon ausgegangen werden, dass nach P2 innerhalb der antirassistischen und migrantischen Selbstorganisationen, die innerhalb ihrer Community gewaltsame Anschläge verarbeiten müssen, sich durch diese Gewaltdelikte eine veränderte Sensibilität zu gewaltsamen Anschlägen entwickelt hat. Hierbei stellt P1 heraus, dass es insbesondere in dem Ort, an dem der gewaltsame Anschlag stattgefunden hat, zu einer Erhöhung der migrantischen Vernetzung kam (I1: 484-491). Zudem stellt P1 fest, dass dadurch vermehrt ein Bewusstsein und die Bereitschaft unter den Migrant:innen geschaffen worden ist, gegen Rassismus vorgehen zu müssen (I1: 191-195). Das Gemeinschaftsgefühl hat sich verstärkt.

Ein weiteres wichtiges Merkmal des Bondings nach Putnam (2000: 20) ist die psychologische Unterstützung innerhalb der Gruppe. P1 führt aus, dass ein wichtiger Schritt zur Aufarbeitung eines gewaltsamen Anschlags die Zusammenarbeit mit Angehörigen war (I1: 157-160). Hierbei betont P1, dass innerhalb einer Zusammenarbeit auf die Bedürfnisse von Angehörigen eingegangen werden sollte (I1: 525-526).

Neben den Netzwerken, die sich aufgrund von gewaltsamen Anschlägen erweitert haben, gehen beide Interviewte auf strukturelle Gewalt ein (I1: 137-139; I2; vgl. auch Kailitz 2007: 133). P1 berichtet, dass nach einem gewaltsamen Anschlag eine gesamtgesellschaftliche Veränderung in der Wahrnehmung von Rassismus zu erkennen, jedoch diese wenig politisch aufgearbeitet worden war, genauso wie das rassistische Potenzial vor dem Anschlag und der Anschlag selbst (I1: 154-156). Demnach geht P1 davon aus, dass trotz der vorhandenen Dringlichkeit keine strukturelle Veränderung stattgefunden hat (I1: 154-156). Fortführend erläutert P2,

aber ich finde es auch gleichzeitig ein bisschen riskant, sich auf diese Events oder anhand dessen Rassismus und antirassistische Arbeit dann abzuleiten, also durch dann die großen Institute also und die Verantwortung des Staates dort beim Aufheben des Rassismus oder erleichtern als auch das Durchsetzen von Rassismus, weil das ist ja letzten Endes etwas, was der Staat hilft auch das durchzusetzen, indem zum Beispiel bis jetzt nach AGG Schulen nicht angeklagt werden können, Behörden nicht angeklagt werden dürfen. (I2: 328-334)

Demnach bestehen Grenzen, die allein durch Netzwerkarbeit nicht gelöst werden können, aber die dennoch einen wichtigen Teil in der Debatte der rassistischen Anschläge einnehmen.⁸

⁸ Aufgrund der Konzeption des Beitrags kann hierauf nicht genauer eingegangen werden.

Unzureichend ist zudem die Art und Weise, wie Gewalt gemessen werden kann. Aufgrund der Form der Gewalt kann kein bestimmtes Individuum für die Gewalt verantwortlich gemacht werden (Kailitz 2007: 134), welches die Analyse dieser Art von Gewalt erschwert (Gudehus und Christ 2013: 3). P2 erklärt hierzu, dass rassistische Gewalt vor allem in Form von alltäglichen Ereignissen stattfindet (I2: 275-276). Als Beispiel nennt P2 den intersektionelle Rassismus, den queere Personen erfahren, wenn sie Ausländerbehörden besuchen (I2: 21-24). P2s Verein versucht dies in Form von Projekten aufzufangen (I2: 29-30). Die höchste Form von rassistischer Gewalt sind nach P2 gewaltsame Anschläge (I2: 286-287). Jedoch betont P2 in dem Interview, dass sowohl die andernfalls stattfindende rassistische Gewalt und die darauf folgende antirassistischen Kämpfe nicht vernachlässigt werden sollten. P2 resümiert,

[...] es ist absolut wichtig, diese Gedenktage aufrechtzuerhalten. Es ist absolut wichtig, an diese einzelnen Terrorattacken Terroranschläge zu gedenken und daran auch [...] die Spitzen von Rassismus dann zu sehen. Aber es darf nicht dazu führen, dass der jeden Tag existierende Rassismus davor und danach und die Kontinuität nicht verloren geht, nicht die Breite verloren geht. (I2: 338-342)

Abschließend ist festzuhalten, dass die von beiden Interviewten genannten Erkenntnisse sich in der Forschung von Stjepandic wiederfinden. Nach dem Anschlag in Hanau konnte eine Vermehrung der Antirassismusbearbeitung in Form eines Austausches jeglicher Ressourcen festgestellt werden, aber auch Vertrauen und Solidarität innerhalb der migrantischen Communities und den nicht betroffenen Unterstützer:innen (Stjepandic 2022: 328).

Fazit der Netzwerkzusammenhänge migrantischer Vereine

Der vorliegende Beitrag beleuchtet die Auswirkungen rassistisch motivierter Gewalt auf migrantische Vereinsnetzwerke, insbesondere auf solche, die aktiv in der Antirassismusbearbeitung engagiert sind. Wie in der Analyse der erhobenen Daten zu sehen ist, gibt es viele Überschneidungen von Erfahrungen, Motivationen, der Art der Arbeit und auch der Vernetzungsstrukturen. Im diesem Zuge konnte festgestellt werden, dass rassistisch motivierte Gewalt Auswirkungen auf die antirassistischen Netzwerke von migrantischen Selbstorganisationen hat. Damit bestätigt diese Arbeit die Ergebnisse der Studie von Stjepandic, in welcher eine Vermehrung der Antirassismusbearbeitung nach dem Anschlag in Hanau festgestellt werden konnte (Stjepandic 2022: 328).

In der Analyse dieser Veröffentlichung wurde vor allem zwischen Auswirkungen innerhalb der Gruppe und außerhalb der Gruppe unterschieden. Festzuhalten ist, dass es zu einer Verstärkung von *Bonding* nach Putnam (1993: 3) innerhalb der Gruppen kommt, vor allem in Gruppierungen, die direkt von rassistisch

Migration und Wege der politischen Partizipation

motivierter Gewalt betroffen sind, etwa durch ihre örtliche oder ethnische Nähe zu den Betroffenen. *Bridging* hingegen ist durch rassistische Gewalt stärker verbreitet, da durch diese neue Kollaborationen, Vernetzungen und Initiativen entstehen und weiterentwickelt werden.

Die Analyseergebnisse sind nur bedingt repräsentativ, zeigen dennoch eine starke Verknüpfung und Einflussnahme von rechter Gewalt auf die Vernetzungen innerhalb der migrantischen Selbstorganisationen und zwischen verschiedenen Vereinen. Mit dem qualitativen Feldzugang konnten individuelle Rassismuserfahrungen identifiziert und analysiert werden. Inwiefern diese Einfluss auf die Netzwerkarbeit von migrantischen Selbstorganisationen hat, müsste in weiteren Forschungen genauer analysiert werden. Diese Studie sollte daher mit einem größeren Sample erneut durchgeführt werden, um mehr Perspektiven und verschiedene Lebensrealitäten betrachten und miteinbeziehen zu können.

Bibliographie

- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2023). Rassismus in Deutschland. Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen. Berlin. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/729998/d1043c2d1b7e146fdefe89b10e0ac0ef/11-lagebericht-09-12-2016-download-ba-ib-data.pdf?download=1> (Zugegriffen: 23. Januar 2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018). Projekte zur Prävention von Rassismus und rassistischer Diskriminierung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Berlin. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/130892/7230b66ab6286c1784b3abb79ace884d/p/rojekte-zur-praevention-von-rassismus-und-rassistischer-diskriminierung-data.pdf> (Zugegriffen: 23. Januar 2024).
- Destatis (2023). Bevölkerung. Migration und Integration. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/inhalt.html> (Zugegriffen: 1. September 2023).
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2022). Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa). Berlin. https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/CATI_Studie_Rassistische_Realit%C3%A4ten/DeZIM-Rassismusmonitor-Studie_Rassistische-Realit%C3%A4ten_Wie-setzt-sich-Deutschland-mit-Rassismus-auseinander.pdf (Zugegriffen: 23. Januar 2024).
- Freuwört, A.; Westphal, M.; Alisch, M.; Vogler, J. (2021). Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda - kommunale Migrationsarbeit zwischen Handlungsspielräumen und Abhängigkeiten. In: *Voluntaris* 9 (1), S. 86–99.
- Galtung, J. (1998). Frieden mit friedlichen Mitteln: Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Wiesbaden, Leske+Budrich.
- Gudehus, C.; Christ, M. (2013). Gewalt: Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart, J.B. Metzler.
- Hübsch, K. M. (2016). Alternativen zur „Muslimifizierung“ sozialer Probleme sind gefragt. In: Detzner, M.; Drücker, A.; Seng, S. (Hg.). *Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen*. Berlin, Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismussarbeit e. V. (IDA), S. 122–124.
- Kahveci, C. (2017). Migrantische Selbstorganisation im Kampf gegen Rassismus. Berlin, Unrast Verlag.
- Kailitz, S. (2007). Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1975. In: Kailitz, S. (Hg.) *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 133–136.
- Kamara, M. (2006). Migrantenorganisationen und Partizipation. In: *Migration und Soziale Arbeit* 28 (1), S. 22–26.
- Mayring, P.; Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, N.; Blasius, J. (Hg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer VS, S. 633–648.
- Messerschmidt, A. (2016). Solidarisch werden in der verspäteten Migrationsgesellschaft. In: Detzner, M.; Drücker, A.; Seng, S. (Hg.). *Rassismuskritik. Versuch einer*

Migration und Wege der politischen Partizipation

- Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen.* Berlin, Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA), S. 29–33.
- Ott, M. (2016). Begegnungen schaffen, Haltungen hinterfragen, Wissen vermitteln. Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm „Flüchtlinge werden Freunde“ des Bayerischen Jugendrings. In: Detzner, M.; Drücker, A.; Seng, S. (Hg.). *Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen.* Berlin, Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA), S. 116–118.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community.* New York, Simon & Schuster.
- Putnam, R. D. (1993). Social Capital and Public Affairs. In: *Bulletin of the American Academy of Arts and Sciences*, 47 (8), S. 5–19.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2020). Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrant:innenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft. Berlin, Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR-FB_Studie_Migrantenorganisationen-in-Deutschland-8.pdf (Zugegriffen: 23. Januar 2024).
- Sauer, B. (2011). Migration, Geschlecht, Gewalt. Überlegungen zu einem intersektionellem Gewaltbegriff. In: *GENDER* 3 (2), S. 44–60.
- Schmitz, A. (2016). Rechtsruck und Rassismus. Zusammenhänge und Handlungsperspektiven. In: Detzner, M.; Drücker, A.; Seng, S. (Hg.). *Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen.* Berlin, Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA), S. 81–86.
- Statista (2023). Anzahl der politisch motivierten Straftaten und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Deutschland von 2010 bis 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4032/umfrage/rechtsextremismus-und-fremdenfeindlichkeit-in-deutschland/> (Zugegriffen: 1. September 2023).
- Steinmeier, F. (2021). Gedenkveranstaltung am ersten Jahrestag des Anschlags in Hanau. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/02/210219-Rede-Gedenkveranstaltung-Hanau.html?nn=9042446#Start> (Zugegriffen: 1. September 2023).
- Stjepandic, K. (2022). Hanau ist überall. Der Aufbau von Solidaritätsnetzwerken nach den rassistischen Anschlägen in Hanau als postmigrantische Mobilisierung. In: *Leviathan*, 50. Jg., Sonderband 39/2022, S. 326–351.
- Virchow, F. (2022). Rechte Gewalt in Deutschland nach 1945. Eine Einordnung der 1990er Jahre. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515770/rechte-gewalt-in-deutschland-nach-1945/> (Zugegriffen: 1. September 2023).
- Walbrühl, U. (2022). Politische Partizipation von Migrant:innen. In: Bätge, F.; Effing, Klaus; Möltgen-Sicking, K.; Winter, T. (Hg.). *Politische Partizipation.* Wiesbaden, Springer VS, S. 133–147.
- ZEIT online (2020). Rassismus, Verschwörungen und Paranoia. Musharbash, Y.; Sundermann, T. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-02/taeter-hanau-rassismus-rechtsextremismus-motiv->

Antirassismusbearbeitung migrantischer Vereine und rassistische Gewalt

[schreiben?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F](#) (Zugegriffen: 1. September 2023).

Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte bei Fridays for Future: Eine rassismuskritische Analyse

Pauline Aimée Ketterer

Fridays for Future: jung, akademisch und *weiß*?

Seit 2019 zählt *Fridays for Future* (FFF) zu einer treibenden Kraft im Kampf gegen den Klimawandel und mobilisiert weltweit Millionen junger Aktivist:innen. Doch in Deutschland bleibt die Bewegung vor allem eins: jung, akademisch und *weiß*⁹ (Haunss et al. 2019). Auch wurde in der Vergangenheit über die (sozialen) Medien von rassistischen Vorfällen und Strukturen berichtet. In einem Statement einer Bremer Ortsgruppe von FFF heißt es: „Fridays for Future Deutschland ist strukturell rassistisch“ (tagesschau 2023). Doch die Frage nach den diskriminierenden Strukturen sowie den Determinanten, die das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte (MmM) innerhalb dieser Bewegung beeinflussen, und wie mögliche Barrieren überwunden werden können, bleibt bislang weitgehend unerforscht.

Dieser Beitrag zielt darauf ab, die Strukturen und Rahmenbedingungen des Engagements zu beleuchten und einen Beitrag zur Untersuchung der Partizipation von MmM bei FFF zu leisten. Hierzu wurden drei semistrukturierte qualitative Interviews mit MmM geführt, welche bei FFF aktiv sind. Mittels der qualitativen Inhaltsanalyse

⁹ Die Verwendung der kursiven Schreibweise des Begriffs „*weiß*“ hebt hervor, dass es sich dabei nicht um eine biologische Eigenschaft wie die Hautfarbe handelt, sondern vielmehr um eine politische und soziale Konstruktion, die mit Privilegien und Machtpositionen *weißer* Menschen verbunden ist (vgl. IDA: o. J.-a).

nach Mayring und Fenzl (2019) wurden diese auf mögliche Determinanten, die das Engagement von MmM beeinflussen, untersucht.

Hierzu wird zunächst der aktuelle Forschungsstand dargelegt. Anschließend folgt eine methodologische Positionierung für den Forschungsverlauf. Diese basiert auf einem rassismuskritischen Ansatz und dem intersektionalen Ansatz nach Crenshaw (1989), um die komplexen Wechselwirkungen der herrschenden gesellschaftlichen Strukturen wie Kapitalismus, Kolonialismus, Patriarchat und Rassismus, besser zu verstehen. Ergänzt wird das Konzept um die Erweiterung der Theorie des Civic Voluntarism Modell (CVM) nach Sidney Verba aus dem Jahre 1996, um die Einflussfaktoren auf das Engagement von MmM bei FFF zu erläutern (aufbereitet in Schlozman et al. 2018). Im darauffolgenden Abschnitt folgt die Vorstellung des Samples und des Forschungsfeldes, sowie eine Erläuterung des methodischen Verfahrens. Die Ergebnisse der Analyse konnten entlang gebildeter Kategorien zu einer Vielzahl an individuellen und strukturellen Determinanten verdichtet werden, welche das politische Engagement von MmM bei FFF beeinflussen. Handlungsempfehlungen werden anschließend benannt und die Ergebnisse zusammengefasst und eingeordnet.

Einflussfaktoren auf das politische Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte

Obwohl die Forderung nach politischer Teilhabe von MmM im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs in den letzten Jahren zugenommen hat (vgl. Dege und Nicke 2022; SVR 2020; Walbrühl 2021), besteht nach wie vor eine erhebliche Forschungslücke, wenn es darum geht, die vielfältigen Einflussfaktoren auf ihr zivilgesellschaftliches und politisches Engagement umfassend zu erforschen. Die bedeutendsten Forschungsergebnisse zur Partizipation von MmM, insbesondere im Kontext der Klimagerechtigkeitsbewegung FFF, werden hierzu vorgestellt.

Im Jahr 2020 führte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) eine Studie mit dem Titel *Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie?* zur Untersuchung des politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements von Personen mit Migrationshintergrund (MMH) in Deutschland durch¹⁰ (vgl. SVR 2020). Die SVR-Studie ergab, dass MMH in Deutschland insgesamt

¹⁰ Für diese Untersuchung wurde der theoretische Ansatz nach Schlozman et al. 2018 herangezogen, welcher auch die theoretische Grundlage dieser Arbeit bildet (vgl. SVR 2020: 8).

weniger politisch und zivilgesellschaftlich aktiv sind und ein geringeres Politikinteresse aufzeigen als Menschen ohne Migrationshintergrund (MoM) (vgl. SVR 2020: 36). Interessanterweise sind in Deutschland geborene Nachkommen von Zugewanderten fast genauso häufig politisch aktiv (20,8 Prozent) wie MoM (24,2 Prozent) (vgl. ebd.: 4, 32–33). In Bezug auf die Mitgliedschaft in Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen sind 30 Prozent der MMH engagiert, während bei den in Deutschland Geborenen dieser Anteil 45 Prozent beträgt (vgl. ebd.: 4).

Einen weiteren Aspekt bildet die Einschätzung der eigenen politischen Selbstwirksamkeit, also das Vertrauen in die Fähigkeit, politische Sachverhalte zu verstehen sowie die eigene Zufriedenheit mit dem politischen System. Ein starkes Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit führt zu verstärkter politischer Teilhabe. MMH schätzen ihr Verständnis politischer Inhalte schlechter ein (74 Prozent im Vergleich zu 81 Prozent bei MoM) und trauen sich daher auch weniger zu, an politischen Gesprächen teilzunehmen (vgl. ebd.: 23–24).

Die SVR-Studie identifiziert auch Gründe für diese Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, darunter sozioökonomische Faktoren wie Einkommen und Bildung, insbesondere auch Deutschkenntnisse. Es wird festgestellt, dass sich nur sechs Prozent der MMH, die ihre Sprachkenntnisse als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ bewerten, außerhalb von Vereinen zivilgesellschaftlich engagieren, im Vergleich zu rund 25 Prozent der MMH mit „eher guten“ oder „sehr guten“ Sprachkenntnissen (vgl. ebd.: 5). Zudem steigt mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland das Interesse an Politik und das Gefühl der eigenen politischen Selbstwirksamkeit (vgl. ebd.: 5). Die Studie hebt auch hervor, dass „exogene“ Faktoren wie politische, mediale, gesellschaftliche und institutionelle Einflüsse das Engagement beeinflussen können, wobei Diskriminierung als möglicher Faktor nur am Rande erwähnt wird (vgl. ebd.: 9).

Im Jahr 2022 untersuchte das Forschungsprojekt *Wer kann mitmachen?* des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft die Barrieren, die MmM in Deutschland von politischer Beteiligung abhalten (vgl. Dege und Nicke 2022). Die Ergebnisse zeigten, dass MmM häufiger den Wunsch äußerten, sich politisch stärker einzubringen, insbesondere wenn sie selbst rassistische Diskriminierung erlebt hatten (vgl. ebd.: 49–50). Zudem stellte die Studie fest, dass MmM im Vergleich zur Gesamtbevölkerung häufiger angaben, bereits den Versuch unternommen zu haben, sich politisch zu engagieren, aber aufgrund von Diskriminierung ihre Beteiligungsversuche wieder einstellten (vgl. ebd.: 49–50). Die Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit, die strukturellen Hürden der politischen Beteiligung

von MmM bei der Analyse und Diskussion dieser Arbeit zu berücksichtigen (ebd.: 49–50).

In Bezug auf die Forschung zu FFF existieren wenige Veröffentlichungen und Fallstudien zur Partizipation innerhalb der Bewegung. Die Arbeit von Haunss et al. mit dem Titel *Fridays for Future Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland* aus dem Jahr 2019 knüpft an die Ergebnisse einer umfangreichen europaweiten Befragung zu den FFF-Demonstrationen am 15. März 2019 (vgl. Kocyba et al. 2019) an und fokussiert sich auf die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft bei FFF-Demonstrationen in Deutschland (vgl. Haunss et al. 2019: 1). Die Ergebnisse zeigen, dass der Protest bei FFF hauptsächlich von jungen Menschen getragen wird, sich jedoch auch Erwachsene und ältere Menschen beteiligen. Die Teilnehmer:innen gehören größtenteils dem Bildungsbürgertum an, mit über 70 Prozent Schüler:innen und Studierenden. Außerdem hat über die Hälfte der Befragten mindestens einen Elternteil mit Hochschulabschluss. Dies sind doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung. Auffällig ist der hohe Frauenanteil von über 50 Prozent im Vergleich zu den meisten anderen Großdemonstrationen in Deutschland (ebd.: 9). Besondere Relevanz für diese Arbeit bildet die Frage nach den Herkunftsländern unter den FFF-Demonstrierenden. Im März 2019 wurde festgestellt, dass 97 Prozent der Befragten in Deutschland geboren wurden. Insgesamt hatten 83 Prozent der Befragten keinen unmittelbaren Migrationshintergrund (vgl. ebd.: 14).

Aufbauend auf den Forschungsergebnissen werden die potenziellen Diskriminierungsstrukturen innerhalb von FFF Gegenstand dieses Beitrags sein. Anlass gaben hierzu verschiedene (Zeitung-) Artikel, in denen die Problematik des Rassismus innerhalb der Klimabewegung thematisiert und aufgezeigt wird, wie rassistische Tendenzen und Strukturen die Effektivität und Inklusivität beeinflussen können (vgl. Malkowski 2022; Nowshin 2020; Schwarz 2020; Tagesschau 2023). Eine der hervorgehobenen Kritikpunkte betrifft die geringe Repräsentation von Mitgliedern marginalisierter Gruppen, insbesondere BIPoC (Black, Indigenous and People of Color), innerhalb einer „vornehmlich *weiße[n]* Bewegung“ (Schwarz 2020). Diese Kritik spiegelt auch die Tendenz wider, dass die Perspektiven von BIPoC von *weißen* Aktivist:innen nicht ausreichend berücksichtigt werden (vgl. Malkowski 2022; Nowshin 2020; Schwarz 2020). Wiederholt wurden Fälle dokumentiert, in denen die einzige anwesende BIPoC auf Pressefotos abgeschnitten und unsichtbar gemacht wurde. Diese Vorfälle können nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen als strukturelle Probleme interpretiert werden (vgl. Nowshin 2020; Schwarz 2020).

Des Weiteren wird auf unzureichende Schutzmaßnahmen für BIPOC hingewiesen, da rassistische Erfahrungen und Polizeigewalt nicht ausschließlich während Demonstrationen, sondern auch außerhalb dieser Kontexte auftreten (vgl. Malkowski 2022; Nowshin 2020; Schwarz 2020). Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf nicht existente oder verzögerte Solidaritätsbekundungen seitens FFF in Bezug auf die *Black-Lives-Matter*-Proteste, die sich gegen Gewalt gegen BIPOC richteten (vgl. Nowshin 2020). Ein signifikantes Ereignis war zudem die Auflösung der Bremer Ortsgruppe im Juli 2023, die in einem Statement FFF Deutschland strukturellen Rassismus vorwarf.¹¹ Die kritischen Stimmen der Bremer Aktivist:innen, die wiederholt auf dieses Problem in der Bewegung hingewiesen hatten, wurden ignoriert oder sogar angegriffen (vgl. Tagesschau 2023).

In diesem Kontext besteht eine dringende Forderung nach mehr Solidarität *weißer* Aktivist:innen, um die Klimagerechtigkeitsbewegung inklusiver zu gestalten. Das bewusste Einbeziehen der eigenen *weißen* Privilegien und eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus sind unabdingbar. Zusätzlich wird angeregt, dass die Bewegung verstärkt von BIPOC- und MAPA¹² Aktivist:innen geleitet werden sollte, um ein breiteres und repräsentativeres Engagement sicherzustellen (vgl. Malkowski 2022, Schwarz 2020).

Obwohl FFF Kritik an ihrem Umgang mit Rassismus einräumt (vgl. Schwarz 2020), wird betont, dass bereits das zugrunde liegende Zukunftsnarrativ symbolisiert durch den Begriff „for Future“ inhärent nicht inklusiv ist. Es wird argumentiert, dass es unerlässlich ist, nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart und Vergangenheit zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffene Regionen (vgl. Malkowski 2022). Eine Klimabewegung, die von rassistischen Denkmustern geprägt ist, wird nicht in der Lage sein, eine gerechtere Zukunft zu gestalten (vgl. Nowshin 2020).

In Zuge dieser Recherche konnten keine wissenschaftlichen Artikel zu potenziellen Diskriminierungsstrukturen identifiziert werden, was auf eine bestehende Forschungslücke hinweist.

¹¹ Zu den Auslösern zählte zudem die Konfrontation der Bremer Ortsgruppe mit Vorwürfen des Antisemitismus (vgl. Tagesschau 2023).

¹² Das Akronym „MAPA“: steht für Most affected People and Areas, und damit Menschen in den von der Klimakrise am meisten betroffenen Regionen.

Die Bedeutung eines rassismuskritischen Ansatzes für die Forschung

Die vorliegende Arbeit ist von einem rassismuskritischen Ansatz geprägt. In diesem Kontext wird Rassismus als eine Form der Diskriminierung verstanden, die tief in soziale Strukturen und Institutionen eingebettet ist. Rassismus basiert auf einer künstlich konstruierten Einteilung in zwei gegensätzliche Gruppen von „Privilegierte“ und „Deprivilegierte“ (Ilgün-Birhimeoğlu 2022: 36).

Zwei Faktoren erschweren sowohl das Erkennen von Rassismus als auch die Bemühungen zur Bekämpfung dessen. Zum einen geschehen die meisten rassistischen Handlungen unbewusst. Zum anderen beruht Rassismus auf historisch und strukturell verankerten Ungleichheiten. Selbst wenn Einzelpersonen bewusst versuchen, nicht rassistisch zu handeln, kann Rassismus dennoch ihrem Handeln zu Grunde liegen, da er in gesellschaftlichen Strukturen verankert ist (vgl. ebd.).

Dieser Ansatz setzt eine gründliche Auseinandersetzung mit den Konzepten, Auswirkungen und historischen Kontexten von Rassismus voraus. Dies schließt eine kontinuierliche kritische Reflexion über persönliche Standpunkte, Vorurteile und Privilegien in den vorherrschenden Machtstrukturen mit ein. Ein weiterer Schritt stellt einen sensiblen Umgang mit englischen Begriffen wie beispielsweise *race*, *ethnicity* oder *whiteness* voraus, welche bei ihrer Übersetzung immer in ihren historischen, geographischen, politischen und sozialen Kontexten mitgedacht werden müssen.

In dieser Forschungsperspektive wird danach gestrebt, eine inklusive und diversifizierte Perspektive einzunehmen, indem Stimmen und Erfahrungen von MmM fokussiert werden. Diese Sichtweise stellt für die konkrete Forschung eine Herausforderung dar. So unterliegt es Aushandlungsprozessen innerhalb der Forschungsgruppe, welche Situationen aus theoretischer Perspektive als diskriminierend oder rassistisch bezeichnet werden können, sofern diese nicht explizit von den Befragten als solche eingeordnet werden. Auch internalisierte Annahmen und Strukturen können die Forschung beeinflussen, die wiederum auf (möglicherweise) rassistischen Denkmustern beruhen.

Im Kontext der Forschungsfrage ist es von Bedeutung, anzuerkennen, dass MmM keine homogene Gruppe darstellen. Der Begriff „Migrationsgeschichte“ unterscheidet sich hier von der üblichen Verwendung des Begriffs „Migrationshintergrund“. Im Zuge der Forschung wurde die Verwendung des letzteren Begriffs als unzureichend empfunden, da dieser nicht alle Gruppen einschließt, die eine Migrationsgeschichte haben, und unterschiedliche und vielfältige

Erfahrungen von MmM in eine einzige Kategorie zusammenführt (vgl. Dege und Nicke 2022: 42).

Das Verständnis von MmM in dieser Arbeit basiert auf dem im Jahr 2021 verabschiedeten Partizipationsgesetz (PartMigG) des Berliner Landtages. Demnach werden zu den MmM folgende Gruppen gezählt: Personen mit eigener Migrationserfahrung, Personen mit „Migrationshintergrund“ bzw. „Migrant:innen der 2. und 3. Generation“ sowie Personen, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wurde oder die rassistische Diskriminierung erfahren haben (vgl. § 3 PartMigG 2021).

Die Bedeutung eines Intersektionalen Ansatzes für die Forschung: Intersektionalität nach Kimberlé Crenshaw

Das Ziel dieses Beitrags ist die Untersuchung der Forschungsfrage, welche möglichen Determinanten das Engagement von MmM bei FFF beeinflussen und wie mögliche Hindernisse reduziert werden können. Hierfür sind zwei verschiedene theoretische Ansätze essenziell.

Der Ansatz der Intersektionalität hat seinen Ursprung innerhalb der Schwarzen¹³ Frauenbewegung und viele einflussreiche Denkerinnen, wie das „Combahee River Collective“, eine Gruppe aus schwarzen lesbischen Feministinnen, haben die Entwicklung des theoretischen Ansatzes gefördert (vgl. Degele und Winkler 2010: 11–12). Der Begriff wurde letztlich von der US-amerikanischen Professorin Kimberlé Crenshaw geprägt. In ihrer Arbeit *Demarginalizing the Intersection of Race and Sex* aus dem Jahr 1989 erläutert Crenshaw, dass verschiedene Formen der Diskriminierung nicht isoliert betrachtet und addiert werden können. Vielmehr beeinflussen sie sich gegenseitig und können neue Formen der Diskriminierung hervorbringen (vgl. Crenshaw 1989: 149). Intersektionalität zielt darauf ab, die vielschichtigen Aspekte von Ungleichheiten und Privilegien zu erfassen, die individuelle Erfahrungen aufgrund gesellschaftlicher und struktureller Systeme prägen. Darunter zählen Geschlecht (sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität/-ausdruck), *race* (Hautfarbe, ethnische Herkunft, Nationalität, Sprache und Religion),

¹³ Die Verwendung der Großschreibung des Begriffs „Schwarz“ betont, dass dieser nicht auf eine biologische Eigenschaft wie die Hautfarbe verweist, sondern vielmehr eine politische Selbstbezeichnung von Menschen mit dunklerer Hautfarbe und People of Color darstellt. Diese Gruppen teilen gemeinsame Erfahrungen mit Rassismus in der von *weiß* dominierter Gesellschaft (vgl. IDA: o. J.-b).

soziale Klasse (sozioökonomischer Status und Herkunft) und Behinderung (vgl. Mohammed und Roig 2020: 2).

Die Anwendung eines intersektionalen Forschungsansatzes bietet einen angemessenen Rahmen, die vielschichtigen sozialen Identitäten und die potenziell erfahrenen Formen der Diskriminierung von MmM bei FFF zu berücksichtigen. Die Argumentation dieser Arbeit basiert darauf, dass Erfahrungen von Diskriminierung und Benachteiligung den Zugang zu Ressourcen beeinträchtigen, was sich wiederum auf die politische Partizipation von MmM auswirken kann. Hierbei liefert die Erweiterung der Theorie um das Civic Voluntarism Modell (CVM) nach Sidney Verba weitere theoretische Erkenntnisse (vgl. Schlozman et al. 2018).

Der Einfluss von Ressourcen auf das politische Engagement: Das Civic Voluntarism Model nach Sidney Verba

Das CVM verwendet Daten aus der *Citizen Participation Study* von 1990, um zu quantifizieren, wie die Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gruppen das politische Engagement von US-amerikanischen Bürger:innen beeinflusst. Verba argumentiert, dass das Ausmaß der politischen Aktivität von Menschen stark von den verfügbaren Ressourcen beeinflusst wird, die ihre Teilnahme an politischen Prozessen erleichtern. Diese teilhaberelevanten Ressourcen sind ungleich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt, wobei Einkommen, Bildung, Beruf, *race*, Geschlecht und Religion Unterscheidungsmerkmale darstellen (vgl. ebd.: 51–52).

Geld und Zeit bilden entscheidende Ressourcen, da sie beispielweise die Teilnahme an politischen Treffen und Wahlkampfspenden beeinflussen (vgl. ebd.: 52–53). Bildung als Ressource kann hingegen die Fähigkeiten wie Kommunikations- und Organisationskompetenzen sowie politisches Wissen vermitteln, die für die politische Teilnahme von Bedeutung sind. Darüber hinaus spielt laut Verba das Vertrauen in die eigene politische Selbstwirksamkeit eine wichtige Rolle, da es die Überzeugung beeinflusst, dass das persönliche Engagement einen gesellschaftlichen Unterschied machen kann. Ein weiterer Anreiz zur politischen Beteiligung besteht darin, dass man von anderen zur Teilnahme aufgefordert wird (vgl. ebd.: 62–63).

Die Theorie nach Verba bietet einen geeigneten Rahmen für die vorliegende Forschungsarbeit, da anhand dieser empirisch untersucht werden kann, wie sich Faktoren wie bspw. *race* auf das politische Engagement oder die Inaktivität auswirken. Dies ermöglicht es, die Einflüsse auf die politische Beteiligung von MmM genauer zu analysieren.

Im nachfolgenden Abschnitt wird die methodische Vorgehensweise der empirischen Untersuchung, auf der sich dieser Beitrag gründet, erläutert.

Methodik

Zugang zum Forschungsfeld

Zu Beginn gestaltete sich der Zugang zum Forschungsfeld als herausfordernd, insbesondere da im Zuge eines Projekts, welches nur aus *weißen* Forscher:innen bestand, vermieden werden sollte, Annahmen über die Migrationsgeschichte möglicher Interviewpartner:innen zu treffen. Durch die Vermittlung eines Mitglieds der Forschungsgruppe konnte der Kontakt zur Bundesorganisation von FFF und schließlich zu einer Untergruppe, dem BIPoC-Plenum¹⁴, hergestellt werden, die (noch) für BIPoC-Personen aktiv ist. Nach der anfänglichen Kontaktaufnahme erklärten sich drei Interviewpartner:innen bereit, an einem Interview teilzunehmen. Es handelt sich hierbei um drei FLINTA-Personen¹⁵ mit höheren Bildungsabschlüssen und unterschiedlicher Aktivitätsdauer bei FFF bzw. BIPoC for Future, die sich als Menschen mit Migrationsgeschichte identifizieren.

Das Leitfadeninterview und die qualitative Inhaltsanalyse

Um die Forschungsfrage „Welche Determinanten beeinflussen das Engagement von MmM bei FFF und wie können mögliche Hindernisse reduziert werden?“ zu beantworten, wurden für die qualitative Forschungsmethode semistrukturierte Leitfadeninterviews erstellt. Der Leitfaden für die digitalen Interviews ist in thematische Blöcke unterteilt und beginnt mit offenen und allgemeinen Fragen, um die Befragten in das Thema einzuführen, bevor spezifische Fragen gestellt werden. Er diente als Orientierungshilfe während des Interviews und konnte flexibel angepasst und um zusätzliche Fragen erweitert werden, um die Breite von Ansichten und Perspektiven im sozialen und situativen Umfeld der Befragten zu erfassen (vgl. Przyborski und Wohlrab-Sahr 2021: 164–171).

Die vollständig anonymisierten Transkripte der Leitfadeninterviews wurden mithilfe des Transkriptionsprogramms *f4Analyse* ausgewertet. Die Analyse erfolgte

¹⁴ Das BIPoC-Plenum innerhalb von FFF Deutschland organisiert Austausch- und Vernetzungstreffen für Menschen, die Rassismuserfahrungen gemacht haben. Darüber hinaus engagiert sich das Plenum für antirassistische Bildungsarbeit (vgl. A: 460–461).

¹⁵ Das Akronym „FLINTA“ steht für Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen.

nach den Prinzipien der qualitativen Inhaltsanalyse, wie sie von Mayring und Fenzl (2019) erarbeitet wurden. Die Entscheidung für die qualitative Inhaltsanalyse wurde getroffen, da sie die Verarbeitung großer Datenmengen ermöglicht und gleichzeitig den subtilen Bedeutungsinhalt erfasst, was bei quantitativen Methoden nicht möglich ist. Vor der Analyse wurden deduktiv Kategorien entwickelt, die auf den Theorien von Crenshaw und Schlozman et al. sowie vorherigen Forschungsergebnissen basierten.

Der Auswertungsprozess wurde über einen Kodierleitfaden unterstützt, der gemeinsam festgelegte Kodierregeln enthielt. Dieser wurde zunächst auf der theoretischen Grundlage entwickelt und anschließend durch einen ersten Überblick über das Material modifiziert, verfeinert und induktiv ergänzt (beispielweise durch den induktiven Untercode „diskriminierende Praktiken der Polizei“ oder „Umweltrassismus“) (vgl. Mayring und Fenzl 2019: 634–640). Das Überarbeiten und Reflektieren des Kategoriensystems ermöglichte auch die Integration neuer Erkenntnisse, was besonders in einem bisher unerforschten Forschungsbereich von Vorteil ist (vgl. ebd.: 633).

In einem weiteren Schritt wurden die im Kodierleitfaden festgelegten Kategorien einzelnen Textpassagen in einem interpretativen Vorgang zugeordnet. Es war auch möglich, dass einzelne Textstellen mehrfach codiert wurden. Anhand der gebildeten Kategorien wurde das Interview ausgewertet und die Ergebnisse interpretiert (vgl. ebd.: 634–640). Die Ergebnisse werden nachfolgend vorgestellt.

Einflussfaktoren auf das Engagement von MmM bei FFF

In diesem Abschnitt erfolgt die Analyse der durchgeführten Interviews A, B und C im Rahmen des intersektionalen Diskriminierungskonzepts, wobei das CVM als Grundlage herangezogen wird. Die gewonnenen Erkenntnisse basieren auf insgesamt 532 codierten Textstellen, wobei der Untercode „Wahrnehmung von Barrieren“ mit 25 Textstellen den größten Anteil ausmacht und im späteren Verlauf gesondert hervorgehoben wird.

Entsprechend der zuvor erörterten Theorie nach Verba (vgl. Schlozman et al. 2018) beteiligen sich Menschen nachweislich an politischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, wenn sie über die erforderlichen Ressourcen verfügen (können), die entsprechende Motivation aufbringen (wollen) und durch Mobilisierung dazu ermutigt werden (vgl. ebd.). Die Analyse der drei durchgeführten Interviews bestätigt im Wesentlichen diese Theorie. Im Folgenden werden diese Faktoren näher beleuchtet.

Migration und Wege der politischen Partizipation

Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln und Zeit

Es besteht ein Zusammenhang zwischen begrenzten Ressourcen wie finanziellen Mitteln, Zeit, Bildung und Netzwerken und dem Engagement von MmM bei FFF. Ein:e Interviewpartner:in betonte, dass viele MmM oft andere, von ökonomischen Überlegungen geprägte Prioritäten haben als Menschen ohne Migrationsgeschichte (vgl. B: 207–213). MmM, die vermehrt in „niedrig bezahlten“ oder „zeitintensiven“ Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, haben weniger freie Zeit für ihr Engagement und Treffen bei FFF zur Verfügung. Dies führt nicht nur dazu, dass sie den Überblick über die Arbeit von FFF verlieren oder nicht an Treffen teilnehmen können, sondern auch, dass sie wichtige Freundschaften und Verbindungen zu Mitgliedern von FFF nicht knüpfen können. Diese Verbindungen sind oft Voraussetzungen für den Zugang zu Arbeitsgruppen und den Aufbau von bedeutsamen Netzwerken (vgl. A: 293–296).

Sprach- und Bildungskompetenz

Ein maßgeblicher Einflussfaktor auf das Engagement im Bildungsbereich ist der Mangel an ausreichenden Sprach- und damit verbundenen Bildungskompetenzen. Oft wird die vorherrschende Sprache innerhalb dieser Sphäre als *weiß*, „bürgerlich“ und „wissenschaftlich“ wahrgenommen (B: 197–199). Komplex formulierte deutschsprachige Dokumente, Anträge und Websites können insbesondere für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und/oder die über einen anderen Bildungshintergrund verfügen, eine erhebliche Hürde darstellen. Ein:e Interviewpartner:in erläutert:

Viele, die vielleicht jetzt nicht gerade Abitur machen oder so, das nicht verstehen und dadurch sich automatisch., ja nicht angesprochen fühlen. Und wenn sie dann vielleicht doch aktiv sein wollen, dann das Gefühl haben, sie müssen ein bestimmtes Vokabular haben, um überhaupt mitreden zu können. Und das ist eine sehr große Barriere. (B: 199–203)

Die begrenzte Verfügbarkeit von mehrsprachiger und barrierefreier Kommunikation auf verschiedenen Ebenen führt dazu, dass MmM der Zugang verwehrt ist oder sie ihre Aktivität bei FFF beenden (vgl. B: 197–199; C: 214–218).

Umgang mit Perspektiven von MmM und rassistische Vorfälle bei FFF

Innerhalb der FFF-Bewegung existieren deutliche Herausforderungen im Umgang mit den Perspektiven und Beiträgen von MmM. Einer der zentralen Aspekte, der von den Interviewpartner:innen betont wurde, ist die Wahrnehmung der Schwierigkeit, die eigene Meinung in der Bewegung zu äußern, insbesondere aufgrund der ständigen Unterrepräsentation von MmM und der damit verbundenen hierarchischen Strukturen, in denen MmM oft am unteren Ende positioniert sind (vgl. B: 251–257; C:

174–181). Es wurde deutlich, dass MmM nicht nur mehr „Mut, Geduld und Ausdauer“ aufbringen müssen (vgl. B: 244–245), sondern auch Fälle in der Vergangenheit auftraten, in denen aktiv die Perspektiven von MmM bei FFF ignoriert wurden. Ein exemplarischer Vorfall wurde von einer Interviewpartner:in geschildert: „Dann habe ich unsere Forderung gefunden, und alle Sätze, die ich gesagt hatte, und alle meine Meinungen waren weg, und alles, was die selbst, was die weiße Gruppe entschieden hat, stand da noch“ (C: 171–174).

Das BIPoC-Plenum entstand im Jahr 2020 als Reaktion auf interne Rassismusevorfälle innerhalb von FFF (vgl. A: 79–80). Anfangs als eine Initiative von FFF Deutschland gestartet, distanzierten sich die Mitglieder des BIPoC-Plenums jedoch zunehmend aufgrund wahrgenommener Widersprüche und der als schwer veränderbar empfundenen Strukturen innerhalb von FFF von der Bewegung. Es zeigten sich signifikante Unterschiede in Meinungen und Herangehensweisen zwischen den beiden Gruppen. Obwohl das BIPoC-Plenum als Teil der FFF-Bewegung anerkannt ist, agiert es mittlerweile größtenteils eigenständig (vgl. B: 100–106, 395–399; C: 54–56).

Darüber hinaus wurde berichtet, dass FFF wiederholt die Veröffentlichung von Beiträgen des BIPoC-Plenums abgelehnt hat und Aktionen nicht oder kaum unterstützt wurden (vgl. A: 275–276; B: 251–256). Die Interviews ergaben, dass Menschen ohne Migrationsgeschichte aus der Perspektive der Befragten oft unzureichend Zeit und Motivation aufbringen, um ihnen zuzuhören und die Perspektiven von MmM zu verstehen (vgl. B: 394–395; C: 180–181).

In den Interviews wurde festgestellt, dass im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung innerhalb der Bewegung weniger Diskriminierung herrscht. Ein:e Interviewpartner:in äußerte dazu:

Und da würde ich schon sagen, dass andere Gruppen schon auch diskriminierungssensibler arbeiten und es auch viel angenehmer ist, mit den Leuten zusammenzuarbeiten. Ähm, aber ob es Deutschland repräsentiert, kann ich nicht sagen, weil [ich] in der Normalbevölkerung würde ich mal sagen, noch auch mehr Diskriminierung sehe als bei FFF. Ich glaube, es ist so ein Mittelding. (A: 553–557)

Jedoch wurden trotz dieser Einschätzung konkrete Vorfälle von Rassismus innerhalb von FFF genannt (vgl. A: 79, 80, 160–175, 270–284, 533–549)¹⁶. Interessanterweise wurden diese Vorfälle nicht als strukturelle Probleme, sondern als individuelle Vorkommnisse betrachtet, wie es ein:e Interviewpartner:in betonte: „Aber du kannst

¹⁶ Aufgrund des begrenzten Umfangs dieses Beitrags wird auf eine detaillierte Darstellung der Einzelfälle verzichtet, um den Fokus auf eine strukturelle Diskriminierung zu legen.

halt nicht das Verhalten von einzelnen Menschen generalisieren auf eine ganze Bewegung“ (C: 158–159).

Von besonderer Bedeutung ist jedoch die Feststellung, dass FFF in sämtlichen genannten Fällen nicht ausreichend bemüht war, angemessen auf diese Vorkommnisse zu reagieren oder sie ausreichend zu untersuchen. Die betroffenen MmM wurden sich selbst überlassen, es wurden keine Schritte unternommen, um rechtliche Maßnahmen einzuleiten und es wurden seitens FFF keine offiziellen Erklärungen oder Solidaritätsbekundungen abgegeben (vgl. A: 207–210, 637). Ein:e Interviewte stellte fest: „Und bei den Beispielen kann man gut erkennen, dass FFF selber als Organisation, aber auch als Ortsgruppe, eher nicht wirklich Menschen unterstützt, die Rassismus erfahren“ (A: 220–221).

Die interviewten Personen erhoben auch den Vorwurf, dass FFF versucht habe, interne rassistische Vorfälle zu vertuschen, um das Image der Bewegung nicht zu beeinträchtigen (vgl. A: 536–538, 631–638). In diesem Zuge wurde die Arbeit des BIPoC-Plenums von FFF kritisiert, da die Veröffentlichung von Stellungnahmen und die Schaffung von Öffentlichkeit als schädlich für die Bewegung angesehen wurden (vgl. A: 536–538, 631–638). Diese Ergebnisse unterstreichen die Relevanz hinsichtlich des Umgangs der Bewegung mit den Hindernissen sowie Diskriminierungsfällen innerhalb von FFF. Ein:e Interviewpartner:in verdeutlichte dies:

Also, es gab halt auch Rassismusevorfälle bei [Name]. [...] Also dann ist [Name] auch auf Social Media gegangen, hat auch veröffentlicht. Dann gab es demzufolge auch sehr hässliche Geschichten, dass er auch mehrfach beleidigt worden ist. Dann hat bei ihm irgendwann auch Luisa Neubauer¹⁷ angerufen, und sowas wie ‚mach mal weniger...du musst jetzt nicht auf Social Media verbreiten. Man muss das jetzt nicht jeden erzählen‘, so ungefähr. Dabei ist das sein gutes Recht. [...]. Er wurde dann eben auch aus allen Gruppen entfernt. Aus FFF. (A: 533–543)

Neben der Wahrnehmung von Rassismus innerhalb von FFF thematisieren die Befragten ebenfalls den Umgang von FFF mit strukturellem und institutionellem Rassismus. Besondere Kritik wurde am Umgang mit „Racial Profiling“ während verschiedener FFF-Aktionen geäußert. Dabei handelt es sich um Polizeikontrollen, die sich auf das äußere Erscheinungsbild oder ethnische Merkmale von Personen konzentrieren (vgl. Bundesregierung 2023: 26). MmM sind häufig von rassistischen Praktiken der Polizei betroffen, auch während FFF-Aktionen. Es wurde bemängelt, dass FFF diesem Problem zu wenig Aufmerksamkeit schenkt und es zu wenig in die eigene Arbeit einbezieht (vgl. A: 403–404, 442–444).

¹⁷ Luisa Neubauer gilt als eine der Initiatorinnen und prominenten Vertreterinnen der Fridays-for-Future-Bewegung in Deutschland (vgl. Haunss et al. 2019: 2, 38).

Als weitere Form der diskriminierenden Strukturen wird der Tokenismus ausgeführt. Dieser bezieht sich darauf, dass MmM innerhalb von FFF nicht als Individuen wahrgenommen werden, sondern lediglich als Repräsentant:innen ihrer vermeintlichen Identitätskategorien instrumentalisiert werden. Ein:e Befragte:r äußert dazu: „Die werden nur benutzt, um sie dahinzustellen. ‚Guck mal, wie wie divers wir sind.‘ Dabei sind wir, also FFF, gar nicht divers. Da werden Menschen mehr oder weniger benutzt“ (A: 312–313). FFF könnte dadurch den Anschein erwecken, nach außen hin inklusiver und diverser zu sein, obwohl der Anteil von MmM innerhalb der Bewegung tatsächlich äußerst gering ist (vgl. A: 308–312; C: 241–243, 265–267).

Angesichts dieser Erkenntnisse zeichnet sich ein pessimistisches Bild bezüglich der Selbstwirksamkeit von MmM ab. Ein:e Interviewpartner:in äußerte: „Es passiert oft, dass man sehr viel Kraft investiert, aber kaum Ergebnisse erzielt“ (B: 394–395). Hierbei handelt es sich jedoch nach Verba um eine Grundvoraussetzung für die Motivation zum politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement und kann somit als ein Hindernis für das Engagement von MmM bei FFF betrachtet werden (vgl. Schlozman et al. 2018: 51–60).

Umweltrassismus

Im Rahmen des Umweltaktivismus wird darüber hinaus kritisiert, dass FFF sich nicht ausreichend mit der Thematik des sogenannten „Umweltrassismus“ auseinandersetzt. Dieser Begriff beschreibt die rassistischen Implikationen, welche sich aus der ungleichen Verteilung von Umweltgütern und -risiken ergeben. Ein typisches Beispiel für Umweltrassismus besteht darin, dass Industrieanlagen, schädliche Abfälle oder umweltbelastende Projekte absichtlich in ärmeren Stadtvierteln angesiedelt werden, die oft von ethnischen Minderheiten bewohnt sind. Dies hat zur Folge, dass diese Gemeinschaften einem höheren Risiko für Umweltauswirkungen wie Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung und gesundheitliche Beeinträchtigungen ausgesetzt sind. Der Vorwurf eines „eurozentrischen Denkens“ und die potenzielle Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit „Umweltrassismus“ könnten MmM davon abhalten, sich stärker zu engagieren (vgl. A: 354–356).

Handlungsforderungen für Fridays for Future

In den Interviews mit Aktivist:innen des BIPoC-Plenums wurden verschiedene Handlungsempfehlungen auf persönlicher und struktureller Ebene zur Integration der Perspektiven von MmM und zur Förderung von Antirassismus in der Bewegung herausgearbeitet.

Diese Empfehlungen umfassen die Notwendigkeit für FFF, sich intensiver mit diskriminierenden und rassistischen Vorfällen auseinanderzusetzen. Es besteht die Forderung nach einer gründlicheren Aufarbeitung der geschilderten Vorfälle und nach Solidarität gegenüber MmM durch eine klare, öffentliche Positionierung und aktive Unterstützung der Betroffenen (vgl. A: 207–212, 578–580, 583–585). Dies erfordert eine kritische Reflexion der eigenen Rolle von Menschen ohne Migrationsgeschichte sowie die Anerkennung bestehender sozialer Ungleichheiten und Machtstrukturen, einschließlich dem Umgang mit diskriminierenden Praktiken der Polizei (vgl. A: 578–580, 583–585).

Als konkrete Maßnahme wurde die Entwicklung eines speziellen „Aktionsplans“ für MmM vorgeschlagen, um deren besonderen Herausforderungen gerecht zu werden (vgl. B: 428–430).

Zur Sensibilisierung wurde die Einrichtung von weiteren „antirassistischen Arbeitsgruppen“ vorgeschlagen, welche regelmäßige Treffen zu Themen im Bereich Antirassismus und *weißem* Klimaaktivismus organisieren sollten (vgl. B: 60–63). Es ist wichtig zu betonen, dass diese Bemühungen zur Durchführung von Workshops oder Sensibilisierungskampagnen nicht allein von MmM getragen werden, sondern dass alle Mitglieder von FFF in der Verantwortung stehen (vgl. A: 579–580; C: 349–350).

Um die Perspektiven von MmM zu integrieren und die Vielfalt innerhalb von FFF zu fördern, wurde betont, dass FFF sich verstärkt bemühen sollte, MmM an den Orten anzusprechen, an denen sie anzutreffen sind, und sich nicht auf elitäre Institutionen¹⁸ beschränken sollte (vgl. A: 571–573). Es sollte auch eine erleichterte Zugänglichkeit gewährleistet werden (vgl. A: 374–577, 488–491). In dieser Hinsicht wurde die Notwendigkeit einer verstärkten mehrsprachigen Kommunikation über verschiedene Medienplattformen und Werbematerialien sowie der Abbau von bürokratischen Hürden hervorgehoben (vgl. A: 577–578; B: 357–358).

Ein weiterer bedeutender Aspekt bestand darin, sogenannte „Safe Spaces“ für BIPoC weiter auszubauen. Neben dem BIPoC-Plenum handelt es sich dabei um weitere Räume, in denen Menschen offen über ihre Erfahrungen, Gefühle und Meinungen sprechen können, ohne Angst vor Ablehnung und Anfeindung zu haben (vgl. B: 436–438). Eine Interviewpartnerin betonte: „Obwohl Versuche unternommen

¹⁸ Der Begriff „elitäre Institutionen“ bezieht sich auf Organisationen, Einrichtungen oder Institutionen, die als exklusiv, privilegiert oder für eine ausgewählte, begrenzte Gruppe von Menschen zugänglich sind, oft aufgrund klassistischer Faktoren wie z.B. Universitäten oder Gymnasien.

wurden, ‚Safe Spaces‘ zu schaffen, reicht das Engagement einzelner Personen nicht aus, um eine ganze Bewegung zu verändern“ (C: 289–291).

Die Notwendigkeit eines rassismuskritischen Umdenkens in FFF

Die Analyse der drei durchgeführten Interviews verdeutlicht, dass trotz der vielfältigen individuellen Erfahrungen der Befragten klare Determinanten identifiziert werden können, die das Engagement von MmM bei FFF beeinträchtigen. Dazu zählen begrenzte Ressourcen wie Zeit und finanzielle Mittel, das Vorhandensein von sozialen Netzwerken, sprachlichen Barrieren und die empfundene geringe Selbstwirksamkeit. Aber auch weitere Faktoren wie ein unzureichender Umgang mit strukturellem und institutionellem Rassismus (wie *Racial Profiling* und Umweltrassismus) und mit rassistischen Vorfällen innerhalb der Bewegung führen dazu, dass MmM davon absehen, sich bei FFF zu engagieren.

Mithilfe des intersektionalen Ansatzes nach Crenshaw und des CVM nach Verba, konnte ein besseres Verständnis dafür geschaffen werden, dass durch die dargestellten Determinanten, verschiedene Diskriminierungsdimensionen gleichzeitig auf das Leben und somit auch auf das politische und zivilgesellschaftliche Engagement von MmM wirken.

Es wurde deutlich, dass FFF sich weiterhin als Klimagerechtigkeitsbewegung versteht und somit den Anspruch erhebt, neben ökologischen Aspekten auch soziale Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen perspektivisch vermehrt intersektionale, antirassistische und antikapitalistische Arbeit geleistet und eurozentrische Standpunkte reflektiert werden. Die herausgearbeiteten Handlungsempfehlungen und Wünsche der MmM können dazu beitragen sowie die Ergebnisse die gesellschaftliche Bedeutsamkeit des Themas hervorheben. So wird der Blick häufig auf die individuelle Ebene gerichtet, auf das Verhalten Einzelner, und nur selten rassistisch und strukturell begründet. FFF betrachtet Rassismus noch viel zu häufig als ein externes Problem.

Künftig wäre es von Bedeutung, eine umfassendere, vor allem auch quantitative Forschung zu diskriminierenden Strukturen innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland durchzuführen, um gegen politische Partizipationsbarrieren vorzugehen. Hierfür wären Kenntnisse über die tatsächliche Anzahl von MmM, welche sich in FFF engagieren, sehr wertvoll. Aber auch angesichts der schnellen Entwicklungen innerhalb der FFF-Bewegung wäre es interessant, die Studie im Zeitverlauf zu wiederholen. Derweil ist es von großer

Migration und Wege der politischen Partizipation

Bedeutung, auf die Problematiken für MmM innerhalb von FFF aufmerksam zu machen, wobei dieser Beitrag einen Teil dazu beitragen möchte.

Bibliographie

- Bundesregierung (2023). Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Rassismus in Deutschland: Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen. Berlin, Deutscher Bundestag. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005670.pdf> (Zugegriffen: 23. September 2023).
- Crenshaw, K. (1989). Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: *University of Chicago Legal Forum* 8 (1), S. 139-167.
- Dege, Y.; Nicke, S. (2022). Wer kann mitmachen? Ein Forschungsprojekt zu Hürden von politischer Beteiligung für Menschen mit Migrationsgeschichten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). *Wissen schafft Demokratie. Tagungsband zur Online-Fachtagung Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rassismus*. Jena, Amadeu Antonio Stiftung, S. 40–55. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD11/Beitrag_Yonca_Dege_Sascha_Nicke.pdf (Zugegriffen: 23. September 2023).
- Degele, N., Winker, G. (2010). Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. 2. unveränderte Auflage. Bielefeld, transcript.
- Haunss, S.; Rucht, D.; Sommer, M.; Zajak, S. (2019). Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. Berlin, Institut für Protest- und Bewegungsforschung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2019_ipb_FridaysForFuture.pdf (Zugegriffen: 26. September 2023).
- IDA e.V. (o.J.-a). Glossar. Weiß / Weißsein. Düsseldorf, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.. https://www.idaev.de/researchtools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=list&tx_dpnglossary_glossary%5Bcontroller%5D=Term&tx_dpnglossary_glossary%5BcurrentCharacter%5D=W&cHash=3e14a00e66a50d3e9dcd62e2a55de2ef (Zugegriffen: 24. Dezember 2023).
- IDA e.V. (o.J.-b). Glossar. Schwarz. Düsseldorf, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.. https://www.idaev.de/researchtools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=list&tx_dpnglossary_glossary%5Bcontroller%5D=Term&tx_dpnglossary_glossary%5BcurrentCharacter%5D=S&cHash=231eda1f9e3ba1398e0a3d36cf294400 (Zugegriffen: 2. Februar 2024).
- Kocyba, P.; Moor, J. de; Vydt, M. de; Wahlström, M. (2019). Protest for a Future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays for Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/07/20190709_Protest-for-a-future_GCS-Descriptive-Report.pdf (Zugegriffen: 20. September 2023).
- Ilgün-Birhimeoğlu, E. (2022). Migrationsgesellschaftliche Anforderungen für Organisationen des zivilgesellschaftlichen Engagements mit Fokus auf die Teilhabe Geflüchteter. In: Gille, C.; Jepkens, K. (Hg.). *Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement*. Baden Baden, Voluntaris Sonderband 2022, S. 34–51.
- Malkowski, J. (2022). Klimaaktivist*in über Diversität: „Fridays for Future ist weiß“. In: *taz*. <https://taz.de/Klimaaktivistin-ueber-Diversitaet!/5879828/> (Zugegriffen: 26. September 2023).

Migration und Wege der politischen Partizipation

- Mayring, P.; Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, N.; Blasius, J. (Hg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer VS, S. 633–648.
- Mohammed, S.; Roig, E. (2020). CIJ Factsheet: Intersectionality at a Glance in Europe. Center for Intersectional Justice, Berlin. https://www.intersectionaljustice.org/img/2020.4.14_cij-factsheet-intersectionality-at-a-glance-in-europe_du2r4w.pdf (Zugegriffen: 25. September 2023).
- Nowshin, T. (2020). Die Klimabewegung hat ein Rassismusproblem. klimareporter. <https://www.klimareporter.de/protest/die-klimabewegung-hat-ein-rassismusproblem> (Zugegriffen: 26. September 2023).
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2021). *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*. De Gruyter Oldenbourg, Berlin, Boston.
- Schlozman, K.; Brady, H.; Verba, S. (2018). The Roots of Citizen Participation: The Civic Voluntarism Model. In: Brady, H.; Schlozman, K.; Verba S. (Hg.). *Unequal and unrepresented. Political inequality and the people's voice in the new gilded age*. Princeton, NJ, Oxford, Princeton University Press, S. 50–80.
- Schwarz, S. (2020). Rassismus in der Klimabewegung. Nach dem Vorwurf. klimareporter. <https://www.klimareporter.de/protest/nach-dem-vorwurf> (Zugegriffen: 26. September 2023).
- Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2020). Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Berlin, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR-FB_Studie_Be-Part-8.pdf (Zugegriffen: 26. September 2023).
- Tagesschau (2023). Fridays for Future am Ende: Bremer Ortsgruppe löst sich auf. Hamburg, Norddeutscher Rundfunk. <https://www.tagesschau.de/inland/regional/bremen/rb-bremer-gruppe-von-fridays-for-future-loest-sich-offenbar-auf-100.html> (Zugegriffen: 26. September 2023).
- Verba, S.; Lehman Schlozman, K.; Brady, H. E.; Nie, N. (1996). American Citizen Participation Study, 1990: Interuniversity Consortium for Political and Social Research. <https://doi.org/10.3886/ICPSR06635.v1> (Zugegriffen: 20. September 2023).
- Walbrühl, U. (2021). Politische Partizipation von Migrant:innen. In: Bätge, F.; Effing, K.; Möltgen-Sicking, K.; Winter, T. (Hg.). *Politische Partizipation*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 133–147. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33985-2_8. (Zugegriffen: 23. Dezember 2023).

Eine rassismuskritische Untersuchung der Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Klimabewegung Fridays for Future

Mathilde Felkel

Hat Fridays for Future ein Rassismus Problem?

Fridays for Future (FFF) ist seit seiner Gründung 2019 eine der größten Klimabewegungen der letzten Jahre. Neben dem großen Erfolg, tausende Menschen auf die Straße zu mobilisieren, um für eine bessere Klimapolitik zu kämpfen, gibt es jedoch immer wieder Berichte über rassistische Vorfälle in Zusammenhang mit Fridays for Future (Focus Online 2022; Tagesspiegel 2023). Zusätzlich berichten Studien von einer sehr homogenen *weißen* und akademischen Zusammensetzung der Aktivist:innen (Sommer et al. 2018: 13–14). Ob und wie diese Phänomene zusammenhängen könnten, wird jedoch nicht nachgegangen.

Somit soll aufbauend auf den Medienberichten und Befunden anhand der hier vorgestellten Studie untersucht werden, wie es zu der spezifischen Sozialstruktur von Fridays for Future kommt. Dabei soll sich vor allem darauf konzentriert werden, welche Determinanten die Motivation von Personen mit Migrationsgeschichte beeinflussen, sich bei Fridays for Future zu engagieren. Anhand von leitfadengestützten Interviews wird herausgearbeitet, welche Barrieren von Menschen mit Migrationsgeschichte während ihres Engagements wahrgenommen werden und welche Erfahrungen sie mit rassistischen Strukturen machen. Zusätzlich werden Veränderungsmöglichkeiten herausgearbeitet, welche den Zugang für Menschen mit Migrationsgeschichte und deren Engagement in die Bewegung erleichtern könnten.

Zur Untersuchung der genannten Aspekte dient die Forschungsfrage: *Welche Determinanten beeinflussen das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte (MmM) innerhalb von Fridays for Future und wie lassen sich mögliche Hindernisse vermindern?*

Zu Beginn wird der aktuelle Forschungsstand zum Themenbereich dargestellt. Darauf folgend wird die theoretische Grundlage für die Arbeit über das Konzept der Intersektionalität nach u. a. Crenshaw (Crenshaw 1991; Degele und Winker 2010) sowie das Civic Voluntarism Model nach Verba (in Schlozman et al. 2018) erläutert. Nachdem eine theoretische Basis geschaffen wurde, wird das Vorgehen und die Methodik erklärt, worauf eine Analyse der Ergebnisse folgt. Abschließend werden die Erkenntnisse der Studie zusammengefasst.

Politisches Engagement von Personen mit Migrationsgeschichte in und außerhalb von Fridays for Future

Die vorliegende Studie setzt an der Schnittstelle von drei unterschiedlichen Forschungsbereichen an: Das politische Engagement von Personen mit Migrationsgeschichte¹⁹ wird immer wieder durch empirische Studien untersucht und oft ein Vergleich zu Personen ohne Migrationsgeschichte vorgenommen. Auch finden sich Untersuchungen zu den Aktivist:innen bei Fridays for Future und deren Sozialstruktur sowie zu auftretenden Diskriminierungsstrukturen bei der Klimabewegung. Welche Ergebnisse hier vorliegen, soll nachfolgend dargestellt werden.

Als Grundlage für die weitere Arbeit soll für den Begriff *Migrationsgeschichte* ein Rahmen gegeben werden. Dieser orientiert sich an einer Definition, die im Zusammenhang mit dem Berliner Partizipationsgesetz (§ 3 PartMigG) ausgearbeitet

¹⁹ In der vorliegenden Studie wird der Begriff *Migrationsgeschichte* anstatt *Migrationshintergrund* verwendet. Der Begriff *Migrationshintergrund* wurde nach seiner Einführung vom Statistischen Bundesamt 2005 immer wieder kritisiert. Gründe dafür sind vor allem, dass der Begriff Perspektiven ausschließt und durch ihn eine Grenze zwischen in Deutschland lebenden Personen gezogen wird, wodurch Menschen mit Migrationshintergrund als *Fremde* definiert werden (Bundeszentrale für politische Bildung 2023).

Außerdem werden die Bezeichnungen *weiß* und *Schwarz* in der angewendeten Schreibweise verwendet, da beides politische Kategorien darstellen und sie privilegierte beziehungsweise benachteiligte Positionen in den Machtstrukturen aufgrund von Rassismus bezeichnen. Zusätzlich ist der Begriff *Schwarz* eine empowernde Selbstbezeichnung (Nduka-Agwu und Hornscheidt 2013: 32–33). Des Weiteren wird der Begriff *Rasse* durch den Begriff *race* ersetzt.

wurde. Dieses definiert Menschen mit Migrationsgeschichte als Personen, die selbst Migrationserfahrungen gemacht haben oder von denen mindestens ein Eltern- oder Großelternanteil migriert ist. Die Definition schließt außerdem Personen ein, welchen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird oder die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind (Die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2021).

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers (2020) bieten einen guten Überblick über die zivilgesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte und gegebenenfalls vorhandene Unterschiede zwischen den beiden erstellten Gruppen.

Durch die Ergebnisse wird deutlich, dass Personen mit eigenen Migrationserfahrungen ein geringeres Interesse an der deutschen Politik zeigen als Personen ohne Migrationserfahrungen. Auch wenn der Wert von Personen mit Migrationsgeschichte bei 53 % liegt, ist dieser doch um einiges geringer als der von Personen ohne Migrationserfahrungen (70 %) (SVR-Forschungsbereich 2020: 23). Darüber hinaus findet ein Anstieg des Politikinteresses bei den Nachkommen von Zugewanderten statt. Diese interessieren sich mit 60 % häufiger für politische Geschehnisse im Vergleich zu ihren zugewanderten Verwandten (ebd.).

Viele der nach Deutschland Zugewanderten und insbesondere Geflüchtete ohne sicheren Aufenthaltsstatus besitzen keine deutsche Staatsbürger:innenschaft, wodurch ihnen Rechte auf politische Beteiligung vorenthalten werden. Dies kann sich negativ auf die politische Motivation und das Interesse an der deutschen Politik auswirken. Zusätzlich können auch eine instabilere sozioökonomische Situation und der damit einhergehende Status in der Gesellschaft Einflussfaktoren sein (ebd.: 22).

Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationserfahrungen lassen sich auch in der außerparlamentarischen Aktivität erkennen. Hier liegt die Prozentzahl von Personen ohne Migrationserfahrungen mehr als doppelt so hoch (24,2 %) als von Personen mit Migrationserfahrungen (10,2 %) (ebd.: 32). Als Ursache wird hier unter anderem das Bildungsniveau gesehen. Personen mit höherer Bildung und ohne Migrationsgeschichte geben mehr als doppelt so häufig an, politisch aktiv zu sein (39,2 %) als Personen mit geringerer Bildung (14 %) (ebd.). Der Einfluss von Bildung wird auch bestätigt durch die Zahlen der Personen mit Migrationserfahrungen, von denen 16 % mit höherer Bildung aktiv sind und von Personen mit geringerer Bildung nur 4 % (ebd.).

Anhand des Barometers können zwar Aussagen über das allgemeine Engagement von Personen mit und ohne Migrationsgeschichte getroffen und Unterschiede aufgezeigt werden, jedoch stehen diese Daten nicht im Zusammenhang mit Fridays for Future. Aus diesem Grund ist es von Bedeutung einen Blick auf Studien zu richten, welche sich direkt auf Fridays for Future beziehen.

Die Fallstudie *Protest for a Future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities* von Wahlström et al. (2019) untersucht die Klimaproteste am 15. März im Jahr 2019 und legt den Fokus vor allem auf die demografische und soziale Zusammensetzung der Protestteilnehmenden. Es zeigt sich, dass vor allem Personen im Alter von 14 bis 19 Jahren (45 %) international bei FFF aktiv sind und der internationale Median bei 21 Jahren liegt (Wahlström et al. 2019: 9). Somit lässt sich erkennen, dass FFF eine besonders junge Bewegung ist. Die Studie konzentriert sich auf europäische Städte und bietet für Deutschland Zahlen zu Protesten in Bremen und Berlin. Auch hier ist das durchschnittliche Alter niedrig und liegt in Bremen bei circa 18 Jahren und in Berlin bei circa 20 Jahren (ebd.).

Zusätzlich bietet die Studie einen Überblick zur Geschlechterverteilung der aktiven Personen, welche hier in Frauen, Männer und Andere unterteilt ist. Aufgrund der Analyse von Wahlström et al. wird deutlich, dass unter den internationalen Protestierenden im Schüler:innenalter (unter 20 Jahre, mit weitergehender Bildung) ein großer Teil von jungen Frauen vertreten ist (66,4 %) (Wahlström et al. 2019: 10). Betrachtet man die Werte für Bremen und Berlin, lässt sich auch hier erkennen, dass die Zahlen der FLINTA* Personen²⁰ zusammengenommen über 50 % liegen (ebd.).

Des Weiteren unterstützt die Studie *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland* von Sommer et al. (2019) das Argument, dass das Bildungsniveau für das politische Engagement von großer Bedeutung ist. Die Ergebnisse zeigen die starke soziale Selektion der Bewegung, denn von den erwachsenen Protestierenden haben mindestens 58,15 % ein Elternteil, welches einen Hochschulabschluss besitzt. Bei den Schüler:innen liegt der Anteil bei 47,6 %, womit diese Werte im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ungefähr doppelt so hoch sind (Sommer et al. 2019: 12).

²⁰ Die Abkürzung FLINTA* steht für Frauen, Lesben, Inter-, Nichtbinäre, Trans*- und Agenderpersonen und schließt durch den Stern andere nicht genannte Geschlechtsidentitäten ein, welche nicht cis-männliche Personen sind.

Zusätzlich ist auch die Betrachtung der subjektiven Schichteinordnung und die damit in Zusammenhang stehende Sozialisation der Personen und der Einfluss dieser auf das politische Interesse und die politischen Aktivitäten relevant (Sommer et al. 2019: 13). Besonders stark vertreten ist die obere Mittelschicht mit 43,6 % und die untere Mittelschicht mit 26,2 % (ebd.: 14). Dem gegenüber steht der kleine Anteil von 4,3 % von Personen, welche sich der Arbeiter:innenschicht zuordnen (ebd.).

Die Studie bietet zudem Informationen über die Herkunftsländer der Demonstrierenden und zeigt, dass die Struktur relativ homogen ist. Der Hauptteil der Befragten (97,6 %) geben an, in Deutschland geboren zu sein. Dagegen stehen 2,1 %, welche im europäischen Raum und 0,9 % welche außerhalb Europas geboren sind (Sommer et al. 2019: 14). Somit sind Personen mit eigenen Migrationserfahrungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert. Weitet man jedoch die Perspektive auf Personen aus, welche keine eigenen Migrationserfahrungen jedoch durch die Zuwanderung der Eltern eine Migrationsgeschichte haben, ist diese Gruppe in Berlin relativ stark vertreten (ebd.).

Die dargestellten Studien können einen Einblick in das politische Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte geben und bieten auch einen Einblick in die Struktur von Fridays for Future. Eine Zusammenführung der Bereiche und somit eine Untersuchung der spezifischen Einflüsse wie Diskriminierungserfahrungen auf das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte wurden jedoch nicht analysiert. Hierzu lassen sich vor allem Zeitungsberichte finden, welche verschiedene Vorfälle in Zusammenhang mit Fridays for Future problematisieren. Angesprochen wird, dass BIPoC²¹ in der öffentlichen Kommunikation der Anliegen von Fridays for Future wenig Artikulationsmöglichkeiten gegeben werden, wodurch sie und ihre Anliegen weniger zur Kenntnis genommen und vor allem *weißen* Personen Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dies verbildlichte ein Vorfall beim Weltwirtschaftsforum in Davos, wo die ugandische Aktivistin Vanessa Nakate von der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) aus einem Gruppenbild rausgeschnitten und nur die *weißen* Aktivist:innen abgebildet wurden (Langrock-Kögel 2020).

Auch wenn es Studien zu FFF und der Motivation der Protestierenden gibt, wurden bisher noch nicht die Ursachen für die geringere Beteiligung von Menschen

²¹ Das Akronym „BIPoC“ steht für Black, Indigenous und People of Colour.

mit Migrationsgeschichte innerhalb der Bewegung untersucht. Genau dieser Forschungslücke soll sich die vorliegende Studie widmen.

Einflussfaktoren auf das politische Engagement

Die Studie bewegt sich thematisch zum einen im Bereich der gesellschaftlichen Faktoren, welche die Position der Personen beeinflussen und so die Motivation, sich zu engagieren, prägen. Als Grundlage für diesen Aspekt dient hier das Civic Voluntarism Model nach Schlozman et al. (2018).

Dieses Konzept stellt ein Modell für die politische Partizipation dar und die Faktoren, welche diese beeinflussen. Hierbei werden die Ressourcen untersucht, die das Engagement von Personen bestimmen (können). Der Zugang zu Ressourcen und die daraus resultierenden Kapazitäten sind für eine politische Beteiligung individuell ausgeprägt (Schlozman et al. 2018: 51).

Die Ursache für die unterschiedliche Zugänglichkeit von Ressourcen führen Schlozman et al. auf die Familie, Schule, den Arbeitsplatz, freiwillige Organisationen oder religiöse Institutionen zurück. Explizite Einflussfaktoren für diese Verschiedenheit sind Bildung, Einkommen, Beruf, *race* oder Ethnizität, Gender und Religion (Schlozman et al. 2018: 52). Besondere Aufmerksamkeit erhalten die Faktoren Zeit, Geld und staatsbürgerliche Kompetenzen. Gerade Geld und Zeit beeinflussen direkt, inwieweit es für eine Person möglich ist, sich politisch einzubringen (ebd.).

Die Aneignung von staatsbürgerlichen Kompetenzen findet im Verlauf des Lebens statt und wird gerade zu Beginn des Lebens stark durch Bildung geprägt (Schlozman et al. 2018: 54). Besonders das Wissen über die Funktion der Regierungsinstitutionen und politische Prozesse kann über Bildungsinstitutionen vermittelt sowie zusätzlich das Bilden von Standpunkten und politischen Einstellungen gefördert werden (ebd.). Die Motivation, sich zu beteiligen, kann zusätzlich gesteigert werden, wenn ein besonderes Interesse für die Politik der Regierung oder eine bestimmte Problematik besteht. Hinzukommt auch der familiäre Einfluss, über welchen das Interesse und Verständnis für politische Prozesse gefördert und sowie Bildungsangebote zur Verfügung gestellt werden können (Schlozman et al. 2018: 64-65).

Das Modell zeigt, dass sehr unterschiedliche Faktoren das politische Engagement von Personen beeinflussen. Es wird ersichtlich, dass gerade die sozioökonomische Position eines Menschen prägt, welche Ressourcen und Kapazitäten dieser für freiwillige politische Arbeit besitzt. Diese Faktoren und die

daraus folgenden Handlungen bieten eine passende Grundlage, um die Aussagen der Interviewten zu strukturieren, einordnen und unterschiedliche Einflussdimensionen herausarbeiten zu können.

Der Einfluss von intersektionaler Diskriminierung

Für die Studie zum anderen relevant sind sich überschneidende Diskriminierungsfaktoren. Hierfür wird auf das Konzept der Intersektionalität eingegangen.

Seinen Ursprung fand das Konzept der Intersektionalität in dem Kampf von Schwarzen Frauen für einen *Schwarzen Feminismus*, denn der Feminismus der *weißen* Mittelschicht ließ ihre Perspektiven außen vor. Dies zeigt sich sehr beispielhaft in dem Text *Ain't I A Woman* von Sojourner Truth aus dem 19. Jahrhundert, in welchem sie auf die spezifische Diskriminierung von Schwarzen Frauen hinweist (Degele und Winker 2010: 11–12). Eine wichtige Rolle spielte hier auch das *Combahee River Collective*, welches aus denselben Gründen Kritik an der *weißen* lesbischen Bewegung in den USA übte (Combahee River Collective 2017 [1977]: 21). Um der eindimensionalen Betrachtung von Unterdrückung, welche die Dimensionen Klasse und *race* ausschließt, entgegenzuwirken, gründeten sie ein eigenes Kollektiv (ebd.: 17). In dieser Gruppe stellten sie sich die Aufgabe, eigene Analysen und Handlungsweisen zu entwickeln, welche auf der Annahme beruhen, dass mehrere Diskriminierungsformen ineinandergreifen (ebd.: 15).

Wieder aufgegriffen und neu in den Diskurs eingebracht wurde das Konzept in den 1990er-Jahren von der Juristin Kimberlé Crenshaw (Degele und Winker 2010: 11–12)²². Der Begriff der *Intersektionalität* beschreibt die Überschneidung von mehreren Diskriminierungsstrukturen wie Sexismus, Rassismus, Klassismus und weiteren (ebd.: 10). Diese beinhalten Dimensionen wie die Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung, Hautfarbe, Nationalität, Religion, Sprache, körperliche Eigenschaften wie auch Behinderungen sowie soziale/r und finanzielle/r Herkunft/Status. Treten mehrere Diskriminierungsstrukturen aufgrund der Eigenschaften einer Person auf, können sich diese gegenseitig verstärken und ganz eigene Diskriminierungsformen entstehen (ebd.: 10–11). Crenshaw betont, dass es wichtig ist, bei der Analyse der sozialen Welt und dem Vorgehen gegen Diskriminierungsstrukturen multiple

²² Diese prägte den Begriff Intersektionalität, welcher aus dem Englischen von „intersection“ abgeleitet wird und brachte die Verbildlichung des Konzeptes durch die Metapher der Straßenkreuzung ein (Degele und Winker 2010: 13)

Dimensionen von Identitäten einzubeziehen, um die Komplexität dieser zu erfassen und sich nicht in eindimensionalen Vorgehensweisen zu verlieren (Crenshaw 1991: 1244–1245).

Intersektionalität versucht zu beschreiben, wie Menschen von gesellschaftlichen Strukturen und strukturellen und kulturellen Machtverhältnissen betroffen sind und diese so ihre Position in der Gesellschaft beeinflussen. Individuen sind also aufgrund ihrer verschiedenen Ressourcenausstattung von unterschiedlichen Diskriminierungsstrukturen innerhalb der Gesellschaft betroffen, welche ihre Lebensgestaltung prägt (Degele und Winker 2010: 39).

Der Fokus dieser Studie liegt auf der Überschneidung der Diskriminierung aufgrund von Klasse und *race*. Beide Formen der Diskriminierung besitzen eine enge historische Verknüpfung (Rezene 2022: 4). Zusammengehalten werden Klassismus und Rassismus durch ein „Zusammenspiel von Vorurteilen“, auch als „Ideologien der Ungleichheit“ bezeichnet (Hamade 2022: 26). Beide Diskriminierungsstrukturen sind darauf ausgelegt, vorhandene hierarchische Verhältnisse und Ungleichheiten zu stabilisieren und die Vormachtstellung einer bestimmten Gruppe abzusichern (ebd.). Rassismus und Klassismus sind zum einen Folgen gesellschaftlicher Hierarchien sowie deren Legitimationsmechanismen und beschränken darüber den Zugang zu „Bildung, Gesundheitsversorgung, gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, finanzieller Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung“ (Rezene 2022: 4).

Gesellschaftlich bedeutet dies, dass vor allem Personen aus der sogenannten Arbeiter:innen- und Armutsklasse von individuellem, strukturellem und institutionellem Klassismus betroffen sind und sich in dieser Gruppe ein bedeutender Anteil an Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte und rassifizierten Menschen befindet (ebd.). Verstärkt und festgeschrieben werden diese Strukturen von Institutionen, wie beispielsweise durch *Racial Profiling* der Polizei oder stärkere Urteile gegen Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit durch Gerichte (ebd.: 6).

Das Konzept der Intersektionalität kann als analytisches Tool verstanden werden, mit dessen Hilfe sich gegenseitig verstärkende Diskriminierungsstrukturen in der Gesellschaft ausgemacht werden können. Es bietet die Möglichkeit der Analyse, wie Menschen durch bestimmte Dimensionen wie Klasse, *race*, Gender, Sexualität, Alter und andere in der Gesellschaft positioniert werden (Collins 2019: 10–13).

Das Konzept der Intersektionalität und der somit sensibilisierte Blick für die individuellen Formen von Diskriminierung ist auch für unsere Studie von großer Bedeutung. Um die spezifischen gesellschaftlichen Positionen der Personen zu verstehen, ist es wichtig, die verschiedenen Dimensionen im Hinterkopf zu behalten,

welche die Lebenswelt einer Person prägen und Ungleichheiten und Benachteiligungen hervorrufen können.

Studiendesign

Die Recherche zeigte, dass es zwar unterschiedliche Studien zu Teilaspekten der eigenen Forschung gibt, diese aber bisher nicht im Zusammenhang gestellt wurden. Somit blieb die Frage offen, wie es dazu kommt, dass so wenige Personen mit Migrationsgeschichte bei Fridays for Future aktiv sind. Um herauszufinden, welche Faktoren die Motivation von Personen mit Migrationsgeschichte bei FFF teilzunehmen prägen, wird der Forschungsfrage nachgegangen: *Welche Determinanten beeinflussen das Engagement von Personen mit Migrationsgeschichte innerhalb von Fridays for Future und wie lassen sich mögliche Hindernisse vermindern?*

Methodisches Vorgehen

Durch ein verstärktes Interesse für Klimapolitik und der Aufmerksamkeit auf die in der Bewegung vorgehenden Geschehnisse kristallisierte sich ein Interesse für die Partizipationsmöglichkeiten, spezifisch für Menschen mit Migrationsgeschichte bei FFF heraus. Geprägt durch eine gesellschaftskritische Herangehensweise, sollten Klimaproteste mit einer kritischen Perspektive betrachtet werden. Die Entscheidung für Fridays for Future fiel zum einen durch den bereits vorhandenen Zugang zur Untersuchungsgruppe sowie auch aufgrund der Größe der Klimabewegungen.

Für die Durchführung der Interviews mussten Interviewpartner:innen mit Migrationsgeschichte gefunden werden, welche bei Fridays for Future aktiv sind, beziehungsweise waren. Dabei wurde bei der Suche Wert daraufgelegt, einen sensiblen Umgang mit dem Begriff *Migrationsgeschichte* zu finden. Somit wurde sich auf den vorher beschriebenen Begriff der Migrationsgeschichte konzentriert, um eine Vielfalt an Erfahrungen abzubilden²³.

²³ Da unser Forschungsteam nur aus *weißen* Personen bestand und keine Person Flucht- oder Migrationserfahrungen gemacht hat, besaß keine der Forscherinnen Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung. Dies erforderte somit eine aktive Auseinandersetzung mit diesen Perspektiven. Um keine rassistischen Handlungen zu reproduzieren und Personen eine Migrationsgeschichte zuzuschreiben, wurden Personen gesucht, die sich selbst als Menschen mit Migrationsgeschichte definieren. Somit wurde sich mit einer offenen Anfrage an das BIPoC-Plenum, ehemals *Migrantifa for Future* gerichtet, da hier der Name implizierte, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in der Gruppe aktiv sind.

Das endgültige Sample besteht aus drei FLINTA*-Personen mit Migrationsgeschichte, welche seit 2019 beziehungsweise 2021 bei FFF und zusätzlich auch bei der Untergruppe *BIPoC-Plenum*²⁴ aktiv sind. Diese wurden über einen Kontakt zur Bundesebene von FFF erreicht, welcher ebenfalls Kontakt zum BIPoC-Plenum hatte.

Für die Datenerhebung wurde das Verfahren des leitfadengestützten Interviews gewählt. Dieses bietet durch die qualitative Struktur die Möglichkeit, detailliert die Erfahrungen der Interviewten zu erfassen. Gleichzeitig gibt dieses einen Gesprächsrahmen vor, lässt aber genug Freiraum für die individuellen Erzählungen der Interviewten.

Grundlage hierzu ist ein Fragenkatalog, der sich auf unterschiedliche Aspekte konzentriert: Nach allgemeinen Fragen zu Fridays for Future und dem BIPoC-Plenum folgten Fragen zu Diskriminierungserfahrungen und Barrieren der Partizipation. Abschließend wurde der Fokus auf zukünftige Veränderungsmöglichkeiten gelegt.

Um anschließend den Inhalt der Interviews zu analysieren, wurde die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) verwendet. Mit dieser Methode können große Textmengen untersucht und durch die qualitativ-interpretative Vorgehensweise latente Sinngehalte erfasst werden (ebd.: 633). Hierzu werden vor der Analyse deduktiv Codes gebildet, um das Material zusammenzufassen und zu kategorisieren, welche während oder nach der ersten Bearbeitung des Textes durch weitere Kategorien ergänzt werden können (induktiv) (ebd.: 636–637). Die Codes wurden an die Fragen des Interviews angelehnt, um die Themen voneinander abzugrenzen und einzelne Aspekte herauszuarbeiten.

Analyse der Einflussfaktoren auf das Engagement von Personen mit Migrationsgeschichte

Die Interviews mit den Personen mit Migrationsgeschichte, welche bei FFF und im BIPoC-Plenum aktiv sind, gaben Einblicke in die Strukturen von FFF und die Bedingungen für ein Engagement. Ein Hindernis, welches die Teilnahme bei Fridays for Future erschwert, sind sprachliche Barrieren (vgl. Interview C: 213–214). Dabei wird betont, dass durch das Nutzen einer „sehr *weißen* bürgerlichen Sprache“

²⁴ Dieses Plenum entstand aus der Gruppe *Migrantifa for Future*, welche Teil der Strukturen von Fridays for Future war und in welcher sich Personen mit Migrationsgeschichte beteiligten. Das BIPoC-Plenum soll als sicherer Ort für BIPoC dienen und führt antirassistische (Informations-)Arbeit innerhalb und außerhalb von Fridays for Future durch.

(Interview B: 196) die Bewegung nicht attraktiv für Menschen mit Migrationsgeschichte ist und der Zugang erschwert wird (vgl. Interview B: 193–197). Deutsch zu sprechen ist somit eine Voraussetzung, um in der Bewegung aktiv zu sein, denn nur sehr vereinzelt gibt es Veranstaltungen auf Englisch oder anderen Sprachen (vgl. Interview C: 214–217). Mit der Sprache im direkten Zusammenhang steht der Aspekt der Bildung. Durch komplexe wissenschaftliche Ausführungen und die Nutzung von Fachsprachen können Menschen abgeschreckt werden (vgl. Interview B: 196–197).

Die Organisationsstruktur ist ebenfalls komplex und spiegelt sich bspw. auch in Formularen wider, die teilweise auch nicht für Muttersprachler:innen verständlich sind. So ist es für Menschen mit geringeren Deutschkenntnissen besonders schwierig, sich in den Strukturen zurechtzufinden (vgl. Interview A: 275–276; Interview C: 216–217). Folglich fühlen sich häufig Menschen nicht von der Bewegung angesprochen, vor allem wenn diese kein Abitur gemacht und/oder das Gefühl haben, nicht das richtige Vokabular zu besitzen und sich nicht passend zur Gruppe artikulieren zu können (vgl. Interview B: 197–201).

Die beiden vorherigen Dimensionen sind verknüpft mit dem Begriff des Klassismus, da sie die Zugänge von Personen zu bestimmten Räumen und Ressourcen prägen. Bedeutung gewinnt hier die sozioökonomische Position einer Person. Wie bereits nach Schlozman et al. (2018) ausgeführt, beeinflusst der Grad der finanziellen Sicherheit einer Person oder Familie, inwieweit diese die Kapazitäten haben, sich politisch zu engagieren. Muss eine Person beispielsweise neben der Schule arbeiten, um die Familie finanziell zu unterstützen, bleibt weniger Zeit übrig, sich politisch zu beteiligen und sich mit klimapolitischen Themen auseinanderzusetzen (vgl. Interview B: 209–211). Fehlzeiten können nicht für ein Engagement eingegangen werden, denn ein guter Abschluss ist für sie besonders wichtig, um später genug zu verdienen und finanziell abgesichert zu sein (vgl. Interview B: 207–208).

Eine weitere Dimension, welche die Zugänglichkeit zur Bewegung Fridays for Future prägt, ist das soziale Kapital. Um Zugang zu den Organisationsgruppen von Fridays for Future allgemein oder auch zu einzelnen Arbeitsgruppen zu bekommen, kann es von Bedeutung sein, „Connections zu haben“ (Interview A: 292). Prozesse können über Freundesgruppen oder soziale Kontakte ablaufen bzw. erleichtert werden (vgl. Interview A: 284–285). Durch diese Strukturen kann Personen das Engagement erleichtert bzw. durch das Fehlen von Kontakten erschwert werden.

Hinzu kommt, dass die Bewegung von relativ starken Hierarchien durchzogen ist, welche somit grundsätzlich die Zusammenarbeit auf Augenhöhe erschwert (vgl.

Interview B: 253–257, 266–272). In Zusammenhang mit einer stärker ausgeprägten Teilnahme von *weißen*, privilegierten Personen in der Bewegung können starre Hierarchien diskriminierende Strukturen verstärken und das Engagement und die Integration von Perspektiven von Menschen mit Migrationsgeschichte behindern. Es zeigt sich also, dass Fridays for Future von rassistischen Strukturen geprägt ist und sich diese durch die starke *weiße* Dominanz in den Organisationsgruppen sowie auf der Bundesebene verstärkt (vgl. Interview A: 406–407; Interview B: 196).

Das Engagement von MmM sowie die Motivation zu diesem wird zusätzlich durch kulturelle Unterschiede geprägt. Die Interviewten argumentieren, dass durch eine kulturelle Prägung, welche nicht als (stereo)typisch deutsch wahrgenommen wird, Personen sich in einer stark *weiß* geprägten Bewegung nicht wohlfühlen (vgl. Interview B: 221–224). Somit ist es für Personen, die in einem nicht-*weißen* Umfeld aufwachsen, viel schwieriger und mit größeren Hindernissen verbunden, in FFF aktiv zu werden (vgl. Interview B: 235–238).

Insgesamt bestehen Hindernisse wie sprachliche Barrieren, eine niedrigere sozioökonomische Position, ein geringeres soziales Kapital sowie kulturelle Unterschiede, welche die Aktivität einschränken beziehungsweise Personen gänzlich von einem Engagement abhalten können. Gerade diese Aspekte lassen sich auf hierarchischen Strukturen und Ungleichheiten in der Gesellschaft zurückführen. Dabei kann der Besitz einer deutschen Staatsbürger:innenschaft sowie eine Migrations- oder Fluchtgeschichte eine maßgebliche Rolle spielen, denn sie beeinflussen die Zugänglichkeit von Ressourcen und die Positionierung in der Gesellschaft. Somit lässt sich erkennen, dass die Entscheidung für oder gegen ein Engagement nicht nur auf die Vorlieben eines Individuums zurückzuführen ist, da eine Entscheidung über die gesellschaftliche (Positionierungs-)Hierarchie und den daraus folgenden Zugängen zu Räumen und Ressourcen (mit-)bestimmt wird.

Rassistische Strukturen innerhalb von Fridays for Future

Zusätzlich zu strukturellen, unter anderem klassistischen Hindernissen teilten die Interviewten auch Erfahrungen mit rassistischen Strukturen. Hierbei zeigte sich, dass im Allgemeinen in FFF Deutschland wenig Sensibilität für und Verständnis von rassistischen Strukturen vorhanden ist (vgl. Interview B: 23–32; Interview A: 45–46; Interview A: 244–247). Daraus folgend, kam es immer wieder zu rassistischen Handlungen innerhalb von FFF oder in Zusammenhang mit der Bewegung, welche

nicht ausreichend aufgearbeitet wurden und *weiße* Mitglieder wenig bis keine Solidarität mit den Betroffenen zeigten (vgl. Interview A: 331, 467).

Im Folgenden soll herausgearbeitet werden, welche Diskriminierungsstrukturen aufgrund von aktivem und unterschwelligem Rassismus innerhalb von oder in Zusammenhang mit Fridays for Future vorkommen.

Von den Interviewten wird kritisiert, dass es keine konkrete Antirassismuserbeit in der Bewegung gebe. Es wird nur affektiv antirassistisch gehandelt, in besonderen Momenten und antirassistische Perspektiven nicht dauerhaft mit einbezogen. Es zeigt sich, dass das Blickfeld der Bewegung allgemein eingegrenzt ist und seltener weiterreichende Aspekte einer wirklichen *Klimagerechtigkeit* einbezogen werden:

Fridays for Future Deutschland bezieht sich auf die deutsche Klimapolitik, aber ist halt auch, was ein bisschen so unsere Kritik aus BIPoC for Future²⁵ ist und auch international, dass sie oft wenig solidarisch sind mit anderen Leuten aus anderen Ländern, mit anderen Kämpfen. (Interview B: 24–27)

Neben zum Teil verinnerlichtem, unterschwelligem rassistischem Verhalten gibt es Beispiele für einen aktiven Ausschluss von migrantischen Perspektiven. Es wird geschildert, wie die Standpunkte von BIPoC-Personen ignoriert werden:

Vor allem, dass ich bin die einzige BIPoC Mensch in einer Gruppe mit, keine Ahnung sechs sieben anderer *weiße* Menschen und [...] ich bin die einzige Person, die eine andere Perspektive hat und dann bin ich auch die einzige Person, die zensiert wird. (Interview C: 175–178)

Dies äußert sich darin, dass „alle Sätze, die ich gesagt hatte und alle meine Meinungen war weg und alles nur was die selbst, was die, diese *weiße* Gruppe entschieden hat, stand da noch“ (Interview C: 171–172). Dieser Ausschluss geschieht aktiv oder unbewusst. Durch diese Ignoranz bleibt der Blickwinkel *weiß* und akademisch geprägt und die Handlungen und Strukturen der Bewegung an den Ansichten von *weißen* Personen orientiert (vgl. Interview A: 244–247, 463–467; Interview B: 63–69). Räume von Fridays for Future sind so vor allem für diese Gesellschaftsgruppe attraktiv und wirkt ausschließend für andere Gruppen (vgl. Interview A: 297–312). Denn

wenn es für alle ansprechend ist, dann ist es meistens halt eher so durchschnittliche (...), *weiße* Gesellschaft und nicht Migras [Personen mit Migrationsgeschichte, Anm. Verfasserin] noch dazu. Also irgendwie fallen die oft durch das Raster. (Interview B: 428–430)

Erfahrungen des Ausschlusses haben zur Folge, dass Personen mit Migrationsgeschichte sich in der Bewegung unwohl fühlen und sich immer weniger einbringen, denn „es ist halt einfach allgemein viel schwieriger, weil es fordert

²⁵ Diese Bezeichnung ist gleichzusetzen mit dem *BIPoC-Plenum*.

irgendwie. Mut. Geduld. Ausdauer“ (Interview B: 252–253). Dass Aktivismus in anderer Form mit expliziten antirassistischen Strategien existieren kann, verdeutlichen auch Vergleiche der Interviewten mit anderen Gruppen, denn diese arbeiten wohl „schon auch diskriminierungssensibler [...] und es [ist] auch viel angenehmer [...], mit den Leuten zusammenzuarbeiten“ (Interview A: 596–597).

Zu einer fehlenden antirassistischen Perspektive kommen zusätzlich immer wieder Vorfälle mit der Polizei. Für viele *weiße* Aktivist:innen gilt die Polizei als „Freund und Helfer“ (Interview A: 427–428) beziehungsweise wird nicht als Quelle der Gefahr angesehen. Anders ist die Situation für Personen, die von Außenstehenden als migrantisch gelesen werden, welche durch *Racial Profiling* häufiger von Polizeikontrollen betroffen sind (Behr 2017: 315–316). Im Kontext von Demonstrationen oder anderen Aktionen von FFF kann es zu Eingriffen durch die Polizei kommen.

Und in diesem Zusammenhang [Racial Profiling, Anm. Verfasserin] wurden die dann auch untersucht, halt die BIPoC Aktivist:innen und genau da wurden die auch auf die Wache mitgenommen und Handys auch abgenommen. (Interview A: 442–444)

Bei Vorfällen wie diesen gab es von FFF in den seltensten Fällen eine verhältnismäßige Aufklärung oder den Versuch, diskriminierendes Verhalten der Polizei öffentlich zu machen. Somit gibt es keine ausreichende Unterstützung für von Rassismus betroffene Personen und sie werden „damit [...] halt allein gelassen“ (Interview A: 479).

Hinzu kommt ein Verhalten von Mitgliedern von Fridays for Future, welches als *Tokenism* gedeutet werden kann: „‘Token‘ sind im Prinzip Menschen, die nur hingestellt werden, um sozusagen zu ‚repräsentieren‘“ (Interview A: 337–338). Somit werden diese Menschen symbolisch hervorgehoben, um Fridays for Future diverser darzustellen. Mehrere Interviewte kritisieren, dass nicht die Motivation vorhanden ist, Personen mit Migrationsgeschichte wirklich zu integrieren, sondern diese nur als Symbolfiguren verwendet werden (Interview C: 240–242).

Die Befragten betonen, dass die Bewegung stark *weiß* und intellektuell (vgl. Interview B: 224) geprägt sei, womit Zeitungsberichte (Malkowski 2022; Langrock-Kögel 2020) bestätigt und die Argumente der vorher dargestellten Studien unterstützt werden (vgl. Interview A: 339; Interview B: 224, 228). Im Allgemeinen lässt sich anhand der Interviews erkennen, dass die Bewegung von diskriminierenden Strukturen durchzogen ist, welche zusammenhängen, sich gegenseitig bedingen und verstärken und die Organisation somit im Ganzen einen diskriminierenden und einen gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte ausschließenden Raum darstellt: „Es geht ja auch nicht nur um bei PoC Menschen, also ganz ganz viele marginalisierte Gruppen, die Diskriminierungen erfahren, erfahren ja in FFF auch noch mal

Diskriminierungen“ (Interview C: 266–267). Über die Interviews hinweg zeigt sich, dass innerhalb der Bewegung keine gemeinsame antirassistische Haltung besteht und somit auch kein antirassistisches Konzept, welches organisationsgruppen-übergreifend angewendet wird. Ein:e Interviewpartner:in stellt heraus: „Also wir nehmen diesen Antirassismusaspekt nicht dauerhaft mit. Wir integrieren nicht dauerhaft in unsere Arbeit, sondern immer nur so immer mal wieder“ (Interview B: 216–217).

Die dargestellten Ergebnisse bilden nur einen Teil der geschilderten Erfahrungen ab und geben einen kleinen Einblick in die Erlebnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte, welche bei FFF aktiv sind. Durch die Schilderungen und Überschneidungen von Erfahrungen lässt sich jedoch folgern, dass rassistische Vorfälle immer wieder innerhalb von FFF vorkommen und für viele Personen mit Migrationsgeschichte „die größte Diskriminierungserfahrung [...] halt Rassismus“ in der Bewegung ist (Interview C: 139–140).

Wünsche und Forderungen nach Veränderung innerhalb von FFF

Ausgehend von der starken Kritik an Fridays for Future Deutschland gibt es von den Interviewten Wünsche und Forderungen nach Veränderung, um die Räume von Fridays for Future für Menschen mit Migrationsgeschichte attraktiver, offener und sicherer zu gestalten. Hierbei werden vor allem Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltungen als hilfreich angesehen (Interview A: 621–623; Interview C: 347–349). Diese könnten eine Grundlage für antirassistische Strategien bilden, worüber rassistische Vorfälle innerhalb von FFF reduziert werden könnten. Dabei wird von den Interviewten betont, dass diese Arbeit nicht nur von BIPOC übernommen werden sollte, denn „früher oder später werden sie einfach keine Zeit“ mehr erübrigen können (Interview B: 493).

Häufig wird außerdem betont, dass eine größere Solidarität bestehen sollte. Dies bezieht sich zum einen auf Situationen, in denen Menschen mit Migrationsgeschichte von Rassismus betroffen sind. Unterstützung für beispielweise von rassistischen Handlungen Betroffene durch die Polizei kann dadurch erfolgen, „dass man gemeinsam zur Presse geht [und] dass man den Menschen nicht allein lässt“ (Interview A: 627). Zum anderen wird bezüglich des Umgangs mit der Öffentlichkeit gefordert, Statements oder Pressemitteilungen zu diskriminierenden Situationen zu verfassen, um diskriminierendes Verhalten öffentlich sichtbar zu machen (vgl. Interview A: 228–232).

Hinzu kommt, dass Menschen mit Migrationsgeschichte direkter angesprochen werden können. Die Interviewten äußern, dass aktiv auf Menschen mit Migrationsgeschichte zugegangen werden sollte, z. B. im Rahmen eines „ja irgendwie

auch Aktionsplan oder so, die vielleicht explizit auf Menschen mit Migrationshintergrund design sind“ (Interview B: 426–427). Bei Fridays for Future aktive Personen sollten sich also bemühen, den Zugang auch explizit für Menschen mit Migrationsgeschichte zu erleichtern und Unterstützung bieten, an der Bewegung teilzunehmen (vgl. Interview A: 259–262).

Weiterhin besteht bezüglich der Reflexion innerhalb der Organisation Nachholbedarf. Eine Forderung der Interviewten ist diesbezüglich „sehr sehr sehr viel Reflexion“ (Interview A: 342) der eigenen Rolle, Position und Handlungen. Es wird sich ein „reflektierte[r] Umgang miteinander“ (Interview A: 657–358) gewünscht. Insgesamt können die Vorschläge der Interviewpartner:innen Möglichkeiten bieten, das Engagement für Personen mit Migrationsgeschichte zu öffnen, diskriminierendes Verhalten vorzubeugen und ihre Perspektiven in die Arbeit der Bewegung einzubringen.

Es bleibt die Notwendigkeit einer antirassistischen Sensibilisierung und aktiver antirassistischer Arbeit in Fridays for Future

Rückblickend auf die Analyse der Ergebnisse kann gesagt werden, dass die Interviewten von wiederholten diskriminierenden Strukturen berichten und sich die geschilderten Erlebnisse überschneiden. Daraus kann geschlossen werden, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern diskriminierende Strukturen innerhalb von FFF bestehen. Diese können ein Erklärungsansatz für ein geringeres Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte innerhalb der Organisation sein. Verschiedene Aspekte wie sprachliche Barrieren, kulturelle Unterschiede und andere Perspektiven sowie ein komplexer Zugang zu Informationen können sich negativ auf das Engagement auswirken. Diese Aspekte beeinflussen die Motivation und Kapazitäten von Personen, sich in einer zivilgesellschaftlichen Bewegung zu engagieren, wie bereits im Civic Voluntarism Model beschrieben wurde.

Diese strukturellen Hindernisse lassen sich auf die *weiße*, bürgerliche und akademische Zusammensetzung der Bewegung zurückführen. Somit wird Personen durch eine bestimmte Position in der Gesellschaft, welche durch ihre Klasse oder *race* geprägt ist, der Zugang zu Ressourcen und Räumen verhindert. Diese in der Gesellschaft vorhandene Struktur wird in Fridays for Future reproduziert und durch immer wieder auftretende, als rassistisch interpretierbare Vorfälle, wie beispielsweise der Ausschluss der Positionen von MmM beziehungsweise gegenüber explizit durch Migrations- und/oder Rassismuserfahrungen geprägte Perspektiven, sowie eine häufig fehlende antirassistische Arbeit aufrechterhalten. Dadurch werden diese Perspektiven

nicht in die Bewegung integriert, weshalb die Strukturen und Handlungen der Bewegung dem Engagement von Personen mit Migrationsgeschichte entgegenstehen.

Hervorgehoben werden sollen abschließend auch die aus den Interviews hervorgehenden expliziten oder unterschweligen rassistische Handlungsweisen innerhalb oder in Zusammenhang mit FFF. Diese beeinträchtigen das Engagement von Personen, welche von Rassismus betroffen sind, stark und wirken sich negativ auf das eigene Wohlbefinden bezüglich des Engagements in der Bewegung aus. Gerade diskriminierendes Verhalten der Polizei bei FFF Veranstaltungen, geringe bis keine Unterstützung und Solidarität mit den Betroffenen und eine mangelnde bis nicht vorhandene Aufarbeitung der Situationen wurden kritisiert. Diese Strukturen sind zum Teil auch in der Öffentlichkeit bekannt, weshalb die Motivation zu einem Engagement beeinträchtigt wird.

Die analysierten Faktoren können somit das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Bewegung FFF sowie das Integrieren ihrer Ideen und Wünsche behindern und gegebenenfalls Menschen ganz von einem Einstieg in die Bewegung abhalten. Wichtig wäre ein aktives antirassistisches Vorgehen von der Bewegung Fridays for Future und ein Einbeziehen dieser Perspektiven in die politische Arbeit. Als Ansätze dafür können die Ideen der Personen des BIPOC-Plenums sehr hilfreich sein.

Eine Auseinandersetzung von Fridays for Future mit den Ergebnissen dieser Studie sowie anderen Forschungen und Berichten zu der Sozialstruktur und internen diskriminierenden Strukturen muss stattfinden, um diese zu verändern. Denn nur so kann eine antirassistische und inkludierende politische Arbeit möglich werden.

Bibliographie

- Behr, R. (2017). Diskriminierung durch Polizeibehörden. In: AEI-Mafaalani A. (Hg.). *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden, Springer VS, S. 301–319.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2023). Migrationshintergrund – wieso, woher, wohin? Bundeszentrale für politische Bildung, 30.03.2023. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/304523/migrationshintergrund-wieso-woher-wohin/> (Zugegriffen: 18. Dezember 2023).
- Collins, P. H. (2019). *Intersectionality as Critical Social Theory*. Durham, London, Duke University Press.
- Combahee River Collective (2017 [1977]). The Combahee River Collective Statement. In: Taylor, K. Y. (Hg.). *How we get free – Black Feminism and the Combahee River Collective* (S. 15–27). Chicago, Haymarket Books.
- Crenshaw, K. (1991). Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color. In: *Stanford Law Review*, 43 (6), S. 1241–1299.
- Degele, N.; Winker, G. (2010). *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten* (2., unveränderte Aufl.). Bielefeld, transcript Verlag.
- Der Tagesspiegel (2023). Umstrittene Bremer Ortsgruppe löst sich auf. „Fridays for Future Deutschland ist strukturell rassistisch“. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/umstrittene-bremer-ortsgruppe-lost-sich-auf-fridays-for-future-deutschland-ist-strukturell-rassistisch-10091338.html> (Zugegriffen: 20. Dezember 2023).
- Die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration (2021). Partizipation in der Migrationsgesellschaft. <https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/> (Zugegriffen: 26. September 2023).
- Focus Online (2022). Nach Demo-Vorfall wirft sich Fridays for Future selbst Rassismus vor. https://www.focus.de/panorama/welt/haette-nicht-passieren-duerfen-nach-vorfall-auf-klimademo-fridays-for-future-werfen-sich-selbst-rassismus-vor_id_154814266.html (Zugegriffen: 20. Dezember 2023).
- Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftung für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) (2020). Mitten im Spiel - oder nur an der Seitenlinie. Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Berlin, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. <https://www.svr-migration.de/publikation/politische-partizipation/> (Zugegriffen: 20. Dezember 2023).
- Hamade, H. (2022). Klasse und race. Ineinandergreifende Systeme. In: Seng, S., Rezene, D., & Drücker, A. (Hg.). *Klassismus und Rassismus: Dimensionen einer vielschichtigen Intersektion*. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung eV (IDA) (S. 24–28). Düsseldorf, Düssel-Druck & Verlag.
- Langrock-Kögel, C. (2020). Wie elitär sind die Klimaproteste? Good Impact. <https://goodimpact.eu/recherche/fokusthema/wie-elitar-sind-die-klimaproteste> (Zugegriffen: 20. Dezember 2023).
- Malkowski, J. (2022). Klimaaktivist:in über Diversität: „Fridays for Future ist weiß“. In: *taz*. <https://taz.de/Klimaaktivistin-ueber-Diversitaet/!5879828/> (Zugegriffen: 20. Dezember 2023).
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (12., vollständig überarbeitete und aktualisierte Aufl.). Weinheim, Beltz (Beltz

- Pädagogik). <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-epflicht-1136370>
(Zugegriffen: 25. September 2023).
- Nduka-Agwu, A. & Hornscheidt, A. L. (2013). Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Sprache. In: Nduka-Agwu, A.; Hornscheidt, A. L. (Hg.). *Rassismus auf gut Deutsch: ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen* (2. Auflage). Frankfurt am Main, Brandes & Apsel, S. 11–52.
- Rezene, D. (2022). Klassismus und Rassismus – Dimensionen einer vielschichtigen Intersektion. In: Seng, S., Rezene, D., und Drücker, A. (Hg.). *Klassismus und Rassismus: Dimensionen einer vielschichtigen Intersektion*. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung eV (IDA). Düsseldorf, Düsseldorf-Druck & Verlag, S. 4–8.
- Schlozman, K.; Brady, H. und Verba, S. (2018). The Roots of Citizen Participation: The Civic Voluntarism Model. In: Schlozman, K.; Brady, H. und Verba, S. (Hg.). *Unequal and unrepresented. Political inequality and the people's voice in the new gilded age*. Princeton, NJ, Oxford, Princeton University Press, S. 50–80.
- Sommer, M.; Rucht, D.; Haunss, S. und Zajak, S. (2019). Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland (ipb working paper series 2/2019). Berlin. <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/25384>
(Zugegriffen: 25. September 2023).
- Wahlström, M.; Kocyba, P.; Vydt, M. de; Moor, J. de (Hg.) (2019). Protest for a Future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities. <https://keele-repository.worktribe.com/output/413966> (Zugegriffen: 19. Dezember 2023).

Autor:innenverzeichnis

Felkel, Mathilde

Mathilde Felkel studiert im siebten Semester Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität. Ihre Fachbereiche sind Politik und Soziologie und sie belegt als Spezialisierung Geschlechterforschung. Während des Studiums stehen eine feministische und rassismuskritische Herangehensweise beziehungsweise die Grundannahme von der Intersektion von Diskriminierungsformen im Vordergrund ihrer Interessen und Arbeiten. Bei Fragen kann Mathilde Felkel unter folgender E-Mail-Adresse erreicht werden: mathilde.felkel@stud.uni-goettingen.de

Freuwört, Anke

Anke Freuwört ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Georg-August-Universität Göttingen. Als Sozialwissenschaftlerin lehrte sie im Sommersemester 2023 das sozialwissenschaftliche Lehrforschungsprojekt „Migration und Wege der politischen Partizipation“, in dessen Rahmen dieser Sammelband entstanden ist. In ihrer interdisziplinären Dissertation befasst sie sich mit der politischen Teilhabe von Nicht-Staatsbürger:innen und untersucht formelle wie auch informelle Wege der politischen Partizipation. Sie erreichen sie unter: anke.freuwuert@uni-goettingen.de

Hoffmann, Tabea

Tabea Hoffmann ist Studentin der Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität in Göttingen. Schwerpunkte ihres Studiums sind die Fachbereiche der Soziologie und der Politik, sowie die Spezialisierung in Geschlechterforschung. Ihr Interesse konzentriert sich vor allem auf Demokratie- sowie Diversitätsforschung. Bei Fragen ist sie unter der folgenden E-Mail-Adresse zu erreichen: t.hoffmann02@stud.uni-goettingen.de

Ketterer, Pauline Aimée

Pauline Aimée Ketterer studiert Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen mit den Fächern Politikwissenschaften, Soziologie und Erziehungswissenschaften. Ihre Interessen liegen insbesondere im Bereich der Politischen Soziologie mit Schwerpunkten auf Arbeits- und Migrationssoziologie

sowie Geschlechterperspektiven. Bei Rückfragen steht Frau Ketterer per E-Mail zur Verfügung: p.ketterer@stud.uni-goettingen.de

Konermann, Lukas

Lukas Konermann studiert Sozialwissenschaften (B.A.) an der Georg-August-Universität in Göttingen. Sein Studium beinhaltet neben einer grundständigen statistischen Ausbildung die Politikwissenschaft und Soziologie, ergänzt um Kompetenzbereiche in der Volkswirtschaftslehre sowie dem Öffentlichen Recht. Nach seinem Auslandssemester in Irland sowie diesem Lehrforschungsprojekt verfasste Lukas Konermann seine empirische Bachelorarbeit in der Arbeitssoziologie. Lukas Konermann freut sich über Fragen und Austausch unter l.konermann@stud.uni-goettingen.de

Osterholz, Finia

Finia Osterholz ist Studierende des Bachelorstudiengangs Sozialwissenschaften. Sie hat die Hauptfächer Politikwissenschaft und Geschlechterforschung, sowie die Spezialisierung Volkswirtschaftslehre belegt. Ihre Forschung konzentriert sich vor allem auf Sozialpolitik. Für Fragen oder Anmerkungen ist sie unter dieser E-Mail-Adresse zu erreichen: finia.osterholz@stud.uni-goettingen.de

Regenhardt, Paula

Paula Regenhardt ist Studentin der Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen. Ihre fachlichen Schwerpunkte sind Politikwissenschaft, Soziologie und Moderne Indienstudien. Sie absolvierte Auslandsaufenthalte in Indien und Slowenien und ihr Hauptinteresse liegt im Bereich der Interkulturalität. Bei Fragen kann Paula Regenhardt per E-Mail erreicht werden unter: paula.regenhardt@stud.uni-goettingen.de



Der siebte Band der Reihe SowiPro befasst sich mit den Themen Migration und politische Partizipation. Einen Dank gilt an dieser Stelle den Studierenden, die ihre Forschungsarbeiten aus den Lehrforschungsprojekten des Studiengangs B.A. Sozialwissenschaften für die Publikationsreihe aufbereiten.